

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Fragen und Antworten
zur Restabwicklung
Mittel- und Westdeutschlands
von 1990 bis 2022, Teil 2**

Sonderheft Nr. 47



**Fragen und Antworten
zur Restabwicklung
Mittel- und Westdeutschlands
von 1990 bis 2022, Teil 2**

Sonderheft Nr. 47

Fragen und Antworten ... 1990-2022, Teil 2

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
1. Wer inszenierte die planmäßige Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft?	2-10
2. Wie kann der drohende Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes verhindert werden?	10-22
3. Was ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich?	22-29
4. Wieso muß der Katastrophenschutz während eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung in der Bundesrepublik Deutschland zwangsläufig scheitern?	29-38
5. Weshalb ist der Entscheidungskampf um Sein oder Nichtsein unumgänglich?	38-43
6. Warum ist es fast aussichtslos, den hybriden Krieg erfolgreich zu bekämpfen?	43-82
7. Wer profitiert vor allem am Ruin der deutschen Exportindustrie?	82-87
8. Wie soll die Abschaffung des Bargeldes erreicht werden?	87-98
Hinweise für den Leser	99
Quellen- und Literaturnachweis	

Fragen und Antworten zur Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 1990 bis 2022, Teil 2

1. Wer inszenierte die planmäßige Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft?

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. März 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Die Energiewende oder die dümmste Energiepolitik der Welt!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie konnte es eigentlich zu der angeblich dümmsten Energiepolitik der Welt kommen?

Der Mensch ist und bleibt im Gegensatz zu Tieren und Pflanzen ein vernunftbegabtes, geistiges und rational handelndes Lebewesen. Vor allem die geistigen Fähigkeiten und die Vernunft unterscheiden die Menschen von allen anderen Lebewesen. Menschen besitzen nach wie vor aufgrund ihres Verstandes die Fähigkeit des richtigen Erkennens und Beurteilens und können jederzeit zwischen guten und schlechten Handlungen unterscheiden sowie ihre natürlichen Triebe unterdrücken und umformen.

Um die dümmste Energiepolitik der Welt richtig einordnen zu können, muß zunächst die Energiepolitik der zurückliegenden Jahrzehnte betrachtet werden:

Zivile Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland

Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg gründeten am 25. März

1957 in Rom die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM).

Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm damals 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft und durfte danach als Nichtmitglied der UNO an der zivilen Nutzung der Kernenergie teilnehmen.

In der Bundesrepublik Deutschland entstand danach in erstaunlich kurzer Zeit eine sehr leistungsfähige und erfolgreiche Nuklearindustrie. Am 17. Juni 1961 lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk in Kahl/Main bereits erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke seit 1961 von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Das deutsche Unternehmen Kraftwerk Union AG (KWU) baute seit den 1980er Jahren die wirtschaftlichsten und sichersten Kernkraftwerke (Druckwasserreaktoren), die weltweit exportiert wurden.

Nach dem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl/-Ukraine am 26. April 1986 führte die straff geführte Antiatomkraftbewegung fast wöchentlich friedliche Demonstrationen oder gewalttätige Krawalle gegen den Bau von neuen Kernkraftwerken und gegen die Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf durch. Infolge der zahllosen gewalttätigen Ausschreitungen wurde schließlich das Projekt "Wiederaufarbeitungsanlage" am 31. Mai 1989 eingestellt.

Im September 1989 wurde auch der Hochtemperaturreaktor THTR-300 in Hamm-Uentrop wegen "technischer Probleme" stillgelegt. Dieser neuartige Hochtemperaturreaktor zählte zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Da der Thorium-Reaktor abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen konnte, hätte man die hochradioaktiven Abfälle mehrheitlich sinnvoll nutzen und gleichzeitig die Energieversorgung Deutschlands jahrzehntelang sichern können.

Ausstieg aus der Kernenergie

Nach dem Ende der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und des Hochtemperaturreaktors THTR-300 in Hamm-Uentrop im Jahre 1989 verständigte sich die deutsche Bundesregierung - SPD und Bündnis 90/Die Grünen - am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Kernenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden, um die bis 1989 in Deutschland aufgebaute leistungsfähige Nuklearindustrie systematisch zu zerstören. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde schließlich ab 2000 verboten.

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken damals fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Nach dieser Flutwelle an der japanischen Nordostküste beschloß der deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 im Rahmen der sogenannten Energiewende die Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022, obwohl die deutschen Kernkraftwerke damals weltweit zu den effektivsten und sichersten aller in Betrieb befindlichen Anlagen zählten.

Die Bundesrepublik Deutschland blieb danach jedoch trotz Atomausstieg weiterhin Mitglied und großzügiger Beitragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), nahm aber nicht mehr an den Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Kernenergiebereich teil.

Der 2011 beschlossene deutsche Atomausstieg leitete zwangsläufig den Niedergang der damals modernsten und sichersten Stromversorgung der Welt ein. Die ehemals unglaublich leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie wurde in den folgenden Jahren komplett zerschlagen. Das deutsche Unternehmen Kraftwerk Union AG (KWU), das einst die weltbesten Kernkraftwerke entwickelte und baute, existiert heute nicht mehr. Sämtliche Konstruktionspläne für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen und für die Thorium-Reaktortechnik wurden regelrecht verramscht und von französischen, britischen sowie chinesischen Investoren kostengünstig erworben.

Klimawandel

Die Umweltorganisation der Vereinten Nationen "UNEP" und die Weltorganisation für Meteorologie "WMO" gründeten im Jahre 1988 den Zwischenstaatlichen Ausschuß für Klimaänderungen "IPCC". Der IPCC war in erster Linie ein politisches Instrument zur Bekämpfung einer angeblich bevorstehenden fiktiven Klimakatastrophe und sollte vor allem die menschengemachten Treibhausgase reduzieren, um den Klimawandel zu stoppen.

Albert (Al) Gore, (1948*-, amerikanischer Politiker, Demokrat, Mitglied des "Komitees der 300", 1993-2001 US-Vizepräsident, unterlag 2000 bei den Präsidentschaftswahlen gegen G. W. Bush, erhielt 2007 den Friedensnobelpreis) und der kanadische UN-Funktionär und Unternehmer Maurice Strong (1929-2015, ab 1972 erster Generalsekretär des UN-Umweltprogramms, seit 1976 Unternehmer, u.a. auch als Treuhänder der Rockefeller Stiftung tätig) zählten zu den eigentlichen Begründern des IPCC.

Die aktuelle Klimaschutzpolitik der Ökoideologen beruht seit Jahrzehnten auf bisher unbewiesenen fiktiven Klimamodellen des IPCC. Nach Auffassung des selbsternannten "Weltklimarates" wird sich die Erde durch die menschengemachte Erhöhung des CO₂-Gehaltes in den nächsten Jahrzehnten dramatisch erwärmen. Nach Meinung der fanatischen Klimaschützer kann die Erde nur gerettet werden, wenn man den CO₂-Verbrauch drastisch reduziert.

Das Klima wandelt sich, seit die Erde existiert. Der Klimawandel wird seit jeher hauptsächlich durch die Sonnenaktivitäten und durch die zyklischen Schwankungen der Erdumlaufbahn um die Sonne geprägt.

Das global freigesetzte CO₂ auf der Erde stammt zu 97 % aus der Natur (Ozeane = ca. 44 %, Bodenorganismen = ca. 29 %, Atmung der Landorganismen = ca. 24 %).

Nur 3 % des global freigesetzten CO₂ auf der Erde stammt demnach aus menschlicher Tätigkeit = Industrie, Landwirtschaft etc.

Ungeachtet der Tatsachen, daß zum Beispiel der "Treibhauseffekt" nicht existiert und der menschliche Anteil nur höchstens 3 % des global freigesetzten CO₂ auf der Erde beträgt, setzte die allgegenwärtige Umweltpropaganda die fiktiven Ursachen der vermeintlichen globalen "Klimakatastrophe" weltweit als einzige "Wahrheit" durch.

Der angeblich menschengemachte Klimawandel entwickelte sich schon bald zu einem vorzüglichen Herrschaftsinstrument, denn die systematische Erzeugung von Angst war seit jeher ein großartiges Machtmittel, um die Bevölkerung zu unterdrücken und zu drangsaliieren.

Da "glücklicherweise" niemand den menschengemachten "Treibhauseffekt" und andere neue menschengemachte "Umweltprobleme" nachweisen kann, erwiesen sich diese willkürlich konstruierten fiktiven "Umweltgefahren" als ungemein wirksame Manipulationsinstrumente, um Industrienationen zu destabilisieren und um den Bevölkerungen bisherige Eigentums- und Freiheitsrechte zu entziehen.

Obgleich seriöse Wissenschaftler den angeblich menschengemachten Klimawandel als den größten Schwindel der Menschheitsgeschichte bezeichnen, belügt, betrügt, manipuliert und täuscht die verbrecherische Klimasekte weiterhin das leichtgläubige Volk, um ihre frei erfundenen Behauptungen und physikalische Unmöglichkeiten vor der Demaskierung zu schützen.

Al Gore, Strong und viele andere Klima-Lobbyisten machten z.B. gigantische Geschäfte mit

dem Klimawandel. Al Gore beteiligte sich direkt am Emissionsrechtehandel und erhielt Provisionen für CO₂-Zertifikate. Gore wurde später von der US-Presse als der erste Kohlenstoff-Milliardär gefeiert. Weitere erfolgreiche Profiteure des cleveren Klimaschutz-Geschäftsmodells waren z.B. der US-Starinvestor und Unternehmer Elon Musk, der US-Spekulant und Milliardär Warren Buffet, der indische Milliardär Vinod Khosla sowie der US-Filmregisseur und Unternehmer James Cameron.

EU-Vorgaben, das Erneuerbare Energien Gesetz und planwirtschaftliche Maßnahmen

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft. Die in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Energieerzeugungsunternehmen wurden danach durch die EU-Vorgaben, das Erneuerbare Energien Gesetz sowie durch planwirtschaftliche Maßnahmen der deutschen Bundesregierung, wie z.B. durch die Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom, planmäßig ruiniert. Infolge dieser destabilisierenden politischen Maßnahmen wurde besonders der Betrieb von konventionellen Kraftwerken unrentabel.

E.ON, der ehemals größte nationale deutsche Stromerzeuger, verkaufte z.B. im Jahre 2018 sämtliche konventionellen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke - außer den deutschen Kernkraftwerken - an den finnischen Staatskonzern Fortum.

Energiewende

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen zur Rettung des Weltklimas.

Im Jahre 2000 wurde danach das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern und um die sog. Energiewende durchzusetzen.

Der BDI berichtete im Jahre 2015, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Senkung der deutschen CO₂-Emissionen von etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro durchführen müßte.

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee der deutschen Bundesregierung, im 21. Jahrhundert zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führte statt der angekündigten Rettung des Weltklimas zunächst lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Energiewirtschaft.

In der Bundesrepublik Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende bereits mindestens 500 Milliarden Euro. Trotz dieser riesigen Kosten wurde das Klima in keinsten Weise gerettet, sondern lediglich die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die stabile Stromversorgung in Deutschland systematisch zerstört.

Der Strompreis stieg z.B. von 14 Cent pro kWh im Jahre 2000 auf 30,5 Cent im Jahre 2019 und steigt immer weiter. Aufgrund der hohen Strompreise können schon bald viele private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen und immer mehr Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern.

Bei der Energiewende handelt es sich zweifelsfrei um ein ökonomisch unbezahlbares und hochgradig unsoziales sowie um ein völlig unsinniges Projekt, bei dem es nur sehr wenige Gewinner gibt.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland als wirksames Machtinstrument genutzt, um planwirtschaftliche Maßnahmen zu realisieren sowie um eine gigantische Umverteilung von Vermögen an einige wenige Gewinner des arglistig inszenierten Klimaschwindels zu verwirklichen. Ferner wurde der weltweite Klimaschwindel eingesetzt, um unbequeme Konkurrenten, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Exporteure, durch enorme Wettbewerbsnachteile zu destabilisieren oder auszuschalten, um vermeintliche "klimageschädigte" Entwicklungsländer zu entschädi-

gen oder ausländische Unternehmen zu begünstigen.

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diene nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu. Besonders Bundeskanzlerin Angela Merkel schaffte es innerhalb von 16 Jahren, den ehemals vorbildlichen Industriestandort Deutschland systematisch und vorsätzlich zu ruinieren.

Kohleausstieg bis 2038

Im Januar 2019 schlug die sogenannte "Kohlekommission" der deutschen Bundesregierung vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.

Obgleich die Bundesrepublik Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt, beschloß die deutsche Bundesregierung per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit berichtete am 4. März 2021 über das Kohleausstiegsgesetz: >>Wann werden die Kohlekraftwerke abgeschaltet?

Die ersten Kraftwerke gehen 2020 vom Netz und **bereits Ende 2022 werden von den heute rund 40 Gigawatt Kohlekraftwerksleistung noch insgesamt lediglich 30 Gigawatt** (je 15 Gigawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) **in Betrieb sein**; 2030 dann nur noch insgesamt **17 Gigawatt** (8 Gigawatt Stein- und 9 Gigawatt Braunkohle). Bei einem entsprechenden Ausbau der erneuerbaren Energien auf - wie vereinbart - 65 Prozent, kann damit im Energiesektor das Klimaziel für 2030 erreicht werden. ...<<

Ab 2023 stehen nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) für die Grundlast zur Verfügung.

Windkraft- und Photovoltaikanlagen

Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke und regenerative Energien. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt jedoch nach wie vor von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich.

Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb waren bis zum Jahr 2011 etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden. Diese "Schattenkraftwerke" sprangen dann ein, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung stand.

Der Betrieb von Windkraft- und Photovoltaikanlagen verursacht zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber diese Anlagen ersetzen wegen fehlender Stromspeicher kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da aufgrund der Unregelbarkeit der regenerativen Energieträger der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden kann. Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung von konventionellen "Schattenkraftwerken" wurden die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nachweislich vorsätzlich geschwächt.

Auch wenn man kurzfristig zusätzlich weitere 100.000 Windkraftanlagen errichten würde, wären diese 100.000 Windkraftanlagen wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes und wegen der fehlenden Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und

Photovoltaikanlagen keinen Strom, deshalb existieren diese Stromerzeuger eigentlich überhaupt nicht. Nach dem Kohleausstieg besteht die grundlastfähige, regelbare Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland nur noch aus einigen Gaskraftwerken, Pumpspeicherkraftwerken, Wasserkraftwerken und Biogasanlagen.

Fehlende Stromspeicher

Die Windkraft- und Photovoltaikanlagen können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW vorhanden, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können.

Ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher können Windkraft- und Photovoltaikanlagen nachweislich keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleisten, denn nur aufgrund der Regelbarkeit von leistungsfähigen Großspeichern besteht die Möglichkeit, den erforderlichen Grundlaststrom sekundengenau nach Bedarf zu produzieren. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet jedoch die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es vermutlich in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik, so daß der Industriestandort Deutschland dank des "Flutterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen schon bald nicht mehr existieren wird.

Stabile deutsche Stromversorgung war bis 2011 gewährleistet

Bis zum Jahre 2011 wurden etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von etwa 83.000 Megawatt durch Kernkraftwerke, konventionelle Kohle- und Gaskraftwerke gewährleistet. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Die Stromerzeugung bestand damals aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast.

Ungenügende Grund- und Mittellaststromerzeugung spätestens ab 2023

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung.

Das Erneuerbare Energien Gesetz und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen sowie der Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle zerstörten letzten Endes die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sicher gestellte Grund- und Mittellaststromerzeugung wurde plötzlich allein den Gaskraftwerken aufgelegt.

Nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es ab 2023 vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der abgeschalteten Kern- und Kohlekraftwerke durch Windkraft- und Photovoltaikanlagen sowie Gaskraftwerke (ohne Gas) ersetzt werden kann.

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgehen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 66.400 Megawatt, etwa 80 % der Stromnachfrage, in Deutschland erforderlich sind, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 tatsächlich nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt - je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke - sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast vorhanden.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken.

Flächendeckender Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Eine im Winter typische tagelange Dunkelflaute genügt bereits, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefälle. In der Bundesrepublik Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Alle Speicherbecken der 36 deutschen Pumpspeicherkraftwerke sind längst leer.

Weil die bisherigen Stromlieferanten Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich vor allem mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom selbst und können während der Kältephase den dringend benötigten Strom von mehr als 50.000 Megawatt Strom nicht nach Deutschland liefern.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn die Bundesrepublik Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann. Die normale Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes beträgt 50 Hertz. Falls die Netzfrequenz z.B. wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung unter 47,5 Hertz sinkt, kommt es zwangsläufig zu einem flächendeckenden Stromausfall (Blackout) im gesamten Land.

Aufgrund einer konstanten Stromnachfrage von über 80.000 Megawatt wird die Lage in der Bundesrepublik Deutschland immer aussichtloser, die normale Netzfrequenz bei 50 Hertz zu halten. Da es die dringend erforderlichen konventionellen Reservekraftwerke zum Ausgleich von Netzschwankungen nicht mehr gibt, werden sofort große Industrieunternehmen und Hunderttausende von Privathaushalten vom Netz genommen, um die Gefahr eines nationalen Netzzusammenbruches (Blackouts) zu verhindern.

Die Notabschaltung der Stromverbraucher genügt jedoch wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung nicht, um die Netzstabilität zu erhalten. Die Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes sinkt trotzdem unaufhaltsam unter 47,5 Hertz, so daß es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall im gesamten Land kommt.

Folgen eines längeren flächendeckenden Stromausfalls

Längere flächendeckende Stromausfälle lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Infolge des totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und chaotische Zustände auslösen. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren.

Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Selbstmorde, Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Spruchwort aus China

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden, deshalb dürfen Kernkraftwerke nur dann stillgelegt werden, wenn eine stabile Stromversorgung existiert.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich**. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Schlußbemerkungen

Angesichts der deutschen Energiepolitik der letzten 33 Jahre handelt es sich zweifelsfrei nicht um die dümmste Energiepolitik der Welt, sondern um eine planmäßig inszenierte Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft.

Aufgrund dieser völlig unsinnigen Destabilisierungspolitik ähnelt die Bundesrepublik Deutschland einem Irrenhaus, in dem anscheinend die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln wegen der ideologischen Energiewende an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen. Diese Kritiker berücksichtigen leider nicht, daß die Deutschen bei entscheidenden Fragen nach wie vor kein Selbstbestimmungsrecht gegenüber den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges besitzen.

Der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erklärte z.B. Ende November 2011 auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main: ***"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen. ..."***

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zwangsläufig auch für die ideologische Energiewende der betreuten deutschen Politiker und Parteien verantwortlich.

Nach Jahrzehnten der Unfreiheit wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben, denn die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung

legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Es ist gegenwärtig nicht damit zu rechnen, daß die jahrzehntelange Zwangsbetreuung irgendwann aufgehoben wird, deshalb werden die betreuten Deutschen weiterhin keine politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte erhalten und gehorsame Befehlsempfänger bleiben.

Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges streben offensichtlich nicht das Wohl der Deutschen an, denn jeder vernünftige Mensch weiß, wer gegen Naturgesetze verstößt, verursacht zwangsläufig schwere Schäden, die oftmals nicht sofort, sondern erst nach einer gewissen Zeit eintreten.

Ohne die Rückkehr zur Realität, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird die ideologische Energiewende höchstwahrscheinlich mit einer noch nie dagewesenen Katastrophe enden. ...<<

2. Wie kann der drohende Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes verhindert werden?

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. April 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Wiederaufbau der deutschen Energieversorgung

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 9 Monaten sollen die letzten Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Spruchwort aus China

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden, deshalb dürfen Kernkraftwerke nur dann stillgelegt werden, wenn eine stabile Stromversorgung existiert.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich**. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Wiederaufbau einer stabilen deutschen Stromversorgung

Unsere Heimat darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld mißbraucht werden. Nachfolgende Generationen sollen uns später nicht den Vorwurf machen, daß wir uns feige weggeduckt und keinen Widerstand geleistet hätten.

Wir benötigen endlich wieder eine realistische Energiepolitik, die konkrete Lösungen für reale Probleme sucht, statt ideologiegetriebenen Visionen hinterherzulaufen.

Wir benötigen endlich wieder eine sachliche Energiepolitik, die wieder auf Effizienz und die Innovationskraft von Forschern, Ingenieuren und Unternehmern setzt. Gerade in der Energiewirtschaft mit ihren langlebigen und kostenintensiven Anlagen benötigen wir endlich wieder eine effektive Energiepolitik, in der sich die Kreativität von Wissenschaftlern und Unternehmen frei entfalten kann.

In Deutschland bestand die konventionelle Stromerzeugung bis zum Ausstiegsbeschluß aus der Kernenergie im Jahre 2011 zu 80 % aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet nach wie vor die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz. Nur aufgrund der Regelbarkeit von konventionellen Kern-, Kohle- und Gaskraftwerken kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden.

Folgende Maßnahmen sind unverzüglich zu realisieren, um wieder eine sichere konventionelle Grundlast-Stromerzeugung zu gewährleisten:

1. 15jährige Laufzeitverlängerung für die letzten noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen (drohende De-Industri-

alisierung, wirtschaftlicher Ruin sowie Zerstörung der bisherigen Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands) sollte die deutsche Bundesregierung unverzüglich handeln und eine angemessene Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland beschließen.

Die zusätzlichen Reaktivierungskosten für die Beschaffung von neuen Brennelementen und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung von Fachpersonal sind im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge vom Gesetzgeber zu übernehmen.

2. Wiederinbetriebnahme der vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke

Da die Zeit drängt, sollte nicht nur die Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke beschlossen werden, sondern alle vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke, die reaktiviert werden können, sind wieder bis zur ursprünglich geplanten Abschaltung in Betrieb zu nehmen.

In der Bundesrepublik Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende bisher mindestens 500 Milliarden Euro, deshalb dürfen die Reaktivierungskosten für die Wiederinbetriebnahme der völlig überhastet stillgelegten Kernkraftwerke und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung des erforderlichen Fachpersonals keine Rolle spielen.

Während in Deutschland seit Jahren keine Forschung im Bereich der Kernenergieerzeugung existiert, werden weltweit die Atomforschung intensiviert und neuartige Kernkraftwerke entwickelt. Frankreich, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien, Slowakei und Slowenien forderten im März 2021 die EU-Kommission in einem offenen Brief zur größeren Förderung der Kernenergie auf, da es ohne die zivile Nutzung der Kernenergie zukünftig keine sichere Stromversorgung geben würde.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag im Rahmen der sogenannten Energiewende zwar den endgültigen Atomausstieg und die Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022, aber die Bundesrepublik Deutschland blieb trotz Atomausstieg weiterhin Mitglied und großzügiger Beitragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), die am 25. März 1957 in Rom gegründet wurde.

Da die Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein zahlendes Mitglied der Europäischen Atomgemeinschaft ist, sollte sie endlich wieder an der Entwicklung moderner Kerntechnik und an der Errichtung von neuartigen Kernreaktoren der "Generation IV" teilnehmen, denn nur die Kernenergie bietet zukünftig eine grundlastfähige Stromversorgung ohne CO₂-Emissionen.

3. Bau von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" mit staatlicher Unterstützung

Um zukünftig eine **zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung** zu gewährleisten sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die Bundesregierung für die Nutzung von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" einsetzen und den Bau dieser neuartigen Kernkraftwerke durch angemessene Staatsbeteiligungen und Kredite fördern.

Die neuartigen Kernreaktoren der Generation IV (DFR = Dual-Fluid-Reaktor, SMR = small modular reactor, u.a.) **sind** extrem kompakt, **physikalisch sicher und produzieren keine hochradioaktiven Abfälle**. Sie können ferner relativ preisgünstig und schnell gebaut werden.

Dual Fluid Reaktor (DFR) - ein neuartiger Reaktor der sog. Generation IV

Der neuartige Dual Fluid Reaktor wurde von Physikern des "Instituts für Festkörper-Kernphysik zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung" (IFK) in Berlin entwickelt. Der Dual Fluid Reaktor wurde erstmalig während der IAEA-Konferenz FR13 vom 4. bis zum 7. März 2013 in Paris vorgestellt.

Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Der Dual Fluid Reaktor nutzt **als Brennstoff Natururan, angereichertes Uran, Thorium und abgebrannte**

Brennelemente, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern könnten sinnvoll genutzt werden.

Das schon vor Jahrzehnten entwickelte Grundkonzept des Dual Fluid Reaktors, bei dem der Brennstoff in Form von Flüssigsalz durch den Reaktor gepumpt wird, wurde um einen weiteren Kreislauf erweitert.

Der Dual Fluid Reaktor ermöglicht wegen der hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000° Celsius neben der **Bereitstellung von elektrischer Energie** auch die **zusätzliche Nutzung von Prozeßwärme (zur Herstellung von Wasserstoff**, der in Kombination mit Kohlendioxid in synthetische Treibstoffe verwandelt werden kann u.a.).

Der Dual Fluid Reaktor ist **physikalisch sicher**. Es sind z.B. keine aktiven Sicherungen vorhanden, die versagen können. Selbst bei hohen Temperaturen reagiert Blei sehr träge, Explosionen können nicht entstehen, wegen der vorhandenen Doppelkühlung ist ein GAU ausgeschlossen. Der Dual Fluid Reaktor **produziert keine hochradioaktiven Abfälle**, die jahrtausendlang sicher gelagert werden müssen. Die schwachradioaktiven Abfälle des DFR besitzen mehrheitlich Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren, die restlichen Abfälle müssen etwa 300 Jahre gelagert werden.

Die **Baukosten** für einen Dual Fluid Reaktor mit **1.500 Megawatt elektrischer Leistung** und **3.000 Megawatt thermischer Leistung** betragen **etwa 1,5 Milliarden Euro**.

Das DFR-Konzept wurde von Mitarbeitern der TU München und der E.ON Kernkraft GmbH (gegenwärtig PreussenElektra GmbH) überprüft und validiert.

Der Dual Fluid Reaktor könnte frühestens ab 2030 in Betrieb gehen.

Während die Öko-Energieerzeugung (Wind, Sonne und Biomasse) höchstens nur ein Zehntel der Effizienz der konventionellen Kraftwerke bzw. das Niveau des Mittelalters erreicht, ist der neuartige Dual Fluid Reaktor in der Lage, die Effizienz der derzeitigen konventionellen Kraftwerke sogar mindestens zu verdoppeln.

Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt werden, sind **keine neuen Stromleitungen** und **keine weiteren Windkraftanlagen** erforderlich.

Da der Dual Fluid Reaktor abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen kann, werden die hochradioaktiven Abfälle (etwa 20.000 Tonnen Atommüll) nicht nur langfristig die Stromerzeugung Deutschlands garantieren, sondern außerdem größtenteils sinnvoll entsorgt. **Damit endet** auch die unendliche **Suche nach einem geeigneten Lager für die jahrtausend-lange Entsorgung** von abgebrannten Brennelementen.

Am 1. Juli 2017 übertrugen die KKW-Betreiber für die Zwischen- und Endlagerung **24,1 Milliarden Euro** an den Bund. Diese finanziellen Mittel könnten wegen der drastischen Reduzierung der radioaktiven Abfälle größtenteils für den Bau von DFR-Kernkraftwerken und konventionellen Gaskraftwerken genutzt werden.

4. Rückgängigmachung des Kohleausstiegs

Die deutsche Bundesregierung beschloß per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen. Die Betreiber von Braunkohlekraftwerken sollen mit insgesamt 4,35 Milliarden Euro für die Stilllegungen entschädigt werden.

Deutschland besitzt außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen, deshalb muß das unsinnige Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020 umgehend storniert werden.

Der Weiterbetrieb aller noch in Betrieb befindlichen und noch einsatzfähigen Kohlekraftwerke ist durch staatliche Fördermaßnahmen zu gewährleisten, bis die Kohlekraftwerke durch Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" (DFR) ersetzt werden können.

Angeichts der dramatischen Preiserhöhungen für Öl und Gas sollte die stoffliche Nutzung der Braunkohle in West- und Mitteldeutschland nicht voreilig gesetzlich ausgeschlossen werden.

Die Braunkohle ist für die chemische und petrochemische Industrie ein wertvoller Rohstoff und könnte die Importabhängigkeit von Öl und Gas drastisch verringern. Falls die Preise für Öl und Gas weiter steigen, könnte die Braunkohle bis 2030 etwa 30 Prozent der Chemierohstoffe in Deutschland stellen und wesentlich zur Versorgungssicherheit Deutschlands beitragen.

5. Baustopp für Windkraftwerke und Solaranlagen

Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger. Windkraftwerke und Solaranlagen können ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nachweislich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen, aber sie können niemals eine zuverlässige Energieversorgung und die unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit gewährleisten.

Der Ausbau regenerativer Energie in Siedlungsgebieten ist grundsätzlich nur zu rechtfertigen, wenn diese Form der Stromgewinnung technologisch zukunftsweisend und wirtschaftlich sinnvoll ist. Wesentliche Argumente, mit denen die Befürworter den schnellen und überzogenen Ausbau der Windenergie fordern, halten einer genauen Prüfung jedoch nicht stand.

Warum können Windkraftwerke keine stabile Energieversorgung gewährleisten?

1. Windkraftwerke sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht grundlastfähig. Die Windenergie kann deshalb aufgrund von physikalischen Begrenzungen letztlich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen, denn auch mehrere 100.000 Windkraftanlagen sind wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

2. In der Bundesrepublik Deutschland wurden bis zum Jahre 2020 ca. 30.000 Windkraftanlagen installiert, die theoretisch nur etwa 18 % des benötigten Stromverbrauchs decken konnten. Obgleich der jahrzehntelange Ausbau der Windenergie das Landschaftsbild dramatisch verunstaltete und die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen, die in der näheren Umgebung von Windkraftwerken wohnen, durch Laufgeräusche, Schlagschatten, Infraschall, Lichteffekte, Blinklichter usw. nicht selten unerträglich beeinträchtigte, planen die vermeintlichen Klimaretter den Ausbau der Windenergie bis zum Jahre 2030 mindestens zu verdreifachen.

3. Durch die unterschiedlichen Stromeinspeisungen, die sich nach den schwankenden Windverhältnissen richten, wird das Verbundnetz der Stromerzeuger unentwegt stärker belastet. Für jede neue Windkraftanlage fallen zusätzliche Kosten für die Aufrechterhaltung einer konstanten Stromspannung an, die auf die Netzentgelte umgewälzt werden. Die steigende Zahl der Windkraftwerke und der zunehmende Windenergieanteil führen andauernd zu Spannungsschwankungen des Stromnetzes und gefährden fast ständig die Netzstabilität.

Oftmals kann man die Stabilisierung des Stromnetzes nur durch vorhandene konventionelle Reservekraftwerke ausgleichen. Infolge des ständigen An- und Abfahrens der konventionellen Kraftwerke werden die durch Windkraftanlagen eingesparten Schadstoffmengen größtenteils wieder freigesetzt. Während im Jahre 2003 nur vier Eingriffe im Jahr nötig waren, um das Stromnetz zu stabilisieren, sind gegenwärtig bis zu zehn Eingriffe täglich erforderlich und verursachen immer höhere Kosten.

4. Um die Versorgungssicherheit und Netzstabilität zu garantieren, mußten bis 2011 zusätzliche konventionelle Kraftwerke mit einer Kapazität von mindestens 80 % der Windkraftleistung bereitgehalten werden. Diese Schattenkraftwerke kamen dann zum Einsatz, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung stand. Diese Reservekraftwerke verursachen zwangsläufig erhebliche Fixkosten.

5. Die im Norden konzentrierte Windstromenergie muß verteilt werden, deshalb sind in den nächsten Jahren rund 1.500 km neue Hoch- und Höchstspannungsleitungen zu errichten. Der dringend notwendige Netzausbau wird nicht nur hohe Kosten verursachen, sondern zusätzlich

weitere Teile unserer Landschaft verschandeln.

6. Als im Jahre 1983 an der Nordseeküste die ersten Windkraftwerke errichtet wurden, dachte vermutlich noch niemand daran, daß man in den folgenden Jahrzehnten das gesamte Land verspargeln würde. Gegenwärtig werden sogar die letzten geschlossenen deutschen Waldgebiete vernichtet und uralte Waldflächen abgeholzt, um die Stromerzeugung aus Windenergie drastisch zu erhöhen.

Für den Bau und die Wartung der gigantischen Windkraftanlagen sind naturgemäß befestigte Straßen erforderlich, deshalb müssen nicht selten breite Schneisen quer durch die Wälder geschlagen werden, um die schweren Baumaschinen und die riesigen Bestandteile der Windkraftanlagen an die zukünftigen Standorte transportieren zu können.

Die hohen Windkraftwerke benötigen zwangsläufig stabile Stahlbetonfundamente, die große Flächen des Bodens versiegeln. Obgleich die jeweiligen Länderregierungen keine Probleme beim Rückbau von Windkraftanlagen, Zufahrtsstraßen und allen weiteren Bodenversiegelungen sehen und versichern, daß die Betreiber von Windkraftanlagen nach Baurecht verpflichtet sind, den alten Zustand wieder herzustellen, wenn die Anlagen ausgedient haben, bleiben große Zweifel, ob die riesigen Stahlbetonfundamente jemals entfernt werden.

Der Rückbau der Fundamente von Windenergieanlagen ist sehr aufwendig, denn es handelt sich je nach Höhe und Leistung der Anlagen um etwa 3-4 Meter tiefe Betonfundamente mit Stahlbewehrung, die einen Durchmesser von ca. 20 Metern besitzen. Der Abbruch der Stahlbetonfundamente soll trotz alledem angeblich mit speziellen Abbruchbaggern erfolgen.

Allein in Schleswig Holstein gab es im Jahre 2018 eine durch Windkraftanlagen versiegelte Fläche von etwa drei Millionen Quadratmetern. Neben dem kostspieligen Rückbau der stabilen Stahlbetonfundamente erweist sich vor allem die Wiederaufarbeitung und Entsorgung der riesigen Rotorblätter als problematisch.

Falls Grundeigentümer, auf deren Böden die Windkraftanlagen errichtet wurden, wegen Zahlungsunfähigkeit ausfallen sollten, wird es sicherlich keinen vollständigen Rückbau geben oder die Steuerzahler werden für die Komplettentsorgung der Windkraftanlagen zur Kasse gebeten.

7. Den Betreibern von Windkraftwerken bzw. Kapitalanlegern geht es offensichtlich nicht um den Schutz der Umwelt und die Vermeidung von Schadstoffen, sondern in erster Linie streben sie nach hohen Gewinnen. Diese Investoren und Verpächter von Grundstücken bereichern sich eindeutig auf Kosten der Allgemeinheit. Die jährlichen Pachten für Windkraftanlagenstandorte betragen derzeit etwa 20.000 bis zu 100.000 Euro pro Windkraftanlage.

8. Die privaten Betreiber von Windkraftwerken erhielten im Jahre 2005 gesetzlich vorgegebene Stromabnahmepreise von 8,60 Cent pro Kilowattstunde, obwohl der Grundlaststrom auf dem freien Strommarkt damals nur 2,15 Cent kostete. Die Subventionierung der regenerativen Energie erfolgt nicht durch den Staat, sondern durch die Energiewirtschaft. Die deutschen Energieversorger sind aufgrund des "Erneuerbaren-Energie-Gesetzes" (EEG) zur Stromabnahme und zur Zahlung von festgesetzten Strompreisen verpflichtet.

Wir zahlen für die Windkraftnutzung die weltweit höchsten Subventionen, die jemals für eine Energietechnik gegeben wurden. Die Subventionspolitik zu Gunsten der Windenergie wird oft damit gerechtfertigt, daß schließlich auch viele neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Übersehen bzw. verschwiegen wird dabei, daß die Subventionen für die rund 10.000 Beschäftigten, die im z.B. im Jahre 2005 unmittelbar in der Windbranche arbeiteten, einen jährlichen Zuschuß von rd. 100.000 Euro pro Arbeitsplatz erforderten. Im Steinkohlenbergbau betrogen die Subventionen pro Arbeitsplatz damals "nur" etwa 50.000 Euro. Die neuen Arbeitsplätze der Windbranche wurden und werden also mit Rekordsubventionen finanziert.

Im Jahre 2001 zahlten die deutschen Energieversorger bzw. letztendlich die Stromkunden z.B. rd. 1,5 Milliarden Euro für den teuren Öko-Strom. Die EEG-Einspeisevergütung bzw. die

Nettobelastung für die Stromkunden stieg von 1,1 Mrd. Euro im Jahre 2000 auf über 2,7 Mrd. EUR im Jahre 2003 und betrug im Jahre 2010 etwa 5 Mrd. Euro.

9. Wenn der Wind besonders günstig weht, produzieren die Windkraftwerke mehr Strom, als benötigt wird. In diesen Zeiten der Überproduktion versucht man zunächst, die Stromüberschüsse an die Nachbarländer weiterzuleiten, um die Netzfrequenz im Normbereich zu halten. Für diese Stromabnahme erhält man keine Vergütung, sondern die Abnehmer der Strombezüge verlangen und bekommen sogenannte "negative Strompreise" erstattet.

Falls die Stromüberschüsse nicht von den Nachbarländern übernommen werden, müssen konventionelle Kraftwerke und Windkraftanlagen abgeregelt werden. Für den nicht produzierten Strom erhalten die Betreiber entsprechende Entschädigungen. Im ersten Quartal 2019 zahlte die Bundesnetzagentur z.B. rund 364 Millionen Euro an die Betreiber von Windkraftanlagen - für "Geisterstrom", der nie produziert wurde.

10. Die Windkraftnutzung war nie umweltfreundlich und brachte nachweislich keinerlei Energienutzen und keine Umweltentlastungen. Die staatlich verordnete "Umweltpolitik" der rot-grünen Koalition hat unser Land in den letzten Jahren nicht "ökologischer", sondern "sehr viel ärmer" und häßlicher gemacht. Die riesigen Windkraftwerke waren von Anfang an umweltfeindlich, denn sie fügten nicht nur unseren Landschaften unfaßbare Schäden zu, sondern sie zerhacken und erschlagen außerdem seit Jahren tagein und tagaus ungezählte Vögel, Fledermäuse und Insekten.

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen existiert eigentlich überhaupt nicht

Windkraftwerke verursachen zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kraftwerk oder Kernkraftwerk, da die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden kann. Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger.

Windkraftwerke und Solaranlagen können ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nachweislich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Stromerzeugung übernehmen, aber sie können niemals eine zuverlässige Stromversorgung und die unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit gewährleisten, denn der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom, deshalb existieren diese Stromerzeuger eigentlich überhaupt nicht. Nach dem Kohleausstieg besteht die grundlastfähige, regelbare Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland nur noch aus einigen Gaskraftwerken (ohne Gas), Pumpspeicherkraftwerken, Wasserkraftwerken und Biogasanlagen.

Die Windkraftwerke können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. In der Bundesrepublik Deutschland wird es auch in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb kann es ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher zwangsläufig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit geben, denn nur aufgrund der Regelbarkeit von leistungsfähigen Großspeichern besteht die Möglichkeit, den erforderlichen Strom sekundengenaue nach Bedarf zu produzieren.

Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung der konventionellen "Schattenkraftwerke" wurden die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nachweislich vorsätzlich geschwächt. Da unser Land nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank

des "Flutterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln.

Windkraftanlagen sind ferner nicht klimaneutral und umweltfreundlich, denn für den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen werden z.B. seltene Erden, Tropenholz, tonnenweise Beton und kostbare Flächen benötigt. Obgleich die Energiewende schon seit Jahren krachend gescheitert ist, wurde die Umweltzerstörung, die der Bau von über 31.000 Windkraftanlagen und Solarparks verursachte, unbeirrt fortgesetzt und nahm unvorstellbare Ausmaße an.

Der Bau von über 31.000 Windkraftanlagen, Solarparks und die Umstellung auf Maismonokulturen richteten bereits unglaubliche Umweltschäden, deshalb sollte man ab sofort keine weiteren Wind- und Solarenergieanlagen genehmigen. Regenerative Energieträger sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten völlig unsinnig und existieren eigentlich überhaupt nicht! Auch weitere 100.000 Windkraftanlagen wären wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine stabile Stromversorgung zu garantieren.

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 23. Juni 2021 (x1.081/...): >>Flaute über Deutschland: Windkraft ohne Wind, Photovoltaik ohne Sonne

Von *Holger Douglas*

Nur am 5. Mai hätten wir richtig Glück und ausreichend Strom gehabt. In der Mittagszeit zwischen 12 und 14 Uhr hätten wir gut Kochen und Braten können. Da fielen 65,4 GWh "vom Himmel".

Ohne Kohle- und Kernkraftwerke wäre es im ersten Quartal dieses Jahres kaum etwas mit Industrieproduktion, fahrenden Zügen und Kochen geworden. Es gab viel zu wenig Strom. Der Wind wehte kaum, die Sonne lieferte nur wenig. Das Statistische Bundesamt meldete demzufolge eine gegenüber dem Vorjahreszeitraum um satte 23 Prozent gesunkene Menge an sogenanntem "Ökostrom".

Die gute Nachricht vorweg, es wurde besser im 2. Quartal: Nur am 5. Mai hätten wir richtig Glück und ausreichend Strom gehabt. In der Mittagszeit zwischen 12 und 14 Uhr hätten wir gut Kochen und Braten können. Da fielen in der Mittagsstunde 65,4 GWh "vom Himmel". Aber immer noch zu wenig, weil Deutschland insgesamt 68,2 GW Leistung benötigte. Das war der Tag der höchsten Erzeugung aus erneuerbaren Energien, wie auf *Smard.de* zu lesen ist.

Doch gleichzeitig ein Verlustgeschäft, denn plötzlich war zu viel Strom vorhanden, der Strompreis sank ins Minus von 36,71 Euro pro Megawattstunde. Bedeutet: Die Erzeuger müssen drauflegen, damit den Strom jemand abnimmt. Viel Energie aus Wind- und Sonnenanlagen in den Netzen lassen eben die Preise dramatisch sinken. Die gleicht der Stromverbraucher über seine teure EEG-Umlage unter anderem dem Windanlagenbesitzer wieder aus.

Allerdings gab es relativ viel Wind und Sonne nur um die Mittagszeit, bereits am Nachmittag senkte sich die Sonne und ließ die Photovoltaik einbrechen. Derzeit "schläft" der Wind seit gut zwei Wochen. Nach der Statistik des BDEW lieferten von Januar bis März die Kernenergie 2,4 Prozent mehr, Strom aus Braunkohlekraftwerken um 29,9 Prozent mehr, aus Steinkohle 18,3 Prozent mehr und 15,1 Prozent mehr kamen vom Erdgas. Ohne Kohle- oder Kernkraftwerke wäre nichts gegangen.

Dagegen: Windräder an Land und auf dem Wasser lieferten satte 31 Prozent weniger, also etwa ein Drittel weniger als im ersten Quartal des Vorjahres!

Überdies sind all diese Zahlen nicht viel wert, denn auch abends und nachts sowie bei Flaute - so zumindest bisher die Erwartung - soll Strom zur Verfügung stehen. Speichern, das hat sich mittlerweile herumgesprochen, geht nicht in den notwendigen Mengen.

Den unsinnigen Gedanken, ein Industrieland dann mit Strom aus Wind und Sonne versorgen

zu können, wenn der benötigt wird, zeigen die extremen Schwankungen bei den Stromeinspeisungen. Mal ist Strom da, ein paar Stunden später nichts mehr. So schwankte in den ersten fünf Monaten des Jahres 2021 die Produktion von Strom aus Wind und Sonne extrem: von fast null bis hin zu 41,0 GW bei den Windrädern, bei den offshore Windanlagen von 0-7,1 GW. Die Fotonzellen auf Dächern und Feldern lieferten aus dem Nichts plötzlich 36,2 GW, dann wieder null, wenn die Sonne untergeht oder sich Wolken dazwischenschieben.

Zum Vergleich: Der gesamte Stromverbrauch schwankt von 45 GW in Spitzenzeiten bis zu 80 GW. Das bedeutet: Fast die Hälfte des deutschen Stromverbrauches verschwindet mal eben, um dann wieder in die Netze gepumpt zu werden. Welche Belastungen solche Schwankungen auch für Übertragungstechnik bedeuten, kann man sich gut vorstellen. Das bedeutet weiterhin: Hinter jedem Windrad und jeder Solarzelle muß ein konventionelles Kraftwerk stehen, das angeheizt bereitsteht und liefern kann. Das kostet horrenden Summen.

Wind- und Sonnenanlagen sind eben nicht grundlastfähig, und es ist mehr als eine entsetzliche Dummheit, einem Industrieland die Energieerzeugung abzuwürgen. Ein Hermann Albers hat die Stirn, die Windenergie als starken "Stabilitätsanker" zu bezeichnen. Der ist Präsident des Bundesverbandes Windenergie BWE und will an möglichst vielen Windrädern im Land prächtig verdienen. Ob die Energieversorgung dieses Landes klappt, interessiert ihn eher weniger. Genauso wenig wie die mittlerweile intergenerationell gerecht gewordene Ökonomin Claudia Kemfert, die zuletzt bei Lanz (ZDF) einen schnelleren Ausbau der "erneuerbaren Energien" fordert.

Sie ist auch Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen, auf dessen Aussagen sich das Bundesverfassungsgericht bei seinem Skandalbeschluss vom 24. März 2021 ausdrücklich bezieht. Kemfert fordert bei Lanz sogar eine Versechsfachung des Ausbautempos der "regenerativen" Energien. Wie sich dann all die vielen Windräder drehen sollen, wenn Flaute herrscht, erklärt sie nicht. Es fragte sie auch niemand.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2022: >>**Bis zu 241 Meter hohe Windräder - Umstrittener Windpark im Reinhardswald genehmigt**

Mit der neuen Windkraftanlage im nordhessischen Reinhardswald könnten rund 75.000 Haushalte mit Strom beliefert werden

Sven Pfortner

Es ist die bisher größte und gleichzeitig umstrittenste Windkraftanlage in Hessen: Im Reinhardswald sollen 18 Windräder gebaut werden. Naturschützer und Anwohner kämpften jahrelang dagegen. Für Umweltministerin Petra Hinz (Grüne) ist der Windpark alternativlos. Das Regierungspräsidium Kassel hat sein OK gegeben und das bisher größte Windkraftanlagen-Projekt in Hessen genehmigt. Im nordhessischen Reinhardswald bei Bad Karlshafen und Trendelburg - Gottsbüren dürfen insgesamt 18 bis zu 241 hohe Windräder errichtet werden, wie die Behörde am Mittwoch mitteilte.

Mit Rotorblättern von 150 Metern Durchmesser sollen sie rund 300.000 Megawattstunden Energie im Jahr produzieren. Rein rechnerisch könnten damit bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 4.000 Kilowattstunden pro Jahr rund 75.000 Haushalte mit Strom versorgt werden.

Der Energieversorger EAM hatte bereits im August 2020 einen Antrag beim Dezernat für Immission und Strahlenschutz des Regierungspräsidiums Kassel eingereicht. Dem Genehmigungsverfahren "ging ein umfangreiches, hochkomplexes Verfahren voraus", teilte das Regierungspräsidium mit. Mehr als 30 Behörden und Stellen seien daran beteiligt gewesen, um den Immissionsschutz, die Auswirkungen auf Natur- und Artenschutz sowie den Wasser- und Denkmalschutz zu prüfen.

Wie der Windpark-Betreiber - die Energiegenossenschaft Reinhardswald bestehend aus der EAM, vier Kommunen sowie die Städtischen Werke Kassel und die Stadtwerke Eschwege -

dem "Hessischen Rundfunk" sagte, sollen nach dem Erhalt der Genehmigung schon vorbereitende Bauarbeiten für das 142 Millionen Euro teure Projekt beginnen. Die Bauzeit betrage etwa zwei Jahre.

250 Buchen und mehrere Fichten - "äußerst geringe" Anzahl an Bäumen muß gefällt werden

Der Windpark soll auf einer Fläche von rund sieben Kilometern im nördlichen Reinhardswald errichtet werden - mit ausreichend Abstand zu den "touristisch wertvollen Bereichen um den Urwald oder den Tierpark Sababurg", wie der Betreiber dem "Hessischen Rundfunk" mitteilte. Für die Windräder müßten laut der Energiegenossenschaft Reinhardswald mit rund 250 Buchen und mehreren Fichten eine "äußerst geringe" Anzahl an Bäumen gefällt werden. Durch Stürme, Dürresommer und den Borkenkäfer sei bereits ein Großteil der benötigten Fläche baumfrei.

Laut der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) ist der Windpark alternativlos. Daher habe sie die Weichen für das Projekt gestellt, wie sie zur "Bild-Zeitung" sagte: "Die Windenergie leistet für die Energiewende und damit für den Erhalt der Natur einen entscheidenden Beitrag ... Ohne diese konsequente und engagierte Klimapolitik wird es bald gar keinen Wald mehr geben."

Von Anwohnern und Naturschützern hatte es immer wieder Widerstand gegen den geplanten Park gegeben. Sie befürchten, daß die Windräder den Lebensraum der im Reinhardswald lebenden Tiere bedrohe. Zudem könnte er dem Tourismus schaden.

Bernhard Klug von der "Schutzgemeinschaft Deutscher Wald" sagte zum hessischen Radiosender FFH: "Der Reinhardswald blutet." Man behalte sich rechtliche Schritte vor. Auch die Initiative "Pro Reinhardswald" kündigte an, gegen die Genehmigung des Windparks Klage einzureichen. Laut Regierungspräsidium waren 690 Einsprüche gegen das Vorhaben erhoben worden.

Der Reinhardswald ist mit 20.000 Hektar das größte zusammenhängende Waldgebiet in Hessen. Das Mittelgebirge ist Heimat für u.a. weißes Rotwild, seltene sowie geschützte Käfer- und Fledermausarten, Schwarzstörche und Wildkatzen, Wölfe und Luchse, Wildpferde und Wisente. Bis zu 600 Jahre alte Eichen und Buchen stehen in dem sogenannten "Märchenwald", der die Brüder Grimm zu einigen ihrer bekannten Märchen inspirierte.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 3. Februar 2022: >>**Sie versündigen sich am "Märchenwald" der Gebrüder Grimm: 18 Windradmonster, 240 Meter hoch!**

Das "Rotkäppchen" weint, das "Schneewittchen" trauert: Der Reinhardswald im Norden von Hessen, bekannt als "Märchenwald" der Gebrüder Grimm, einer der schönsten und ältesten Kulturwälder Deutschlands, soll durch 18 Monsterwindräder verschandelt werden!

Das Regierungspräsidium Kassel hat das bisher größte jemals im "schwarz-grünen" Hessen beantragte Windkraftanlagen-Projekt ungeachtet aller Bürgerproteste genehmigt: Auf einer Länge von sieben Kilometern sollen die bis zu 240 Meter hohen Monster (so hoch wie der Frankfurter Messeturm) in den Waldboden bei Bad Karlshafen und Trendelburg - Gottsbüren einbetoniert werden. Die Rotoren haben einen Durchmesser von 150 Metern. Für diesen 18-fachen Irrsinn sollen Jahrhunderte alte Bäume (u.a. Eichen und Buchen) fallen.

Bürgerinitiative kündigt Klage an

Gegen den sogenannten Windpark hatte es jahrelangen Widerstand von Anwohnern und Naturschützern gegeben (insgesamt 690 Einsprüche). Die Menschen in der Region fürchten nicht nur um den Lebensraum bedrohter Vögel wie Schwarzstorch oder Rotmilan und seltener Fledermausarten. Auch der "Märchenwald-Tourismus", von dem die Region im Norden Hessens lebt, bangt um seine Existenz.

STOPPT DIESEN WAHNSINN!<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 10. Februar 2022: >>**Naturschützer entsetzt - Grimms**

Märchenwald muß Wind-Industriepark werden - beim Abholzen herrscht Hektik

von *Annette Berger*

Kaum war die Genehmigung bekannt geworden, wurden auch schon Bäume gefällt. Im Reinhardswald in Hessen haben Naturschützer den Kampf gegen einen Windpark verloren. Vorerst zumindest.

Sieht aus, als sollten schnell Fakten geschaffen werden in Deutschlands derzeit wohl umstrittensten Windpark-Projekt, im Reinhardswald in Hessen, auch bekannt als "Grimms Märchenwald". Mitte vergangener Woche hatte der Regierungspräsident in Kassel die ersten 18 Windkraft-Anlagen auf einem Höhenzug hinter der Sababurg genehmigt. Kurz darauf starteten auch schon die Baumfällarbeiten.

"Ich komme gerade aus dem Wald und bin schockiert", sagte an diesem Mittwoch Oliver Penner vom Aktionsbündnis Märchenland dem *stern*. Die Baumfällarbeiten seien weit vorangeschritten. Das Aktionsbündnis ist eine von mehreren Bürgerinitiativen, die den Bau des Windparks in dem historischen Wald verhindern wollen und bereits seit Jahren dagegen kämpfen.

Die aktuelle Lage rund um das Bäumefällen sei sehr intransparent. Auch, weil es gar keine Gelegenheit gegeben habe, eine eigentlich vorgesehene 14-tägige Frist für Einsprüche zu nutzen, kritisiert der Gegner des Windparks. "Am Tag der Genehmigung hat man mit den Fällarbeiten begonnen." Offenbar sollten schnell Tatsachen geschaffen werden. Gegner des Windparks monieren auch, die Genehmigung sei noch gar nicht rechtskräftig.

Naturschützer kämpfen mit neuen Klagen um den Reinhardswald

Nach Informationen der "Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen Zeitung" hatte die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Ende der Woche gemeinsam mit der Bürgerinitiative Oberweser-Bramwald eine Klage und einen Eilantrag beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht. Das Gericht hatte laut der "HNA" daraufhin gebeten, daß keine Bäume gefällt werden, bis über den Eilantrag entschieden sei. Doch hektisch gefällt wurde trotzdem. Die Windpark Reinhardswald GmbH betonte gegenüber der lokalen Presse sinngemäß, man agiere innerhalb des rechtlichen Rahmens.

Doch die Empörung ist groß in der Region. Dort, wo bislang ein Wald mit teils sehr alten Bäumen steht, der Heimat vieler - auch seltener - Tierarten ist, wird demnächst wohl permanent Baulärm zu hören sein. Es sei die "größte nordhessische Baustelle im Wald", haben Naturschützer Penner und seine Mitstreiter errechnet. Sie erstrecke sich über acht Kilometer Luftlinie. Die Bauzeit werde schätzungsweise zwei Jahre betragen.

Nach Meinung der schwarzgrünen Landesregierung in Hessen ist dieses Projekt jedoch nötig für den - globalen - Klimaschutz. Umweltministerin Priska Hinz von den Grünen hatte den Windpark in der vergangenen Woche gegenüber der "Bild-Zeitung" als alternativlos bezeichnet und gesagt: "Die Windenergie leistet für die Energiewende und damit für den Erhalt der Natur einen entscheidenden Beitrag." Ohne diese konsequente und engagierte Klimapolitik werde "es bald gar keinen Wald mehr geben."

Nabu bewertet den Eingriff in die Natur durch Windparks in Hessen als "möglichst gering"

Schützenhilfe bekommt die grüne Ministerin teils auch von Vertretern der Umweltverbände. So betonte der Naturschutzbund Nabu auf eine Anfrage des *stern*, der Verband habe erreicht, daß zum Ausgleich im Reinhardswald ein mehr als 1.000 Hektar großer Naturwald gesichert und in Kürze als Naturschutzgebiet ausgewiesen werde. "Dort werden künftig gar keine Bäume mehr für die Holznutzung gefällt." In Hessen würden Flächen für Windparks so ausgewählt, daß "der Eingriff in die Natur möglichst gering gehalten wird".

Dennoch - im Reinhardswald dürfen 29 Hektar Wald für den Bau des Wind-Industrieparks gerodet werden. Manche der Bäume sind Medienberichten zufolge an die 200 Jahre alt. Die

Planer und Befürworter sagen, es werde nur ein kleiner Teil des Waldes bebaut - und auch nur einer, an dem der Borkenkäfer ohnehin viele Bäume zerstört habe. Umweltschützer kontern, man könne solche Gebiete ja auch aufforsten und müsse sie nicht zubetonieren.

Daß man ausgerechnet ein Naturparadies zerstört oder zumindest nachhaltig schädigt, um etwas für den weltweiten Klimaschutz zu tun, das leuchtet vielen Menschen nicht ein. Wälder gelten als wichtiger CO₂-Speicher. "Es gibt in der Region viel Protest gegen das Projekt. 90 Prozent der Menschen hier wollen die Windräder nicht", sagte auch Oliver Penner von "Rettet den Reinhardswald".

Jedes einzelne Windrad muß genehmigt werden

Aus Sicht der Naturschützer ist die Sache allerdings noch lange nicht entschieden. Rechtlich gebe es sehr viele Einwände gegen die Windkraftanlagen, von denen jede einzelne geplant und genehmigt werden müsse. Die Gründe reichten von Trinkwasser- bis hin zu Brand- oder Denkmalschutz. Ein Großteil der Anlagen seien aus seiner Sicht nicht genehmigungsfähig, betonte Penner. Auch die Lärmbelastung der Anwohner durch den Bau des Windparks sei ein Thema.

Um den Reinhardswald tobe ein Kampf zwischen Klima- und Naturschutz, beschrieben es manche Medien, nachdem die Entscheidung in der vergangenen Woche bekannt geworden war. Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Windkraft in Deutschland deutlich auszubauen. Weil ein ständiger Streit um die Standorte der ungeliebten riesigen "Spargel" schwelt, weicht man, wie das Beispiel Reinhardswald zeigt, inzwischen auch auf Regionen aus, die eigentlich tabu sein sollten - bewaldete und artenreiche Gebiete in hügeligen Gegenden, die wichtige Rückzugsorte der Natur sind.

Im Gegensatz zum Nabu hält die Deutsche Wildtier Stiftung diese Art der Klimaschutz-Politik für falsch. "Wir kritisieren den Bau von Windkraftanlagen im Wald und anderen sensiblen Ökosystemen", sagte Sebastian Brackhane, der für diese Organisation die Windkraft-Problematik genau beobachtet, dem *stern*. Der Wald - ohnehin in Deutschland inzwischen auf nur noch ein Drittel der Landesfläche geschrumpft - sei ein naturnahes Ökosystem, der durch solche Industrieanlagen nachhaltig geschädigt werde. Gerade im Wald leben viele seltene Vogelarten und auch Fledermäuse, von denen hierzulande alle 25 Arten besonders geschützt sind.

"Beim Reinhardswald haben wir ein in sich geschlossenes, sehr naturnahes, zusammenhängendes Waldgebiet", sagte Brackhane. Zwar argumentierten die Befürworter, daß der Windpark Reinhardswald hauptsächlich auf sogenannten Fichtenkalamitätsflächen gebaut werden soll. "Aber auch diese können sich mit der Zeit und ohne Windkraft wieder zu naturnahen, artenreichen Wäldern entwickeln."

Tod durch Windräder: Fliegen Fledermäuse vorbei, platzen ihre Lungen

Windräder bedeuteten den sicheren Tod vieler Tiere, erklärte der Experte. So würden Vögel beispielsweise durch die Rotoren erschlagen, bei vorbeifliegenden Fledermäusen würden die Lungen durch den von den Windrädern erzeugten Druckunterschied zerfetzt.

Generell sei Windenergie wichtig für den globalen Klimaschutz, betont auch die *Deutsche Wildtier Stiftung*. Die Anlagen sollten jedoch in Gebieten gebaut werden, die ohnehin schon bebaut und versiegelt sind oder landwirtschaftlich intensiv beackert würden, beispielsweise auf Maisfeldern.

Daß die Windindustrie heute teils so stark kritisiert werde, liege auch an ihrem Wandel, schätzt der Experte. Diese Branche sei früher ein Gebiet von Pionieren gewesen, stark motiviert vom Klimaschutz. Mittlerweile sei es eine knallharte Industrie mit finanziellen Interessen.<<

Schlußbemerkungen

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung wird vermutlich ab 2023 die zivilisa-

torische Grundversorgung der Bevölkerung nicht mehr funktionieren.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung können die äußere und innere Sicherheit nicht gewährleistet werden.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung wird der deutsche Industriestandort zwangsläufig demontiert und zerstört.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung wird sich der deutsche Industriestandort zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln (Restabwicklung des Morgenthau-Plans).

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung werden wir energiepolitisch von ausländischen Strombezügen abhängig sein.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung können wir niemals den gegenwärtigen Zustand der Unfreiheit beenden und kein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit führen.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung sind vermutlich ab 2023 flächendeckende Zusammenbrüche des nationalen deutschen Stromnetzes nicht mehr zu verhindern.

Längere totaler Zusammenbrüche des nationalen Stromnetzes würden sich in der Bundesrepublik Deutschland zwangsläufig zu unfaßbaren Katastrophen entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Die Freisetzung von Radioaktivität könnte zusätzlich ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Angesichts der katastrophalen Folgen von Netzzusammenbrüchen muß der Wiederaufbau einer stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung sofort beginnen. Anstatt die Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro aufzurüsten, sollten diese Finanzmittel für den Wiederaufbau der deutschen Stromerzeugung genutzt werden, denn falls es in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente kommt, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nichts mehr zu verteidigen. ...<<

3. Was ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich?

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Mai 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Die staatlich angeordnete Energiewende bedroht die innere sowie äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und gefährdet den Bestand des gesamten Landes

Sehr geehrte Damen und Herren!

Haupttätigkeiten des Staates

Jeder demokratische Rechtsstaat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten.

Es gehört zu den Haupttätigkeiten des Staates, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten. Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 Abs. 1 und Artikel 28 Abs. 2 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit.

Danach müssen lebenswichtige Güter und Dienstleistungen, wie z.B. Energie-, Wasser- und Lebensmittelversorgung, medizinische Versorgung, Medikamente, Abwasser- und Müllentsorgung, dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden. Ferner gehört es zu den vorrangigen Pflichten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland das persönliche Wohl und das Gemeinwohl des Volkes zu bewahren sowie die äußere und innere Sicherheit zu gewährleisten.

Basistechnologie Energiewirtschaft

Die Energie- und Wasserversorgung gehört in jedem modernen Sozialstaat zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die Elektrifizierung zählt zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand.

Vor allem die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (5G-Mobilfunk, Digitalisierung, Internet, Handy, etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis, sondern um ein elementares Grundbedürfnis.

Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich. Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind in erster Linie auch auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.

Flächendeckender Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Die Deutschen sollten sich allmählich von der gegenwärtigen sicheren und zuverlässigen Stromversorgung verabschieden und sich auf ein etwas "anderes Leben" vorbereiten. Sie müssen sich infolge der unverantwortlichen ideologischen "Energiewende" darauf einstellen, zukünftig mit wesentlich weniger Energie, reduzierter Mobilität und erheblich geringerer Lebensqualität auszukommen.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Sprichwort aus China

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden, deshalb dürfen Kernkraftwerke nur dann stillgelegt werden, wenn eine stabile Stromversorgung existiert.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.** Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfabßaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom

Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Völkerrechtliche Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke seit 1961 von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Da die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes Bestandteile des Grundgesetzes sind, müssen die Grundsätze der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit und Haftungsregelungen wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten beachtet werden.

Im Artikel 25 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

Im Artikel 26 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, ... Sie sind unter Strafe zu stellen. ...<<

Völkerrechtliche Haftung und Wiedergutmachungspflicht

Gemäß Völkerrecht haben Staaten für die ihnen zuzurechnenden völkerrechtlichen Handlungen einzustehen. Sie sind dabei den unmittelbar geschädigten Staaten bzw. Völkerrechtssubjekten gegenüber verantwortlich und verpflichtet, die Schäden von Rechtsverletzungen wiedergutzumachen.

Falls der Staat für ein völkerrechtswidriges Handeln verantwortlich ist, muß dem geschädigten Staat der Schaden ersetzt werden, um soweit wie möglich alle Folgen des Unrechtstatbestandes zu beseitigen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik wurden am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen, obwohl sie damals zu den sog. "Feindstaaten" des Zweiten Weltkrieges gehörten. Die UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) gegen Deutschland wurden auch später nicht aufgehoben und existieren noch immer, um den siegreichen Alliierten freie Hand bei der Behandlung der Deutschen zu geben.

Die Artikel 53 und 107 räumen den Siegermächten das Recht ein, bei aggressiven politischen Ausnahmeständen in Deutschland jederzeit ohne ein UN-Mandat militärisch einzugreifen, denn bis zu einer friedensvertraglichen Regelung bleiben die Siegermächte für das besiegte Deutschland verantwortlich. Aufgrund der UN-Feindstaatenklausel Artikel 107 können gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, Zwangsmaßnahmen verhängt werden.

Durch diese UN-Feindstaatenklausel sind die ehemaligen Siegermächte (Rußland, USA, Großbritannien und Frankreich) in der Lage, falls die Deutschen zum Beispiel fahrlässig den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit gefährden, gemäß Haager Landkriegsordnung den gegenwärtigen Waffenstillstand zu beenden und die Feindseligkeiten ohne UN-Mandat wieder aufzunehmen.

Die repräsentative Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland

Im Artikel 20 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Die Bundesrepu-

blik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. ...<<

Im realen Leben der Bundesrepublik Deutschland geht die Staatsgewalt leider nicht vom Volk aus, denn die Regierung wird nicht direkt vom Volk gewählt. Das Volk darf lediglich in regelmäßigen Abständen Volksvertreter und Parteien wählen.

Die Staatsgewalt des Bürgers beschränkt sich also darauf, regelmäßig einen Wahlzettel auszufüllen und abzugeben. Nach der Stimmenabgabe ist die politische Mitwirkung des Bürgers beendet und er darf anschließend ohnmächtig verfolgen, wie die privilegierte Politikerkaste nach der Wahl fast alle gesellschaftlichen Themen eigenmächtig zu kollektiven Problemen macht und gesetzlich organisiert.

Die Staatsgewalt des Volkes gewährleistet nachweislich nicht die Freiheit und Selbstbestimmung des Bürgers, sondern festigt eher die Fremdbestimmung und Betreuung bzw. Bevormundung des Menschen durch die allmächtigen Parteien, die behaupten, die Interessen des Volkes vorbildlich zu vertreten.

Pflichten der gewählten Vertreter des Volkes

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Die Abgeordneten sind demnach in erster Linie Vertreter des Volkes und nicht Vertreter der Parteien oder der geschickt agierenden Lobbyorganisationen.

Die Pflichten des Abgeordneten ergeben sich aus der moralischen Verpflichtung, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des gesamten Volkes auszuüben. Die demokratisch legitimierten Volksvertreter sind niemandem untergeordnet, sondern Repräsentanten des gesamten Volkes. Das Leben und die Gesundheit des Volkes zu schützen, zählt danach zu den wesentlichsten Aufgaben eines Staates und der gewählten Repräsentanten des Volkes.

Im Artikel 38 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

(2) Wahlberechtigt ist, wer das einundzwanzigste Lebensjahr, wählbar, wer das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat. ...<<

Pflichten des Bundeskanzlers und der Bundesminister

Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag gemäß Artikel 64 des deutschen Grundgesetzes den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

Im Artikel 56 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>... Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. ...<<

Rechtsprechung

Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter nicht vom Volk, sondern von den Parteien (je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat) gewählt werden, deshalb ist die Justiz zwangsläufig keine unabhängige Staatsgewalt. Die potentiellen Angeklagten suchen sich ihre Richter praktisch selbst aus.

Im Artikel 20 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>... (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtspre-

chung sind an Gesetz und Recht gebunden.<<

Im Artikel 95 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>... (3) Über die Berufung der Richter des Obersten Bundesgerichts entscheidet der Bundesjustizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuß, der aus den Landesjustizministern und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern besteht, die vom Bundestage gewählt werden. ...<<

Im Artikel 96 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Für das Gebiet der ordentlichen, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit sind obere Bundesgerichte zu errichten.

(2) Auf die Richter der oberen Bundesgerichte findet Artikel 95 Absatz 3 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Bundesjustizministers und der Landesjustizminister die für das jeweilige Sachgebiet zuständigen Minister treten. Ihre Dienstverhältnisse sind durch besonderes Bundesgesetz zu regeln. ...<<

Im Artikel 97 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.

(2) Die hauptamtlich und planmäßig endgültig angestellten Richter können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, vor Ablauf ihrer Amtszeit entlassen oder dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Die Gesetzgebung kann Altersgrenzen festsetzen, bei deren Erreichung auf Lebenszeit angestellte Richter in den Ruhestand treten. Bei Veränderung der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke können Richter an ein anderes Gericht versetzt oder aus dem Amte entfernt werden, jedoch nur unter Belassung des vollen Gehaltes.<<

Die repräsentative Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln, sondern es etablierte sich eine Art Parteiendiktatur (Scheindemokratie), in der die "ewigen" Regierungsparteien das Denken und Handeln für das Volk übernahmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.

Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) schrieb bereits im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie (x903/...): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). ...<<

Fremdbestimmte Abgeordnete

Viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie Landtags- und Kreistagsabgeordnete sind leider schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich still und heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung von besetzten Machtpositionen, der Durchsetzung von globalen NWO-Zielen sowie um die verdeckte Unterstützung von Wirtschaftsinteressen.

Obleich die Abgeordneten relativ hohe Vergütungen erhalten, nutzen viele Abgeordnete die Politik vor allem dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen außerdem gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geschickt agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

In allen deutschen Ministerien arbeiten von den Lobbygruppen und US-Beraterfirmen bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten maßgeblich an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.

Die heutigen fremdbestimmten Politiker erinnern eher an Mitglieder einer religiösen Sekte, die mit Hilfe der gleichgeschalteten Propagandamedien die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zerstören wollen, um einen globalen totalitären Weltstaat mit "Neuen Menschen" zu gründen.

Fehlende Gewaltenteilung

Judikative, Exekutive und Legislative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz jedoch keine spezielle Gewaltenteilung vor.

Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um das demokratische Gleichgewicht zu gewährleisten, wird zwangsläufig die Macht mißbrauchen.

Nicht der Wähler, sondern die allmächtigen deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und entscheiden außerdem, wer die höchsten Positionen der Judikative übernimmt. Die allmächtigen deutschen Regierungsparteien beeinträchtigen damit indirekt die richterliche Unabhängigkeit bzw. die gesamte Justiz.

Da die Staatsanwaltschaften nicht unabhängig von den Justizministern sind, kann die Justiz den Bürger auch nicht vor der Willkür der Regierung schützen, denn die Justizminister bestimmen, was die Staatsanwälte zu tun und zu lassen haben.

Das höchste aller Gerichte, das Bundesverfassungsgericht, steht ebenfalls unter dem Einfluß der allmächtigen deutschen Regierungsparteien. Kein Richter des Bundesverfassungsgerichts wird z.B. ein Amt bekommen, wenn er nicht die richtige politische Einstellung oder die richtige Parteimitgliedschaft besitzt.

Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (Rechtsprechung) existiert demnach nicht, da die gesamte Staatsgewalt durch die allmächtigen deutschen Regierungsparteien ausgeübt wird.

Gesetzentwürfe und sonstige Vorschläge, die von speziellen Oppositionsparteien eingebracht werden, haben grundsätzlich keine Aussicht auf Erfolg. Die öffentlich-rechtlichen Medien stehen ebenfalls unter der Kontrolle allmächtigen deutschen Regierungsparteien, so daß naturgemäß keine unabhängige Berichterstattung stattfinden kann.

Die ideologische Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Das Bundesverfassungsgericht gab z.B. am 24. März 2021 den Beschwerden von verschiedenen Umweltverbänden und Vertretern der "Fridays for Future-Bewegung" (FFF) gegen das Klimaschutzgesetz teilweise statt, da die Maßnahmen der Bundesregierung nicht mit den Grundrechten vereinbar seien, weil konkrete Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen würden. ...

Die Kläger hatten die Ansicht vertreten, daß das gegenwärtige Klimaschutzgesetz zu "schwach" wäre, um die drohende Klimakrise erfolgreich zu bekämpfen und damit ihr Recht auf eine menschenwürdige Zukunft zu bewahren. Ferner sahen sie ihre Grundrechte (Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit, Eigentum, Beruf und freie Entfaltung) gefährdet und kritisierten, daß die Bundesregierung ihren grundgesetzlichen Schutzauftrag nicht erfüllen würde.

Wenn die obersten Richter in Karlsruhe für den Kampf gegen **fiktive** Treibhausgasemissionen und den angeblich menschengemachten Klimawandel eintreten, um die Rechte der Menschen zu schützen, dann darf der Karlsruher Bundesgerichtshof die dramatischen **realen** Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren.

Da die gemeingefährlichen Risiken der sogenannten Energiewende der deutschen Bundesregierung zweifelsfrei nicht mit Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes vereinbart werden können, war das Bundesverfassungsgericht von Amts wegen verpflichtet, die gegenwärtig angeordneten staatlichen Maßnahmen unverzüglich zu prüfen.

Da das Recht nicht teilbar ist, muß die Bundesanwaltschaft von Amts wegen prüfen, ob die gemeingefährlichen Folgen dieser staatlichen Maßnahmen tatsächlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind oder ob die sogenannte Energiewende das Leben, die Gesundheit und Sicherheit der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und der mitteleuropäischen Nachbarländer bedrohen.

Verantwortlichkeit und Haftung wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten

In einem demokratischen Rechtsstaat, der vor allem die Lebensgrundlagen der Bevölkerung schützen muß, sind natürlich auch alle Politiker, die wider besseres Wissen nicht pflichtgemäß handelten und zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstießen, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. ...*) umfaßt auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der sog "Energiewende", wie zum Beispiel vor den extremen Ereignissen während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes begründet auch eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung in Bezug auf künftige Generationen und unsere Nachbarstaaten, denn in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden sollen, droht bei einem längeren Blackout die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität.

Im Artikel 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) *Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.*

(2) *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.*<<

Keine Ahndung von Rechtsbrüchen

Die systematische Destabilisierung der deutschen Energiewirtschaft erfolgte nachweislich durch staatlich angeordnete Maßnahmen der deutschen Bundesregierung, deshalb wurde der Bestand der Bundesrepublik Deutschland nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich gefährdet.

Obleich der Straftatbestand des Hoch- und Landesverrats erfüllt ist, wurde bisher noch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

Der Hochverratsparagraph wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten abgeschafft. Erst im Jahr 1951 führte man wieder ein Gesetz zur Bestrafung des Hoch- und Landesverrats ein. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe war danach für

Staatsschutzstrafsachen verantwortlich, die durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden ("Hochverrat" laut Paragraph 81 Strafgesetzbuch), und verpflichtet, eingehende Strafanzeigen zu prüfen.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht z.B. Hochverrat: >>(1) *Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt*

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...<<

Schlußbemerkungen

Das fremdbestimmte Zwangsbetreuungssystem ohne Daseinsvorsorge war in der Bundesrepublik Deutschland äußerst effektiv. Der Tiefe Staat konnte mit tatkräftiger Hilfe der allmächtigen deutschen Regierungsparteien alle angestrebten Ziele mühelos verwirklichen und das nach wie vor besetzte und bevormundete Land fast vollständig ausbeuten, destabilisieren und ruinieren.

Angesicht der permanenten Mißachtung des Grundgesetzes durch Mitglieder der Bundesregierung wird es höchste Zeit, daß das Volk den Staat und die Gesellschaft vorübergehend selbst verteidigt, denn gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes geht alle Staatsgewalt vom Volk aus und "alle Deutschen haben gemäß Artikel 20 Absatz 4 das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Da die gewählten Volksvertreter der dominanten Regierungsparteien und die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe alle bereits entstandenen Schäden und die drohenden Gefahren der planmäßig eingeleiteten Energiewende starrsinnig ignorieren, obgleich sie die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nachweislich bedrohen sowie den Bestand des gesamten Landes gefährden, muß das Volk diese verantwortungslosen und pflichtvergessenen Volksvertreter unverzüglich durch Massenproteste und Streiks (Niederlegung der Arbeit etc.) zum Rücktritt auffordern und Neuwahlen erzwingen. ...<<

4. Wieso muß der Katastrophenschutz während eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung in der Bundesrepublik Deutschland zwangsläufig scheitern?

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Juni 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Ist der deutsche Katastrophenschutz einem flächendeckenden Stromausfall gewachsen?

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (rund 36 % der gesamten Stromnachfrage von etwa 83.000 Megawatt) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2023 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken, so daß es spätestens ab 2023 zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

Flächendeckende Stromausfälle

Aufgrund der fehlenden Grund- und Mittellaststromerzeugung genügen bereits eine im Winter

typische längere Dunkelflaute ohne Wind und Sonne sowie 5-10 Grad Kälte, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Längere flächendeckende Stromausfälle lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Infolge des totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und chaotische Zustände auslösen. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren.

Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Nach dem Zusammenbruch der Stromversorgung fallen z.B. sofort alle Verkehrsleitsysteme, Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke, Kläranlagen, Tankstellen, Fertigungsbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe aus. Das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, medizinische Versorgung) bricht ebenfalls zusammen, wenn keine Notstromversorgung zur Verfügung steht.

Die Mobilität wird drastisch eingeschränkt, die medizinische Versorgung und die allgemeine Sicherheit der Bürger können nicht mehr gewährleistet werden.

Kampf ums nackte Überleben

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes würde sich zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Selbstmorde, Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Nach dem Zusammenbruch der Energieversorgung wird in der Bundesrepublik Deutschland schnell ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben entbrennen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen beginnen wahrscheinlich zunächst mit Massenplünderungen und Brandschätzungen durch marodierende Banden in den deutschen Städten und werden danach in allen deutschen Provinzen fortgesetzt.

Während des brutalen Existenzkampfes um Leben und Tod kämpft zwangsläufig jeder gegen jeden ("Homo homini lupus", der "Mensch ist des Menschen Wolf"), um sich Lebensmittel, Vermögensgegenstände und andere Dinge vor den Konkurrenten zu sichern. In dieser dramatischen Zeit setzen sich in erster Linie der Aggressionstrieb, Brutalität, Hab- und Machtgier sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.

Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften durch einen großräumigen und langandauernden Ausfall der Stromversorgung

Der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (TAB) berichtete am 27. April 2011 dem Deutschen Bundestag über die Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften - am Beispiel eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung. Drucksache 17/5672 (x1.066/...): >>Vorwort des Ausschusses

Als Lebensadern hochtechnisierter Industrienationen gelten ihre Infrastrukturen wie sichere Energieversorgung, funktionierende Wasserver- und Abwasserentsorgung, leistungsfähige Verkehrsträger und Transportwege sowie eine jederzeit zugängliche Informations- und Telekommunikationstechnik. ...

Aufgrund der großen Abhängigkeit nahezu aller Kritischen Infrastrukturen von der Stromversorgung, kommt dem Szenario eines großflächigen und längerfristigen Stromausfalls mit der Folge massiver Versorgungsstörungen, wirtschaftlicher Schäden sowie Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit eine zentrale Bedeutung zu. ...

Berlin, den 7. April 2011

Zusammenfassung

In modernen, arbeitsteiligen und hochtechnisierten Gesellschaften erfolgt die Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen durch ein hochentwickeltes, eng verflochtenes Netzwerk "kritischer Infrastrukturen". ...

Aufgrund der nahezu vollständigen Durchdringung der Lebens- und Arbeitswelt mit elektrisch betriebenen Geräten würden sich die Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls zu einer Schadenslage von besonderer Qualität summieren. Betroffen wären alle Kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern. Trotz dieses Gefahren- und Katastrophenpotentials ist ein diesbezügliches gesellschaftliches Risikobewußtsein nur in Ansätzen vorhanden. ...

Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls

... Aufgrund der Erfahrungen mit bisherigen nationalen und internationalen Stromausfällen sind erhebliche Schäden zu erwarten. Bisherige Stromausfälle dauerten höchstens einige Tage, einige verursachten jedoch geschätzte Kosten von mehreren Mrd. US-Dollar. Für den Fall eines mehrwöchigen Stromausfalls sind die Schäden zu erwarten, die um Größenordnungen höher liegen.

Die verschiedenen Sektoren kritischer Infrastrukturen sind umfassend von einer kontinuierlichen Stromversorgung abhängig. Unterstellt man das Szenario eines mindestens zweiwöchigen und auf das Gebiet mehrerer Bundesländer übergreifenden Stromausfalls, kämen die Folgen einer Katastrophe nahe. ...

Lebensmittel

Der Sektor Lebensmittel umfaßt die komplexe Versorgungskette von der Rohstoffproduktion bis zur Abnahme von Fertigerzeugnissen durch den Endverbraucher. Als Folge des Stromausfalls ist die Versorgung mit Lebensmitteln erheblich gestört; deren bedarfsgerechte Bereitstellung und Verteilung unter der Bevölkerung werden vorrangige Aufgaben der Behörden. Von ihrer erfolgreichen Bewältigung hängt nicht nur das Überleben zahlreicher Menschen ab, sondern auch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Aufgrund fehlender Klimatisierung und Durchlüftung kommt es innerhalb der ersten Tage zu Schäden in der Unterglasproduktion von Obst und Gemüse sowie an Lagergut. In der Tierhaltung werden die für Leben und Gesundheit der Tiere wichtigen Funktionen in der Stalltechnik zunächst durch (vorgeschriebene) Notstromaggregate aufrechterhalten. Der Ausfall der weiteren Stall- und Melktechnik beeinträchtigt jedoch das Wohlbefinden der Tiere und kann bei Milchvieh zu Euterentzündungen und in der Folge zum Tod führen.

Sobald der Treibstoffvorrat für die Notstromaggregate erschöpft ist, was zumeist nach 24 Stunden der Fall ist, leiden die Tiere unter der manuell nicht zu leistenden Versorgung mit Futter, Wasser und Frischluft. Am problematischsten ist die Versorgung von Schweinen und Geflügel in Beständen mit mehreren Tausend Tieren. Unter diesen Bedingungen überleben die Tiere oft schon die ersten Stunden nicht.

Die weiterverarbeitende Lebensmittelindustrie fällt zumeist sofort aus, so daß die Belieferung der Lager des Handels unterbrochen wird. Diese halten zwar umfangreiche Lebensmittelbestände vor, allerdings überwiegend in Form von (Tief-)Kühlprodukten. Nur wenige Lager können die erforderliche Notstromversorgung länger als zwei Tage aufrechterhalten. Dadurch werden auch der Warenumsatz und damit die Versorgung der Filialen massiv beeinträchtigt. Dort leeren sich die Regale innerhalb weniger Tage.

Verletzbarkeit und Bewältigungskapazitäten

... Trotz größter Anstrengungen kann aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die flächendeckende und bedarfsgerechte Verteilung der Lebensmittellieferungen nur ungenügend gewährleistet werden. ...

Gesundheitswesen

Nahezu alle Einrichtungen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung der Bevölkerung sind von Elektrizität unmittelbar abhängig. Das dezentral und hocharbeitsteilig organisierte Gesundheitswesen kann den Folgen eines Stromausfalls daher nur kurz widerstehen. Innerhalb einer Woche verschärft sich die Situation derart, daß selbst bei einem intensiven Einsatz regionaler Hilfskapazitäten vom weitgehenden Zusammenbrechen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung auszugehen ist.

Bereits nach 24 Stunden ist die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens erheblich beeinträchtigt. Krankenhäuser können mit Hilfe von Notstromaggregaten noch einen eingeschränkten Betrieb aufrechterhalten, Dialysezentren sowie Alten- und Pflegeheime aber müssen zumindest teilweise geräumt werden und Funktionsbereiche schließen. Die meisten Arztpraxen und Apotheken können ohne Strom nicht mehr weiterarbeiten und werden geschlossen.

Arzneimittel werden im Verlauf der ersten Woche zunehmend knapper, da die Produktion und der Vertrieb pharmazeutischer Produkte im vom Stromausfall betroffenen Gebiet nicht mehr möglich sind und die Bestände der Krankenhäuser und noch geöffneten Apotheken zunehmend lückenhaft werden. Insbesondere verderbliche Arzneimittel sind, wenn überhaupt, nur noch in Krankenhäusern zu beziehen. Dramatisch wirken sich Engpässe bei Insulin, Blutkonserven und Dialysierflüssigkeiten aus. ...

Versorgung mit Treibstoff und Notstrom

Für das Katastrophenmanagement ist die Verfügbarkeit der Ressource Treibstoff von zentraler Bedeutung. Unabdingbar ist die Versorgung beispielsweise von

- Einsatzfahrzeugen der Hilfsorganisationen und Unterstützungskräfte;
- dieselbetriebenen Schienenfahrzeugen zur Räumung liegegebliebener Züge und für Transportzwecke sowie Busse des ÖPNV zur Aufrechterhaltung minimaler Transportdienstleistungen;
- Notstromaggregaten, die sensible Infrastrukturkomponenten (wie Einsatzleitstellen, Feuerwehrhäuser, mobile Funkstationen) funktionsfähig halten. ...

Information und Sensibilisierung der Bevölkerung

Hinsichtlich der Informiertheit und der Einstellung der Bevölkerung ist ein erhebliches Defizit zu konstatieren. Die Stromversorgung als Kritische Infrastruktur ist für die Bevölkerung kein Thema, die Möglichkeit von Stromausfällen und die Folgen einer Unterbrechung der Stromversorgung werden ausgeblendet. Erlebte Stromausfälle werden meist schnell vergessen. ...

Dementsprechend gibt es keine nennenswerte Vorbereitung der Bevölkerung auf einen Stromausfall, und die Fähigkeiten zur Bewältigung seiner Folgen sind in dieser Hinsicht ungenügend.

Angesichts der geringen Sensibilität für das Risiko und die Gefahren eines Stromausfalls sollte darüber nachgedacht werden, wie das Interesse der Bevölkerung durch Informationen und Beratung zu wecken und aufrechtzuerhalten wäre, um in Krisensituationen die Bürger in geeigneter Weise ansprechen zu können. ...

Fazit

Die Folgenanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Die Wahrscheinlichkeit eines langandauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein.

Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelösten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich. Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht "beherrschbar", allenfalls zu mildern. ...

I. Einleitung

1. Verletzlichkeit moderner Gesellschaften

Als Lebensadern der modernen, hochtechnisierten Gesellschaften gelten ihre Infrastrukturen wie sichere Energietransportnetze, funktionierende Wasserversorgung, leistungsfähige Verkehrsträger und -wege sowie eine jederzeit zugängliche und nutzbare Informations- und Telekommunikationstechnik.

Sie bilden zusammen mit weiteren Sektoren (wie Behörden und Verwaltung, Gesundheitswesen) die "Kritischen Infrastrukturen" moderner Gesellschaften. Diese stellen die kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen sicher. ...

2.3 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Wasser ist als nichtsubstituierbares Lebensmittel und Garant für hygienische Mindeststandards eine unverzichtbare Ressource zur Deckung menschlicher Grundbedürfnisse. ...

2.3.6 Fazit

Im Bereich der Wasserversorgung wird elektrische Energie in der Wasserförderung, -aufbereitung und -verteilung benötigt. Besonders kritisch für die Gewährleistung der jeweiligen Funktion sind elektrisch betriebene Pumpen. Fallen diese aus, kann das Wasser nicht durch die Verarbeitungsstufen und in das Verteilungssystem geführt werden. Nur in wenigen Fällen läßt sich in der Wasserverteilung ein freies Gefälle ausnutzen (z.B. in der Fernwasserleitung, die den Ostharz mit Leipzig verbindet). ...

2.4 Lebensmittelversorgung

... Ein Stromausfall hat Folgen für den gesamten Sektor der Lebensmittelversorgung. ...

2.4.4 Fazit

... Besonders weniger zentrale Regionen werden unvollständig versorgt. Um Lebensmittellieferungen, ausgegebene Essensrationen oder knappe Lebensmittel in den wenigen noch betriebenen Filialen entbrennen Streitigkeiten und heftige, oft körperliche Auseinandersetzungen, die nicht immer von den Ordnungskräften geregelt werden können.

Personen, wie Alte, Kranke oder Kleinkinder, deren Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist oder die auf besondere Lebensmittel angewiesen sind, leiden besonders unter der Situation. Schließlich wird auch die Versorgung der lokalen, insbesondere aber der aus angrenzenden Regionen eingesetzten Kräfte zum Problem.

Eine Stabilisierung der Versorgung mit Lebensmitteln und die Gewährleistung ihrer gerechten Verteilung unter der Bevölkerung entwickeln sich zu vorrangigen Aufgaben der Behörden. Von ihrer erfolgreichen Bewältigung hängen das Überleben zahlreicher Menschen und der Erhalt und die Sicherung der öffentlichen Ordnung ab.

2.5 Das Gesundheitswesen

Die wichtigste Funktion des Sektors "Gesundheitswesens" ist die Bereitstellung einer medizinisch-pharmazeutischen Versorgung der Bevölkerung. ...

2.5.5 Fazit

Die dezentral und hocharbeitsteilig organisierte medizinische und pharmazeutische Versorgung kann den Folgen eines Stromausfalls nur kurz widerstehen. Bereits nach 24 Stunden ist die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens erheblich beeinträchtigt. In den nächsten Tagen müssen Dialysezentren sowie Alten- und Pflegeheime zumindest teilweise geräumt werden. Arztpraxen und Apotheken sind zumeist geschlossen. ...

14. Fazit

Die Folgenanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens) notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann

der Staat nicht mehr gerecht werden. Damit verlöre er auch eine seiner wichtigsten Ressourcen - das Vertrauen seiner Bürger.

Die Wahrscheinlichkeit eines langandauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein. Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelösten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich. Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht "beherrschbar", allenfalls zu mildern.

...

Wie sicher ist sicher genug? Welche Kosten und welche Pflichten sind wem zumutbar? Welches Restrisiko ist hinzunehmen? ...<<

Deutsche Ingenieure berichteten am 10. August 2021 auf ihrer Webseite "blackout-news" über den Katastrophenschutz bei einem Blackout in der Bundesrepublik Deutschland (x1.018):

>>**Katastrophenschutz bei Blackout wird in Deutschland komplett versagen**

Der Katastrophenschutz in Deutschland wird bereits wegen des verheerenden Hochwassers kritisiert. Ohne Vorwarnung hat eine Flut über hundert Menschen das Leben genommen. ... Wir befassen uns hauptsächlich mit dem Thema Blackout und uns stellt sich natürlich die Frage: Wie wird der Katastrophenschutz im Falle eines Blackouts aussehen?

Ist Deutschland auf einen Blackout vorbereitet?

Um sich auf einen Blackout vorzubereiten muß man sich erst einmal der Gefahr bewußt werden. In Deutschland geht man jedoch stur davon aus, daß ein Blackout nicht passieren wird.

Wir haben bei der Bundesnetzagentur nachgefragt. Diese hält einen Blackout für "äußerst unwahrscheinlich". ...

Außerdem hat die FDP Fraktion im Bundestag eine "kleine Anfrage" gestellt um nachzufragen was der Plan auf Bundesebene in so einem Katastrophenevent ist. Die Antwort: Ein "Worst-Case-Szenario" zur Stromversorgung sei nicht erforderlich. Die Bundesregierung sieht die Stromversorgung trotz Abschaltung der Kohle- und Atomkraftwerke als gesichert an.

Nur das BBK (Bundesamt für Katastrophenschutz und Bevölkerungshilfe) warnt auf ihrer Webseite vor einem Blackout. Diese Warnungen werden jedoch kaum kommuniziert und man muß als Bürger selbst danach suchen.

Was macht Deutschland während eines Blackouts?

Bei einem Blackout gibt es in ganz Deutschland keinen Strom. Damit funktionieren auch keine Telefonmasten mehr. Kurz: Das Handynetzt fällt aus.

Genau das ist eines der größten Mängel des neuen digitalen Polizeifunks. Der funktioniert ohne Strom nicht. Genau das war auch ein Problem beim Krisenmanagement der Flutkatastrophe. Dort legte ein lokaler Stromausfall den kompletten digitalen Funk für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte lahm.

Ein weiteres großes Problem ist die Planlosigkeit. Wie bereits oben beschrieben gibt es auf Bundesebene kein "Worst-Case-Szenario". Außerdem wird die Gefahr eines europaweiten Stromausfalls kaum oder gar nicht kommuniziert.

Das wird während eines Blackouts ebenfalls zu sehr großen Problemen führen.

Deutschlands Katastrophenschutz wird bei Blackout komplett versagen - Fazit

Bei einer Flutkatastrophe mit lokalen Stromausfällen gab es bereits sehr viele Probleme. Wie wird das Land dann auf einen landesweiten, mehrtägigen Stromausfall reagieren?

Die Gefahr eines Blackouts wird in Deutschland kaum kommuniziert. Außerdem gibt es keinen Notfallplan für so ein Katastrophenevent. Einsatz- und Rettungskräfte üben diesen Fall nicht. Die Bevölkerung ist nicht informiert, wie man sich darauf vorbereiten kann.

Der neue digitale Polizeifunk wird die Kommunikation der Rettungsdienste massiv beeinflussen. Ohne Kommunikation ist also jeder auf sich allein gestellt. Hilfe von "außen" wird ohne Plan nicht zu erwarten sein.

Die Verantwortung für die Vorbereitung auf einen Blackout liegt allein bei Ihnen selbst. Wir

raten Ihnen deshalb sich rechtzeitig darauf vorzubereiten. ...<<

Drohende Freisetzung von Radioaktivität

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Spruchwort aus China

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden, deshalb dürfen Kernkraftwerke nur dann stillgelegt werden, wenn eine stabile Stromversorgung existiert.

In den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden, droht die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente, wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel ausfallen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 2. Juni 2014 über die Stilllegung von Atomkraftwerken: >>**Zurück zur grünen Wiese**

Um ein Atomkraftwerk abzuschalten, muß die Uran-Spaltung zur Energiegewinnung im Kern eines Reaktors gestoppt werden. Hierfür werden in das Becken mit den Brennstäben sogenannte Steuerstäbe eingeführt, die jene Neutronen einfangen, die die Uran-Spaltung auslösen. Dieser Vorgang unterbricht die Kettenreaktion zur Energieerzeugung in einem Kraftwerk.

Wenn ein Kernkraftwerk für immer vom Netz gehen soll, sind noch weitere Schritte notwendig. Denn die Brennstäbe bleiben auch in einem heruntergefahrenen Kraftwerk noch sehr heiß und müssen ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Reaktors gekühlt werden. Nur damit kann ein Schmelzen der Brennstäbe und eine Freisetzung von Radioaktivität vermieden werden. ...<<

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die 7 stillgelegten Kernkraftwerke befinden sich in folgenden deutschen Bundesländern: Schleswig Holstein

Kernkraftwerk Brokdorf (Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Niedersachsen

Kernkraftwerk Grohnde (Druckwasserreaktor: 1.360 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Druckwasserreaktor: 1.335 Megawatt), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Baden Württemberg

Kernkraftwerk Philippsburg 2 (Druckwasserreaktor: 1.402 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2019.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Druckwasserreaktor: 1.310 Megawatt), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Bayern

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Druckwasserreaktor: 1.288 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Isar 2 (Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt), Laufzeit: 1988 bis zum 31. De-

zember 2022.

Super-GAU im Kernkraftwerk Tschernobyl

In der Ukraine kam es am 26. April 1986 im Kernkraftwerk Tschernobyl zum bisher schwersten Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wurden mindestens 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945 (x175/790).

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 8. April 2006: >>Wenn mit dem Wind die Angst kommt

Weißrußland 20 Jahre nach Tschernobyl

Inmitten von Wald und Wildnis schläft das Monster. Unter einer 300.000 Tonnen schweren Decke aus Stahl und Beton. Sie soll die Umgebung vor der radioaktiven Strahlung schützen. Als der Block 4 der Kernkraftanlage Tschernobyl vor 20 Jahren explodiert, kommt es zur Kernschmelze. Die Radioaktive Rauch- und Aschewolke zieht nach Norden. Die 1986 freigesetzte Radioaktivität war 400 mal größer, als die der Explosion von Hiroshima und Nagasaki zusammen. Etwa zwei Drittel des radioaktiven Fallout von Tschernobyl gingen nach dem 26. April 1986 in Weißrußland nieder.

Von *Anja Schrum* und *Ernst-Ludwig von Aster*

Liquidatoren, so werden noch heute alle Menschen genannt, die nach der Katastrophe eilig nach Tschernobyl geschafft wurden. Feuerwehrleute, und Soldaten aus der gesamten Sowjetunion: insgesamt 800.000 Menschen kamen, um das strahlende Inferno einzudämmen. Die meisten von ihnen sind inzwischen tot. ...

Während die Weltgesundheitsorganisation WHO zusammen mit der Internationalen Atomenergiebehörde in einer Studie von wenigen tausend Toten aufgrund der Strahlenexposition ausgehen, sprechen andere Wissenschaftler von 50.000 bis 100 000 Toten. In ihre Berechnungen fallen nicht nur die Krebsopfer, sondern auch die Menschen, die sich nach der Explosion das Leben nahmen. ...

Viele denken bei Tschernobyl vor allem an die Ukraine. Dort steht zwar der Reaktor doch hinter der Grenze in Weißrußland waren die Folgen des Reaktorunglücks ungleich schlimmer. Mehrere 1.000 Quadratkilometer sind unbewohnbar, davon liegt rund die Hälfte im Rayon (Landkreis?) Choiniki. Doch um die Region scheint sich niemand mehr zu kümmern. Die internationale Hilfe kommt hier schon lange nicht mehr an.

Die Gefahr liegt heute weniger in der Luft, sondern viel mehr im Boden. An vielen Stellen ist die Humusschicht der Wälder mit dem radioaktiven Element Cäsium verseucht - Pilze und Wurzeln saugen es auf. ...

Unter der Stahl-Beton-Decke des Reaktorblocks 4 sind immer **noch 20 Tonnen Kernbrennstoffe**. Sicher liegen sie dort nicht, die Konstruktion, der sogenannte Sarkophag ist undicht. ...<<

Als im Jahre 1986 der Block 4 des Kernkraftwerkes in Tschernobyl explodierte und es zur Kernschmelze kam, mußten mindestens **800.000 Feuerwehrleute und Soldaten** aus der gesamten Sowjetunion eingesetzt werden, um die Umgebung mit einer 300.000 Tonnen schweren Stahlbetonschicht vor den radioaktiven Strahlen der restlichen **20 Tonnen Kernbrennstoffe**, die sich noch im zerstörten Reaktor befanden, zu schützen.

Allein im Kernkraftwerk Brokdorf befinden sich zum Beispiel **193 Brennelemente mit einer Schwermetallmasse von insgesamt 103 Tonnen**.

Bis 2005 starben etwa 112.000 bis 125.000 Helfer (sog. Liquidatoren) an den Folgen des lebensgefährlichen Einsatzes in Tschernobyl.

Falls es in den Abklingbecken der 7 stillgelegten deutschen Kernkraftwerke zu einer Kernschmelze der Brennelemente **mit einer Schwermetallmasse von etwa 700 Tonnen** kommen

sollte, müßte man in der Bundesrepublik Deutschland mindestens **5.600.000 Helfer** (sog. Liquidatoren) einsetzen, um die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität einzudämmen.

Im Jahre 1977 gründeten die deutschen Kernkraftwerksbetreiber die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen, um Stör- und Unfälle in kerntechnischen Anlagen zu bekämpfen. Die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen verfügt derzeit lediglich über 111 Mitarbeiter.

Schlußbemerkungen

Bereits 24 Stunden nach einem nationalen Stromausfall beginnt in den deutschen Mastbetrieben das Massensterben von Millionen Kühen, Schweinen, Hühnern, Puten, Gänsen usw., weil sie nicht mehr versorgt werden können.

Schon 48 Stunden nach einem nationalen Stromausfall besteht Seuchengefahr wegen fehlender Tierkadaver-, Müll- und Wasserentsorgung.

Etwa 72 Stunden nach einem nationalen Stromausfall ziehen viele Menschen aufgrund ungenügender Wasser- und Lebensmittelreserven plündernd durch die Städte.

14 Tage nach einem nationalen Stromausfall droht in den Abklingbecken von sieben Kernkraftwerken möglicherweise die Kernschmelze und damit der Super-GAU, falls die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen.

Die Befürchtungen und berechtigten Sorgen vor radioaktiven Verstrahlungen, wie sie sich zum Beispiel nach dem Super-GAU im Kernkraftwerk Tschernobyl ereigneten, sollten nicht länger ignoriert werden! Der deutsche Katastrophenschutz ist gegenwärtig nur ungenügend vorbereitet, falls sich während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls Störfälle in den bis 2022 stillgelegten sieben Kernkraftwerken ereignen sollten.

Wenn es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, würden die freigesetzten radioaktiven Stoffe je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Da man wahrscheinlich niemals 5.600.000 Liquidatoren für die lebensgefährlichen Rettungsmaßnahmen (Bau von 7 Stahlbetonsärgen) mobilisieren könnte, würden vermutlich viele Regionen der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 mitteleuropäischen Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Die Frage der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit und Haftungsregelungen wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten stellt sich vermutlich nicht mehr, weil die Bundesrepublik Deutschland nach dem Super-Gau nicht mehr existieren wird.

Unterlassene Daseinsvorsorge

Wieso findet angesichts der instabilen Stromversorgung in der Bundesrepublik kein sofortiger Wiederaufbau der deutschen Grund- und Mittellaststromerzeugung statt, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes zu verhindern?

Weshalb werden von der Bundesregierung bisher keine speziellen Vorsorgemaßnahmen getroffen, um während eines nationalen Stromausfalls zumindest zeitweise die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten?

Warum ignoriert die Bundesregierung die drohende Gefahr einer Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen, falls in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden, die Kühlpumpen wegen Dieselmangel

mangel oder aus technischen Gründen ausfallen?

Wieso wird die Bevölkerung nicht über die Folgen eines flächendeckenden Stromausfalls informiert?

Angesichts der Tatsache, daß bisher kein Mitglied der derzeitigen linkslastigen Ampel-Koalition daran denkt, die jahrzehntelange Destabilisierungspolitik der angeblich herausragenden Kanzlerin Angela Merkel zu beenden und die ideologische Energiewende unbeirrt fortsetzt, muß man davon ausgehen, daß es auch kein Vorsorgekonzept für einen längeren Stromausfall gibt.

Der deutsche Katastrophenschutz, der bereits im Juli 2021 bei dem letzten verheerenden Hochwasser im Ahrtal jämmerlich scheiterte, wird auch einem flächendeckenden nationalen Stromausfall nicht gewachsen sein und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit komplett versagen.

Da die gewählten Volksvertreter und die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die bereits entstandenen Schäden und die drohenden Gefahren der planmäßig eingeleiteten Energiewende starrsinnig ignorieren, obgleich sie die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bedrohen sowie den Bestand des gesamten Landes nachweislich gefährden, muß das Volk diese verantwortungslosen und pflichtvergessenen Volksvertreter unverzüglich zum Rücktritt auffordern und durch Massenproteste und Streiks (Niederlegung der Arbeit und andere geeignete Maßnahmen) Neuwahlen erzwingen.

Angesicht der permanenten Mißachtung des Grundgesetzes durch Mitglieder der Bundesregierung wird es höchste Zeit, daß das Deutsche Volk den Staat und die Gesellschaft vorübergehend selbst verteidigt, denn gemäß Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes haben "alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Wenn die gewählten Volksvertreter ihre Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge nicht pflichtgemäß wahrnehmen und den Staatsbürgern kein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit gewährleisten, muß das Volk unverzüglich Widerstand leisten, um diese offensichtlich fremdbestimmten Volksvertreter komplett auszutauschen. ...<<

5. Weshalb ist der Entscheidungskampf um Sein oder Nichtsein unumgänglich?

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Juli 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: Widerstand gemäß Artikel 20 GG wegen Gefährdung der Sicherheit, der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung sowie des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 6 Monaten sollen die letzten Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2023 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Spruchwort aus China

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden, deshalb dürfen Kernkraftwerke nur dann stillgelegt werden, wenn eine stabile Stromversorgung existiert.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich**. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Radioaktive Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Verschwörungstheorie oder bittere Realität?

Angesichts der deutschen Energiepolitik der letzten 33 Jahre handelt es sich zweifelsfrei nicht um die dümmste Energiepolitik der Welt, sondern um eine planmäßig inszenierte Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft.

Aufgrund dieser völlig unsinnigen Destabilisierungspolitik ähnelt die Bundesrepublik Deutschland einem Irrenhaus, in dem anscheinend die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln wegen der ideologischen Energiewende an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen. Diese Kritiker berücksichtigen leider nicht, daß die Deutschen bei entscheidenden Fragen nach wie vor kein Selbstbestimmungsrecht gegenüber den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges besitzen.

Der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erklärte z.B. Ende November 2011 auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen. ..."**

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zweifelsfrei auch für die ideologische Energiewende der "betreuten deutschen Politiker und Parteien" verantwortlich.

Vorsätzlich eingeleitete Destabilisierungsmaßnahmen

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diene nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bereits gewaltige Schäden zu.

Bei der Energiewende spielte die Rettung des Weltklimas niemals eine Rolle, denn bei dem besonders lukrativen Ablaßhandel mit den CO₂-Emissionen handelt es sich in erster Linie um ein Riesengeschäft für die Klimawandel-Mafia.

Das gegenwärtige gemeingefährliche Corona-Genexperiment wurde offensichtlich auch genutzt, um von den dramatischen Folgen der "Energiewende" abzulenken. Der wegen der NATO-Osterweiterung entstandene Ukraine-Konflikt kam schließlich gerade recht, um endlich die äußerst wichtigen Rohstoffbezüge (Gas, Kohle, Öl usw.) aus Rußland zu beenden.

Menschengemachter Klimawandel

Laßt Euch nicht länger von der finanziell, politisch und ideologisch orientierten Klima-Sekte des IPCC belügen, betrügen und manipulieren, denn es gibt keinen menschengemachten Klimawandel! Es gibt keine Beweise für einen menschengemachten Klimawandel.

Der Klimawandel wird nicht durch das menschliche Verhalten verursacht, sondern das Klima wird seit jeher vor allem durch die gigantischen Urkräfte der Sonne geprägt. Die derzeitige globale Erwärmung von 0,14 ° C pro Jahrzehnt zur Klimakatastrophe zu erklären, ist vollkommen unsinnig. Diese geringe Erwärmung und etwas mehr CO₂ fördern nachweislich den Ertrag von Nahrungspflanzen und der nachwachsenden Rohstoffe, denn Kohlendioxid ist ein lebenswichtiges Gas. Pflanzen können ohne CO₂ nicht leben. Pflanzen erzeugen jedoch den für Menschen und Tiere lebensnotwendigen Sauerstoff. Ohne CO₂ würde es demnach auf der Erde überhaupt kein Leben geben.

Der mit riesigen Geldmitteln geführte irrsinnige Kampf gegen das lebensspendende Gas Kohlendioxid (CO₂) richtet sich schlichtweg gegen unser bisheriges Leben und gegen bestehende Naturgesetze. Diese selbsternannten Klimaretter verfolgen in Wirklichkeit nur das Ziel, alles zu vernichten, was wir und unsere Vorfahren aufgebaut haben, um uns und unsere nachfolgenden Generationen mehrheitlich zu töten und die wenigen Überlebenden zu versklaven.

Bei der Senkung der deutschen CO₂-Emissionen handelt es sich zweifelsfrei um ein ökonomisch unbezahlbares und hochgradig unsoziales sowie um ein systematisch geplantes Projekt, bei dem es nur sehr wenige Gewinner gibt. Die Klimahysterie wurde maßgeblich von den elitären angloamerikanischen Geheimbünden und den weltweit führenden NWO-Denkfabriken, wie z.B. Round Table (1909 in Großbritannien gegründet) und "Council on Foreign Relations" (1921 in den USA gegründet) inszeniert.

Heute finanzieren z.B. die Rothschild- und Rockefeller-Stiftungen, die internationalen Finanzeliten, sämtliche Weltkonzerne der Erdöl-, Chemie-, Pharma- und Rüstungsindustrie sowie Jeff Bezos, Bill Gates, Elon Musk, George Soros und viele andere Milliardäre die Werbemaßnahmen für den globalen Klimaschutz.

Profiteure des cleveren Klimaschutz-Geschäftsmodells waren z.B. der US-Starinvestor und Unternehmer Elon Musk, der US-Spekulant und Milliardär Warren Buffet, der indische Milliardär Vinod Khosla sowie der US-Filmregisseur und Unternehmer James Cameron.

Im Verlauf der angeblichen Klimaretterung entwickelte sich die Bundesrepublik Deutschland allmählich zu einer totalitären Öko-Diktatur, die in erster Linie die Zerstörung der Energieversorgung, die Deindustrialisierung, die Auflösung des Nationalstaates sowie die "Befreiung" der Menschen von Eigentum, Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Identität anstrebt.

Die größtenwahnsinnigen "NWO-Eliten" sind davon überzeugt, daß sie das Klima und alle Menschen kontrollieren und verändern können, aber sie werden schließlich wie die Schildbürger kläglich scheitern.

Die irrsinnige Energiewende ähnelt den unsinnigen Schildbürgerstreichen

Die Bürger von Schilda (nach der Überlieferung Schildau bei Torgau) waren angeblich Bürger, die sich damals dumm stellten, um glücklich zu werden. Sie gerieten jedoch schließlich ins Unglück, weil sie tatsächlich verblödeten und durch törichte Schildbürgerstreiche bekannt wurden.

Die Schildbürger bauen in Schilda ein Rathaus

Die Schildbürger bauten z.B. in Schilda ein Rathaus ohne Fenster. Im Verlauf der feierlichen Einweihung stellten sie fassungslos fest, daß es im Rathaus dunkel war!

Sie überlegten, wie man Licht ins Rathaus schaffen konnte, und beschlossen, das Licht wie Wasser in das neue Rathaus hineinzutragen! Die Schildbürger schaufelten am nächsten Tag den Sonnenschein in Eimer und Kessel, Kannen, Töpfe und in Kartoffelsäcke und schleppten das Sonnenlicht bis zum Sonnenuntergang in das fensterlose Rathaus.

Da es im Rathaus weiterhin dunkel blieb, realisierten sie schließlich den Ratschlag eines zufällig vorbeikommenden Landstreichers und deckten das Rathausdach ab. Im Sommer ging es lange Zeit gut, bis es im Herbst regnete. Sie deckten deshalb den Dachstuhl, wie vorher, mit Ziegeln. Danach war es im Rathaus jedoch wieder stockdunkel.

Plötzlich rief einer der Männer, die im Dunkeln saßen: "Da! Ein Lichtstrahl!" Tatsächlich! Durch eine Öffnung in einer Wand drang etwas Sonnenlicht in das Rathaus herein. "O wir Esel! Wir haben ja die Fenster vergessen!" ...

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen existiert überhaupt nicht
Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, denn der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Die Windkraftwerke können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. In der Bundesrepublik Deutschland wird es auch in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den z.B. mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden.

Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom, deshalb existieren diese Stromerzeuger eigentlich überhaupt nicht.

Windkraftanlagen sind außerdem nicht klimaneutral und umweltfreundlich, denn für den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen werden z.B. seltene Erden, Tropenholz, tonnenweise Beton und kostbare Flächen benötigt.

Während die törichten Schildbürger wenigstens nach einer gewissen Zeit ihre Fehler erkannten und korrigierten, sind die offensichtlich total verblödeten Gutmenschen und böartigen Klimaretter nicht bereit, ihr systematisch geplantes epochales Zerstörungswerk einzustellen.

Obleich die Energiewende schon seit Jahren krachend gescheitert ist, wird die Umweltzerstörung, die der Bau von über 31.000 Windkraftanlagen und Solarparks verursachte, unbeirrt fortgesetzt. Zukünftig sollen mindestens weitere 60.000 Windkraftanlagen errichtet werden.

Anscheinend müssen erst sämtliche landwirtschaftlichen Nutzflächen betoniert, alle Vögel, Fledermäuse sowie Insekten durch Windräder getötet und der gesamte Industriestandort Deutschland vernichtet werden, um zu erkennen, daß Windkraft- und Photovoltaikanlagen ohne entsprechende Speicher niemals eine stabile Stromversorgung gewährleisten können.

Recht und Pflicht zum Widerstand gemäß Grundgesetz

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Mas-

senmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat. Alle Krisen, wie z.B. Finanzkrise, Euro-Krise, der angeblich menschengemachte Klimawandel, Massenmigration, Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt, waren planmäßig inszenierte Maßnahmen.

Die maßgeblichen Vertreter der "staatstragenden deutschen Parteien", die sich den Staat längst zur Beute gemacht haben, sind mehr oder weniger von den großen Kapitalgesellschaften und NWO-Organisationen abhängig.

Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Wenn die deutsche Regierung diese Pflicht unentwegt ignoriert oder mißachtet, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihre demokratischen Rechte selbst wahrzunehmen.

Angesicht der permanenten Mißachtung des Grundgesetzes durch Mitglieder der Bundesregierung wird es höchste Zeit, daß das Volk den Staat und die Gesellschaft vorübergehend selbst verteidigt, denn gemäß Grundgesetz Artikel 20 Absatz 2 geht die oberste Gewalt vom Volk aus.

Alle Deutschen haben gemäß Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung (gemäß Artikel 20 Absatz 1 bis 3) zu beseitigen, ... das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Jeder, der noch nicht der jahrzehntelangen raffinierten Gehirnwäsche zum Opfer gefallen ist, und noch über einen gesunden Menschenverstand verfügt, ist verpflichtet, die geplante Vernichtung der bisherigen menschlichen Lebensformen nicht länger widerstandslos hinzunehmen.

Wissen und Schuld

Ungeachtet der gegenwärtigen Verachtung und Verunglimpfung der Menschen, ist und bleibt der Mensch im Gegensatz zu Tieren und Pflanzen ein vernunftbegabtes, geistiges und rational handelndes Lebewesen.

Vor allem die geistigen Fähigkeiten und die Vernunft unterscheiden die Menschen von allen anderen Lebewesen. Menschen besitzen nach wie vor aufgrund ihres Verstandes die Fähigkeit des richtigen Erkennens und Beurteilens und können jederzeit zwischen guten und schlechten Handlungen unterscheiden sowie ihre natürlichen Triebe unterdrücken und umformen. Jeder mündige Mensch trägt deshalb nach wie vor die Alleinverantwortung für sein eigenes Verhalten sowie seine persönlichen Entscheidungen und Handlungen.

Wer seine Augen vor den Naturgesetzen und vor den Tatsachen verschließt, unterstützt stets gefährliche Ideologien und wahnhaftige Illusionen. Die Naturgesetze und die Wirklichkeit waren bisher immer stärker als menschlicher Größenwahn und Menschenverachtung.

Um dieses langfristig systematisch geplante epochale Zerstörungswerk doch noch zu verhindern, muß jeder Einzelne seine eigenen Interessen letzten Endes selbst wahrnehmen und aktiv werden, denn es bleiben uns nur noch etwa 6 Monate, um diesen Wahnsinn zu stoppen und den Super-GAU zu verhindern.

Da es gegenwärtig um Sein oder Nichtsein geht und ob nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben werden oder nicht, darf sich niemand feige zurückhalten, sondern jeder muß sich in dieser schicksalhaften Zeit persönlich entscheiden, ob er für sein Leben, Recht und die Freiheit kämpfen oder ob er kampflos untergehen will.

Angesichts der drohenden Gefahren für Leib und Leben muß jeder Verantwortung übernehmen und aktiv oder passiv Widerstand leisten, denn was wollen die Überlebenden später ihren Kindern oder Enkelkindern antworten, wenn sie fragen: **Wieso habt ihr euch nicht gewehrt? Weshalb konnten nur einige hundert fremdbestimmte Polit-Marionetten problemlos über 80 Millionen Menschen drangsalieren? Warum habt ihr diesen Wahnsinn widerstandslos hingenommen?**

Wenn wir unser Land retten wollen, müssen wir endlich aufwachen, uns endlich wehren und endlich Widerstand leisten, denn wir befinden uns schon viel zu lange in einem komaähnlichen Todesschlaf.

Jeder Angehörige der staatlichen Einrichtungen (Verfassungsschutz, Polizei, Bundeswehr, Feuerwehr, Universitäten, Schulen, Verwaltungen etc.), muß sich jetzt persönlich entscheiden, ob er endlich die Freiheitsrechte des Volkes und den Rechtsstaat verteidigen will oder ob er sich weiterhin für die Interessen von "fremdbetreuten Politikern" und gemeingefährlichen NWO-Psychopathen einsetzt.

Jeder Kirchenvertreter, jeder Unternehmer, jeder Beschäftigte von privaten Unternehmen, jeder Feiberufler, jeder Landwirt und jeder Rentner muß sich jetzt persönlich entscheiden, ob er erbitterten Widerstand leisten will oder ob er sich widerstandslos in den kollektiven Selbstmord treiben läßt.

Unsere Heimat darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld von geisteskranken Eugenikern und unmenschlichen Transhumanisten mißbraucht werden. Nachfolgende Generationen sollen uns später nicht den Vorwurf machen, daß wir uns feige weggeduckt und keinen Widerstand geleistet hätten.

Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß.

Wenn Lügen und Betrug, Angst und Schrecken, Unrecht und Unfreiheit das tägliche Leben bestimmen, wird ziviler Widerstand zur ersten Bürgerpflicht.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb nach dem Zweiten Weltkrieg z.B. über die Schuld der Deutschen (x075/11-12): >>... Ich habe nie den Begriff der Kollektivschuld eines Volkes akzeptieren können. Ich war jedoch immer der Ansicht, daß jeder mündige Bürger mit an der Verantwortung für jede im Namen seines Landes begangene Ungerechtigkeit, jede menschliche Handlung, trägt. Weiß er nichts von den Mißständen, dann ist er dafür verantwortlich, nichts versucht zu haben, um sich zu unterrichten. Weiß er und schweigt dennoch, dann ist er dafür verantwortlich, durch sein Schweigen verhindert zu haben, daß diesen Taten ein Ende bereitet wird. ...<<

Alle uneinsichtigen Befürworter und Handlanger der ideologische "Energiewende" sollten an die möglichen Folgen Ihrer Entscheidung denken. Wenn das Volk diesen "staatlich" angeordneten kollektiven Selbstmord nicht rechtzeitig stoppt, werden wir letzten Endes alles verlieren und unser Land wird schon bald nicht mehr existieren.

Frau Merkel und ihre wichtigsten Erfüllungsgehilfen werden sicherlich nicht das unerfreuliche Schicksal des gemeinen Volkes teilen, sondern frühzeitig das Land verlassen. Sie werden jedoch trotz alledem nicht der gerechten Strafe entgehen und irgendwann zur Rechenschaft gezogen, denn "Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber trefflich fein".<<

6. Warum ist es fast aussichtslos, den hybriden Krieg erfolgreich zu bekämpfen?

Die Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise, Klimakrise, Energiekrise, Corona-Krise und die Ukraine-Krise sind lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in Deutschland, um die deutsche Bevölkerung von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um Deutschland insgesamt zu liquidieren.

Der US-Politikwissenschaftler Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtete 1970 in seinem Buch "Between Two Ages" (x363/8): >>"Die technotronische Ära wird eine schrittweise in Erscheinung tretende,

stärker kontrollierte Gesellschaft mit sich bringen. Eine solche Gesellschaft würde dominiert von einer Elite, unbehindert von traditionellen Werten."<<

Der deutsche Konzernchef Arend Oetker, Ex-Vorstand der Atlantik Brücke, berichtete am 17. Mai 2002 in der Berliner Zeitung (x357/9): >>"Die USA wird von 200 Familien regiert, und zu denen wollen wir gute Kontakte haben."<<

Der damalige deutsche Bundespräsident Horst Köhler berichtete am 21. Mai 2010 in der "Welt am Sonntag" (x363/8): >>"Wir werden eine Ordnung der Freiheit nur bewahren können, wenn der Staat den Kampf gegen das große Geld aufnimmt und gewinnt. ... Die Regeln dürfen nicht diejenigen setzen, die so viel Geld haben, daß sie meinen, sich alles kaufen zu können.

Die Welt darf nicht vom Geld regiert werden. ... Daß auf einseitige Gewinnmaximierung gepolte Finanzakteure das Wohl und Wehe ganzer Völker bestimmen können, liegt eindeutig auch und sogar zuerst an politischen Versäumnissen."<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Oktober 2012 über die Rettung des EURO (x878/...): >>**Rettung des Euro - finanzielles Versailles für Deutschland? ...**

Versailles

Die Eurokrise weckt in Deutschland ungute Erinnerungen. Die Situation erinnert an das Ende des Ersten Weltkriegs, als in Versailles 1919 Deutschland Bedingungen auferlegt wurden, die darin gipfelten: "Die Deutschen sollen zahlen!". Heute ist Druck auf internationaler Ebene hoch und wächst weiter, die deutsche Politik zur Übernahme größerer Risiken zu bewegen, um den Euro zu retten. Deutschland soll der Vergemeinschaftung der Schulden der Eurostaaten, einer Transfer- und einer Bankenunion sowie der Ausgabe von Eurobonds zustimmen und für alles die Haftung übernehmen. Deutschland ist in der Abwehr dieser Forderungen nahezu isoliert.

Sicherlich steckt in der deutschen Abwehrhaltung ein Reflex auf die Erfahrungen von Versailles. Massive Ressentiments, eine Hyperinflation mit der damit einhergehenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und Radikalisierungen, die letztlich zur Machtergreifung Hitlers beigetragen haben, waren die Folge von Versailles. In Deutschland wird nun befürchtet, daß die Eurokrise benutzt wird, um auf das deutsche Volksvermögen zuzugreifen - über erzwungene deutsche Kredite, die voraussichtlich nie zurückgezahlt werden, und erzwungene deutsche Haftungen, für die noch unsere Kinder und Enkel gerade stehen müßten. Was an Vermögen danach noch da ist, würde spätestens in der Inflation untergehen. ...<<

Das Internetportal "Netzwerk Menschenrechte" berichtete im Jahre 2013 (x1.067/...): >>**40 Jahre UN-Mitgliedschaft**

Nun ist es auf den Tag genau 40 Jahre her, daß Deutschland Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist. Am 18. September 1973 ist die Aufnahme durch die UN-Generalversammlung beschlossen worden. Die Bundesrepublik Deutschland ist gemeinsam mit der Deutschen Demokratischen Republik als 133. und 134. Staat den Vereinten Nationen beigetreten.

Dadurch das beide deutsche Staaten während des Kalten Krieges auf entgegengesetzten Seiten standen und dort in die jeweilige Politik auch eingebunden waren, gab es keine Möglichkeit, lediglich einen der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen aufzunehmen. Erst im Jahre 1972 ist zwischen der Bundesrepublik und der DDR abgesprochen worden, sich gegenseitig über die Schritte zur Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen zu informieren. Durch den Grundlagenvertrag von 1972 war dann der Weg frei für einen Beitritt beider Staaten. Die Aufnahme in die UN ist am 12./15. Juni 1973 beantragt worden.

Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg war an eine Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen schon deshalb nicht zu denken, weil einerseits im zerstörten Deutschland der Wiederaufbau und die Existenzsicherung im Vordergrund standen und andererseits Deutschland als

"Kriegsfeind" womöglich überhaupt nicht als Mitglied geduldet werden würde.

Schon während der Konferenz von San Francisco 1945 ist in der Charta der Vereinten Nationen in den Artikeln 53, 77 und 107 (sogenannten "Feindstaatenklauseln") festgelegt worden, daß eventuelle Maßnahmen gegen Feindstaaten nicht den Verpflichtungen der Charta unterliegen. Nach dem Wortlaut der Klausel könnte Deutschland auch heute noch ohne UN-Beschluß angegriffen werden.

Artikel 53:

Abs. 1: Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind;

Abs. 2: Der Ausdruck "Feindstaat" in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.

Artikel 107:

Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.

Erst 1995 hat die 50. Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution (A/RES/50/52) verabschiedet, in der diese Bestimmungen als "obsolet" bezeichnet worden sind. Die eigentliche Streichung der Klausel hätte daher nur noch deklaratorische Wirkung. So war in der Resolution festgelegt, daß die Streichung in einer der nächsten Sitzungen bzw. so früh wie möglich erfolgen sollte. Sie ist aber bisher nicht gestrichen.

Durch die Deutsche Einheit 1990 bzw. den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland existiert nur noch ein deutscher Staat, der Mitglied bei den Vereinten Nationen ist. Durch diese Wiedervereinigung ist Deutschland in den vergangenen Jahren auch immer wichtiger und bedeutender innerhalb der Vereinten Nationen geworden.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten stand von Anfang an die Menschenrechtspolitik - bedingt durch die Geschichte und den Zweiten Weltkrieg. So ist der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der Rechtsstaatlichkeit auch heute noch ein besonderes Anliegen Deutschlands. Nach der Wiedervereinigung ist es 1992 zum ersten deutschen Blauhelmeinsatz in Kambodscha gekommen, dem einige nachfolgten. Diese Beteiligungen an den UN-Friedensmissionen sind wohl am bekanntesten.

Seit 1998 stellt Deutschland den Leiter des UN-Umweltprogramms UNEP.

Für viele Konferenzen der Vereinten Nationen ist Deutschland Gastgeber gewesen. Darüber hinaus zählt Deutschland seit vielen Jahren zu den Sitzstaaten der UN. Ein Meilenstein ist dabei der UN-Campus in Bonn gewesen, auf dem der Großteil der in Bonn ansässigen UN-Organisationen vereinigt ist. Aber auch in Berlin befinden sich Kontaktstellen der UN. Nicht zu vergessen ist der Internationale Seegerichtshof (ISGH), der seinen Sitz in Hamburg hat.

Beachtlich ist auch die Rolle Deutschlands als **drittgrößter Beitragszahler** zum Haushalt der Vereinten Nationen. Bei der Finanzierung der internationalen Friedenseinsätze ist die Bundesrepublik **viertgrößter Beitragszahler**.

Leider ist es der Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht gelungen, einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erhalten. Als nichtständiges Mitglied war Deutschland bereits einige Male im Sicherheitsrat vertreten. Die Erweiterung und Reform des Sicherheitsrates fand 2005 in der Generalversammlung keine Mehrheit. Ein Grund: die Haltung Deutschlands gegen die USA bei der Diskussion um den Irakkrieg.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 15. Mai 2015: >>"Die Wut wächst"

Der Rechtsintellektuelle Éric Zemmour schockte mit seinem Bestseller "Der französische Selbstmord" Ende 2014 die Grande Nation. Der Philosoph Alain de Benoist gilt als Vordenker der Nouvelle Droite. Ein Zwiegespräch

Silke Lührmann / Moritz Schwarz

Benoist: Éric, ist Ihnen bewußt, daß Sie in Gefängnissen regelrecht ein Star sind?

Zemmour: Inwiefern?

Benoist: Ein Freund von mir sitzt in Fleury-Mérogis. Er hat Ihr Buch gelesen. Nun hat er Heldenstatus, weil seine Mithäftlinge glauben, er kenne Sie persönlich. Ihr Buch wandert von Zelle zu Zelle. Es gibt dort eine ganze arabische Fraktion, die auf Sie schwört!

Zemmour: Lieber Alain, mein Vater hat fünfzig Jahre in Algerien gelebt und immer betont, wie sehr die Araber Ehre und Mut respektieren. Ihnen geht es nicht um Ideen, ihnen geht es um den Menschen. Was Sie erzählen, berührt und freut mich ungemein.

Benoist: Sie zeichnen detailliert nach, wie "Frankreich sich seit vierzig Jahren selbst kaputt macht". Dabei nehmen Sie als Ausgangspunkt den "Geist von 1968", der die Schablone für den Individualismus und gesellschaftlichen Liberalismus bildete. Eine kühne Behauptung. Glauben Sie nicht, daß die Ursprünge der von Ihnen beklagten Phänomene weiter in die Geschichte zurückreichen?

Zemmour: Ich habe den Mai '68 nicht als Bezugspunkt gewählt, sondern als Paradox. Denn gerade die Niederlage dieser Bewegung war es, die ihren Siegeszug auslöste. Natürlich hat der französische Niedergang eine größere historische Tiefe. Man könnte hier auf die Aufklärung, auf den Individualismus, auf 1789 verweisen. Es gibt jedoch ein Aber.

Überall, wo noch Überbleibsel der Welt von früher vorhanden waren - also Ehrgefühl, Stolz auf gute Arbeit, Familiensinn, Respekt vor den Älteren, eine eindeutige Rollenverteilung zwischen Mann und Frau in der Familie, all diese Traditionen, die auf die vorindustrielle Welt verweisen -, waren dem emanzipatorischen Individualismus Schranken gesetzt. Er war emanzipatorisch, weil er ein Gegengewicht hatte.

Ab 1968 kippte das um: Von nun an gab es kein Gegengewicht mehr. Die alte Welt ist ein für allemal vorbei. Von Gilbert K. Chesterton stammt das Diktum über die heutige Welt, in der die alten christlichen Tugenden "durchgedreht" seien: "Sie sind durchgedreht, da sie auseinandergerissen wurden und allein umherstreifen."

"Die Kluft zwischen Rechts und Links hat sich aufgelöst"

Benoist: Sie blicken auf Ihre Jugend zurück und sagen: "Früher war alles besser!" Doch: Was folgt daraus? Eine simple Rückkehr zu früher ist unmöglich.

Zemmour: In seinem Pamphlet "L'erreur de calcul" zitiert Régis Debray einen Wortwechsel zwischen den Künstlern Daumier und Ingres. Daumier legt seinem Freund nahe, sich seiner Zeit anzupassen. Dieser erwidert: "Und wenn die Zeit unrecht hat?" Ich stimme tendenziell eher Ingres zu, auch wenn dies die Frage nicht klärt. Ich kann keine neuen Wege aufzeigen. Ich meine, daß es unerbittliche Logiken gibt, die sich uns aufzwingen, die zu dem führen, was ich beschreibe: zu Anomie, Konfrontationen, Kriegen.

Benoist: Aus Sicht Ihrer Gegner ist die "Zemmourisierung" der öffentlichen Meinung gleichbedeutend mit einem "Rechtsruck". Trifft das zu?

"Ein kultureller Krieg, der frontal geführt wird"

Zemmour: Nachdem sich die Kluft zwischen Rechts und Links in Luft aufgelöst hat, als sie mit der Globalisierung in Kontakt kamen, ist wieder die Kluft zwischen der Menge auf dem Platz und der Elite auf dem Balkon wirksam geworden, wie sie vor der aus der Französischen Revolution hervorgegangenen Kluft zwischen Rechts und Links herrschte. Neu ist daran nur, daß die Bürger auf dem Platz sich keine Hoffnung mehr machen können, jemals auf den Balkon zu gelangen. Denn dieser befindet sich heute in New York, Singapur oder Schanghai. Wie

US-Milliardär Warren Buffett glaube auch ich, daß wir einen neuen Klassenkampf erleben und daß die Reichen ihn gewinnen.

Die Lage ist um so bedrohlicher, als in Frankreich ein ökonomischer Klassenkampf mit einem ethnischen Kampf zusammenfällt. Die Teilung zwischen Zugewanderten, Einwanderern, die schon länger im Land sind, und autochthonen Franzosen ist Folge einer kulturellen, wenn nicht zivilisatorischen Trennung in unseren Grenzen. Das Ineinandergreifen beider Konflikte macht sie explosiv.

Benoist: Sie erklären den französischen Niedergang als Ergebnis einer "dekonstruktiven" Ideologie, die Sie Ihrerseits dekonstruieren wollen. Sie sagen: "Ich führe einen Kampf der Ideen im Rahmen eines Kampfes um die intellektuelle Hegemonie." Glauben Sie aber, daß Ihre Leser fähig sind, aus dieser reaktiven Haltung zu einem ideologisch strukturierten Denken vorzustoßen? Immerhin gelingt es vielen "Konservativen" und "Reaktionären" nicht, sich aus den geistigen Kategorien zu befreien, in denen die liberale Ideologie sie gefangenhält.

Zemmour: Seit dem Erscheinen von "Suicide français" reise ich viel durchs Land. Ich treffe Menschen, zwischen denen starke soziologische, gesellschaftliche, intellektuelle Unterschiede bestehen. Mich erstaunt der Grad der Bewußtseinsbildung bei allen. Ich glaube, daß mein Buch eine wesentliche Tugend hat: Es macht jedem Leser verständlich, was auf dem Spiel steht und mit welcher Intensität der ideologische Krieg geführt wird.

Das Publikum in der Provinz begreift, daß es tatsächlich einen kulturellen Krieg gibt, der frontal geführt wird. Die Franzosen haben sich jahrelang schweigend gefallen lassen, daß er ihre Lebensweise zerstört und sie unglücklich gemacht hat. Nun erkennen sie, daß sie von den Menschen, denen sie ihre Loyalität geschenkt haben, verraten worden sind. Darauf reagieren sie mit Schmerz und Wut - tiefer Wut.

Benoist: Sie haben die deutsche Wiedervereinigung als "Katastrophe" für Frankreich bezeichnet. Lag sie aber nicht unvermeidlich in der Natur der Dinge?

Zemmour: Der Historiker der Action française Jacques Bainville hatte recht: Der Frieden war nur durch die Teilung Deutschlands möglich. USA und UdSSR hatten getan, was Frankreich 1918 hätte tun sollen, wenn die Engländer zugelassen hätten, daß wir das Rheinland zurückerobert und Deutschland in zwei oder drei Teile geteilt hätten. Wie Napoleon bin ich für ein karolingisches Reich, wenn Frankreich dabei das Sagen hat, und dagegen, wenn Deutschland den Ton angibt. Mir ist bewußt, daß ich in dieser Frage ein bißchen primitiv denke.

Benoist: Deutschland ist nicht Monaco. Man kann ihm nicht einfach Landesteile wegnehmen.

Zemmour: Die Wiedervereinigung war nicht vorherbestimmt; sie war nicht unabwendbar. Ich habe immer bedauert, daß Frankreich auf die Remilitarisierung des Rheinlands 1936 nicht sofort mit der Besetzung reagiert hat. Aus französischer Sicht ist das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der verpaßten Gelegenheiten.

General de Gaulle wollte ein Deutschland, dessen industrieller Aufschwung Frankreich nützte. In einem Europa der Sechs unter französischer Führung sah er eine Chance, sich - um in der Diktion der damaligen Zeit zu sprechen - "wieder auf das Niveau der beiden Supermächte" hochzuarbeiten. Der "Mann der Amerikaner" hat die deutschen Vertreter übrigens stark manipuliert, damit das Europa Adenauers und de Gaulles, das Europa der "beiden Alten", scheiterte.

"Frankreich künftig eine Art Bayern innerhalb der EU?"

Benoist: In Ihrer Kritik an regionalen Identitäten und lokalen Partikularismen greifen Sie Paul Morands Worte über de Gaulle auf - diesen "Linken, der zur Messe geht" -, um den General wegen seiner Volksabstimmung von 1969 zur Dezentralisierung, Regionalisierung und gesellschaftlichen Teilhabe zu kritisieren.

Zemmour: Ich habe gehnt, daß man mir auf die Finger klopfen würde, wenn es um die Regionen geht. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Dezentralisierung eine Katastrophe war. Ich

gestehe zu, daß sich diese Katastrophe hätte vermeiden lassen, wenn man dabei anders vorgegangen wäre, andere Optionen verfolgt hätte. Leider aber hat die Dezentralisierung lauter kleine Zaunkönige hervorgebracht, die die Verschwendung zur politischen Linie erhoben haben und die öffentlichen Ausgaben explodieren lassen, in einem Ausmaß, das die Defizite des Zentralstaats noch überschreitet.

Die Verwaltungseinheiten haben sich stets den jeweiligen technologischen Gegebenheiten angepaßt: Die Kommunen waren die richtige Organisationsform für Bauern, die zu Fuß gingen, die Departements für Reiter, die Regionen für die unter Georges Pompidou gebauten Autobahnen. Heute haben wir Schnellzüge und Internet und brauchen keine Regionen mehr, zumal sie sich nicht mit Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Bayern messen können, bei denen es sich zumeist um ehemalige Königreiche oder Herzogtümer handelt.

Die Regionalisierung ist ein Mythos, den die französische Technokratie erfunden hat. Bei dem Tempo, mit dem wir versinken, habe ich Angst, daß Frankreich selber zu einer Art Bayern innerhalb eines großen europäischen Ganzen wird.

"Assimilierungspolitik führt automatisch zu Integration"

Benoist: Sie zitieren gerne das Sprichwort, in Rom solle man es halten wie die Römer, um Ihre Positionen als Befürworter eines republikanischen Modells der Assimilierung zu untermauern. Wenn jedoch die Assimilierung nicht mehr funktioniert - beweist dies nicht, daß die "republikanischen" Grundsätze ihre Bedeutung weitgehend verloren haben?

Zemmour: Das erste Problem ist die Demographie. Man kann Menschen assimilieren, aber keine Völker. Und die Völker existieren, noch vor den Menschen. Sie sind unübersehbar. Sie lassen sich nicht einfach wegzaubern. Anders als etwa in Italien hinderte die französische Staatsmacht das Volk daran, sich gegen ein Zuviel an Einwanderung zu wehren.

Beim Thema Einwanderung kommen zwei Phänomene zusammen: zunächst die Masse und die Absage unserer Eliten an die Assimilierungspolitik im Namen einer sogenannten Integration. Als Frankreich noch Assimilierung verlangte, fand automatisch eine Auswahl statt. Einwanderer, die sich nicht assimilierten, gingen entweder von selber wieder oder wurden in ihre Heimatländer zurückgeschickt.

Die strikte Durchsetzung der Assimilierungspolitik löste teilweise das Problem der migratorischen Bevölkerungsströme. Der Historiker Pierre Milza nennt sehr aufschlußreiche Zahlen zur Einwanderung von Italienern nach Frankreich: Zwischen 1870 und 1940 kamen drei Millionen Italiener nach Frankreich und nur 1,1 Million von ihnen blieben. Frankreich verlangte damals ein sehr hohes Maß an Assimilierung. Wäre man dieser Linie treu geblieben, wäre das Einwanderungsdrama heute sehr viel weniger akut.

Benoist: Wenn ich durch Europa reise, scheinen mir die Italiener unglaublich italienisch zu sein, die Deutschen unglaublich deutsch, die Spanier unglaublich spanisch. Die Franzosen hingegen haben ihre spezifischen Charaktermerkmale in erschreckendem Maße verloren.

Zemmour: Die Franzosen sind nicht mehr französisch, da gebe ich Ihnen recht. Die Nachteile, die sich aus dem Fehlen eines starken Staates ergeben, gereichen den Italienern in diesem Fall zum Vorteil, ihre Gesellschaft kann sich besser wehren, während hierzulande der Staat noch ziemlich stark ist und wir uns daher nicht wehren können. Die Vorzüge unseres zentralisierten Systems werden uns zum Verhängnis - nicht zum ersten Mal. Als Napoleon Moskau nahm, ging der Krieg weiter. Zwei Jahre später nahmen Russen und Österreicher Paris, und der Krieg war vorbei.

Benoist: Jean-Christophe Cambadélis, kommissarischer Vorsitzender der französischen Sozialisten, machte kürzlich das bemerkenswerte Eingeständnis: "Die Linke hat den Kampf um die Ideen seit zehn Jahren verloren." Wenn man bedenkt, daß die "Rechte" in den vergangenen zehn Jahren in der geistigen Debatte auch nicht gerade brilliert hat - wer ist dann der eigentliche Sieger?

"Die Rechte und die Linke sind tot"

Zemmour: Niemand. Die Rechte und die Linke sind tot. Alles deutet darauf hin, daß die Zukunft einer großen Einheitspartei gehört, die das politische Spektrum von Manuel Valls über François Bayrou bis hin zu Alain Juppé abdeckt und sich dem Front National entgegenstellt, der seinerseits ebenfalls keine geistige Arbeit geleistet hat. Als Sie in den siebziger Jahren das Land aus dem Dornröschenschlaf gerüttelt haben, war deutlich zu erkennen, daß bestimmte politische Maßnahmen an die von Ihnen geleistete geistige Arbeit anknüpfen.

Ganz ehrlich, dieses Interesse an Ideen gibt es nirgends mehr in der politischen Welt. Das Niveau der Politiker hat erschreckend abgenommen. Die Minister sind ehemalige parlamentarische Assistenten, die Ministerpräsidenten ehemalige Pressesprecher. Das politische System bewegt sich, aber ihm fehlt der Nährboden. Wir befinden uns mitten in einer Phase der ideologischen Rekonstruktion. Die Präsidentschaftswahlen 2017 werden schlimm. Alle werden sich gegenseitig bekämpfen, um gegen Marine Le Pen antreten zu dürfen. So weit ist es mit uns gekommen.

Éric Zemmour, gilt als einer der bekanntesten rechtsintellektuellen Journalisten Frankreichs. Sein im Herbst 2014 erschienenes - nicht ins Deutsche übersetzte - Buch "Le Suicide français" entwickelte sich rasch zum Verkaufsschlager. Führende Politiker warnten davor, es zu lesen, oder nannten Zemmour eine "Gefahr". Der Autor mußte Boykottaufrufe, Geldstrafen und Entlassungsversuche überstehen.

"Der französische Selbstmord" ist die Bilanz des Verfalls Frankreichs, für den Zemmour vor allem den Geist von 1968, die Zerstörung der französischen Souveränität durch die EU und die Masseneinwanderung verantwortlich macht. Er ist Kolumnist des Figaro, kommentiert in einer Radiosendung und in TV-Talkshows. Er ist algerisch-jüdischer Abkunft und wurde 1958 bei Paris geboren.

Alain de Benoist, gilt als Begründer und führender Theoretiker der "Nouvelle Droite". Der Philosoph hat bereits über fünfzig Bücher veröffentlicht und ist Herausgeber der Zeitschriften Nouvelle École und Krisis sowie ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift Éléments, aus der dieses Gespräch mit freundlicher Genehmigung der beiden Autoren in gekürzter Fassung übernommen wurde. Geboren wurde Alain de Benoist 1943 im zentralfranzösischen Tours.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>Terrorquelle Islam

Wer die Ursachen des Fanatismus leugnet, führt Europa in eine Katastrophe

"Das hat nichts mit dem Islam zu tun." Diese immer gleiche Parole entblößt sich zunehmend selbst. Die Kritik wird lauter.

Wer ein Problem lösen will, muß zunächst dessen Quelle aufdecken. Deutschlands politische Führung versucht nach den Anschlägen von Brüssel, wie schon nach Paris und ähnlichen Bluttaten, dagegen alles, um den Blick auf die Quelle zu vernebeln.

Nach dem Pariser November-Massaker sprach Angela Merkel von "gottlosen" Tätern - dabei war es unübersehbar religiöser Wahn, der die Mörder angetrieben hatte. In ihrer Stellungnahme zum Massenmord von Brüssel verzichtete die Kanzlerin nun sogar ganz auf die Benennung des Täterkreises, als besäßen die Verbrecher weder Motiv noch Hintergrund. Statt dessen sprach Merkel nur vage von den Feinden unserer Werte, die das Blutbad angerichtet hätten.

Vizekanzler Sigmar Gabriel betonte nach Brüssel, daß die Täter "alles keine Flüchtlinge", sondern in Paris und Brüssel geboren seien, wo man sie "ohne Bildung und Arbeit gelassen" habe. So wird die Schuld klammheimlich auf die abendländische Umgebung der Attentäter geschoben, weil die sich nicht genügend um die jungen Muslime gekümmert habe.

Gabriel liegt in dreifacher Hinsicht falsch. Erstens ist mindestens ein Terrorverdächtiger von Paris über die "Balkanroute" eingesickert. Zweitens verfügen etliche unter den Verdächtigen

über eine gute Ausbildung und Arbeit. Drittens wäre Europa längst im Blut ertrunken, wenn wirtschaftliche Perspektivlosigkeit junger Menschen zu Terror führte - allein in Italien oder Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit seit vielen Jahren auf astronomischer Höhe verharrt, müßte diesbezüglich der Teufel los sein - ist er aber nicht. Was Kanzlerin Merkel anstimmt und ihr Vize Gabriel fortspinnt, ist die gefährliche Ablenkungs-Parole, der Terror habe "nichts mit dem Islam zu tun".

Die öffentliche Debatte nach den Brüsseler Anschlägen deutet allerdings darauf hin, daß die Menschen in Europa der Vertuschung der Terror-Ursachen zunehmend überdrüssig werden. Selbst Mainstream-Medien und Staatssender, die unlängst noch auf Merkels oder Gabriels Linie schwammen, beginnen, kritische Fragen nach den Abgründen in den Lehren des Islam zu stellen. Und sogar innerhalb der islamischen Welt mehren sich kritische Stimmen, die das Wegschieben des Problems von seinem religiösen Kern nicht länger hinnehmen wollen.

Daß ein Zusammenhang zwischen islamischer Zuwanderung und wachsender Terrorgefahr in Europa besteht, muß die friedvollen Muslime schmerzen. Diesen Zusammenhang deshalb aber zu leugnen, ist unverantwortlich. Diese dauernde Leugnung zieht uns immer tiefer in eine Spirale von Haß und Gewalt, an deren Ende eine Eskalation wartet, die jede heutige Vorstellungskraft sprengt. Die politisch-korrekten Nebelwerfer sind es, die den Weg in eine solche Katastrophe zu ebnen helfen. *Hans Heckel*<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Angst - aber die richtige!** / Wie Merkel den Massenansturm wieder in Gang bringt, wofür Schäuble den Etat verdoppelt, und was ein Asylbewerber von Schwarzen hält

Der Wochenrückblick mit *Hans Heckel*

Das haben sie aber geschickt eingefädelt, unsere weisen Regierenden. Irgendwie mochte man die Zahlen ohnehin kaum schlucken. Zwischen 18.000 und 72.000 Asylsucher sollten laut dem EU-Türkei-Abkommen von Anatolien in die Europäische Union verfrachtet werden.

Das sollte alles sein? Da hatten wir in Deutschland vergangenes Jahr schon pro Monat mehr! Mit so wenigen sollten sich Angela Merkel und ihre Schleppenträger von der schwarz-rot-grünen Koalition zufriedengeben? Außenminister Steinmeier rüttelt doch schon wieder heftig am mazedonischen Grenzzaun und will die "Balkan-Route" wieder aufkriegen, damit sie endlich wieder ungehindert nach Deutschland fließen können, die Menschenmassen. Statt dessen soll er sich mit 78.000 abspeisen lassen. Da dauert der Austausch des eigenen Volkes ja noch ewig.

Keine Sorge: Das wissen die schlauen Leute in Berlin, Brüssel und Ankara natürlich auch und haben in den Handel einen interessanten Zusatz eingebaut, der erst ein wenig später bekannt wurde. In dem Zusatz haben sie vereinbart, daß die EU der Türkei darüber hinaus noch mehrere Hunderttausend abnimmt, und zwar direkt, also wohl per Flugzeug. Gemunkelt wird derzeit von einer halben Million Menschen.

Die sollen nach dem Freiwilligkeitsprinzip in der EU verteilt werden. Es nehmen also nur die Länder welche auf, die das wünschen. Angela Merkel muß sich dabei gar nicht groß vordrängen. Alle außer den Deutschen haben sich das Hemd schon bis obenhin zugeknöpft: Sie werden höchsten ein paar Symbol-Syrer hereinlassen.

Nach den Brüsseler Terrorattacken ist die Vorfreude auf weitere Zuwanderer aus der islamischen Welt bei unseren europäischen Nachbarn sogar noch etwas weiter abgekühlt. Ja, die Angst geht um in Europa! Wovor? Wovor wohl: Die Co-Chefin der Grünen Jugend der Schweiz, Irina Studhalter, bringt unsere aufgewühlte Stimmung auf den Punkt. Sie schrieb gleich nach den Attentaten von Brüssel: "Ich habe Angst. Nicht vor dem Islam, nicht vor Terror - sondern vor der rechtspopulistischen Hetze, die folgen wird."

Damit ist sie beileibe nicht allein. Finanzminister Schäuble und Vizekanzler Gabriel haben gerade erst dieser Tage vereinbart, die Bundesmittel für den "Kampf gegen Rechts" von jetzt

50 im nächsten Jahr auf stolze 100 Millionen Euro zu verdoppeln. Es dürfte kaum einen anderen Haushaltsposten geben, der prozentual derart rasant wächst. "Das Programm unterstützt unter anderem zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die sich in den Kommunen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit einsetzen", lesen wir in der "Zeit".

"Menschenfeindlichkeit" ist ein sehr dehnbarer Begriff, was ihn so unsagbar nützlich macht. Für gewisse "zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte" beginnt "Menschenfeindlichkeit" dort, wo man sich weder zu Multikulti noch zu offenen Grenzen, Bleiberecht für jedermann oder zum allgemeinen Linkssein bekennen will.

Da nach dieser Definition die Mehrheit im Volk als "menschenfeindlich" eingestuft werden muß, war die Verdoppelung der Bundesmittel eine dringend gebotene Maßnahme zur Herrschaftssicherung. Die geförderten "Initiativen und Projekte" sind sozusagen in die Rolle der Dragoner geschlüpft, welche einst die Obrigkeit vor dem unbotmäßigen Volk beschützt haben, um die bestehende Macht zu sichern. Das viele Steuergeld von Schäuble und Gabriel ist die Munition, mit der die neuen Dragoner schießen sollen auf den aufmüpfigen Pöbel.

Sollte sich ein Gewalt-Exzeß wie in Paris Mitte November oder in Brüssel Ende März wiederholen (was leider zu befürchten steht), dann wird unsere Staatsmacht die Pegida-Horden endgültig auseinander treiben müssen. Und folgt noch so ein Terroranschlag, der "nichts mit dem Islam zu tun hat", wird ein Verbot der AfD unausweichlich sein. Schließlich haben wir "Angst". Verblüffend ist nur, wie sich die "Angst" verändert, wenn die vermutete Gefahr konkret wird. Dann sind es plötzlich ganz andere Sachen, vor denen sich die Leute fürchten.

Hat eigentlich schon einmal ein Karikaturist, Journalist oder Kabarettist irgend etwas nicht gezeichnet, geschrieben oder gesagt, weil er sich vor Übergriffen "von rechts" fürchtet? Darüber ist in jüngerer Zeit nichts bekannt geworden, im Gegenteil: Wenn es einem Spinner gefallen sollte, jemanden zu bedrohen, weil er die NPD aufs Korn genommen hat, ist das für den "Bedrohten" wie ein Lottogewinn.

Damit kommt er in alle Kanäle und hat gute Chancen, viele hübsche Auszeichnungen für seine Zivilcourage zu ernten, ohne jemals wirklich in Gefahr gewesen zu sein: "Ich lasse mich vom rechten Mob nicht einschüchtern! Ich kämpfe weiter!"

Der eingefleischte linke Kabarettist Bruno Jonas bekannte demgegenüber schon vor acht Jahren, daß er mit Spitzen gegen den Islam eher vorsichtig sei, um keine gewalttätigen Reaktionen hervorzurufen. Der Zeichner der berühmten Mohammed-Karikaturen, Kurt Westergaard, steht seit 2007 unter massivem Polizeischutz, nachdem konkrete Mordpläne bekannt geworden waren. Am Neujahrstag 2010 konnte er trotzdem nur in einen eigens eingebauten Schutzraum in seinem Haus flüchten, nachdem ein somalischer Asylbewerber mit Axt und Messer in Westergaards Heim in Aarhus eingedrungen war, um den Zeichner zu massakrieren.

Übrigens: Das ZDF hatte im Mai 2010 ein TV-Gespräch mit Westergaard abgesagt aus Furcht vor möglichen Konsequenzen. Erst als der Däne dem deutschen Staatssender öffentlich Selbstzensur vorwarf, ließen ihn die hasenfüßigen Staatssender-Leute doch noch auftreten. Ein Ende des Polizeischutzes ist nicht absehbar, weil die tödliche Bedrohung unvermindert anhält.

Aber wir schweifen ab. Wovor hatten wir noch gleich Angst? Richtig: Vor den Rechtspopulisten, die solche Dinge ausschlachten, indem sie sie ohne Rücksicht auf den schönen Schein offen aussprechen. Und das auch noch ohne die Bekenntnisformel, daß das alles nichts mit dem Islam zu tun hat.

Wir verstehen die fremde Kultur einfach nicht, wofür wir uns schämen sollten. Neulich hat der DFB-Kontrollausschuß eine Drei-Spiel-Sperre gegen einen senegalesischen Fußballer von Werder Bremen beantragt, weil der einem Gegenspieler eine "Kopf-ab-Geste" gezeigt hatte, also mit dem Finger über seinen Hals gestrichen war als Andeutung von Kehle durchschneiden. Werders Sportchef hatte für die beantragte Sperre überhaupt kein Verständnis. Die Geste

sei in Afrika "gebräuchlich". Eben, andernorts folgen die Sitten eben einem ganz anderen Schnittmuster als bei uns.

Und das wäre? Kommt ganz drauf an. Ein Journalist des Berliner "Tagesspiegel" hat sich in einem Asylheim kundig gemacht und allerhand zu hören bekommen. Über Schwarze sagte ihm ein Ägypter, einige "Afften" seien nett, die meisten aber eine Plage. Der Ägypter, ein Afghane und ein Syrer erklärten ihm obendrein, daß Frauen dem Mann gehorchen, Schläge seien erlaubt, aber unnötig, denn Frauen wollten ja gehorchen. Juden seien für das Elend in der Welt verantwortlich und hätten auch das Massaker von Paris angezettelt.

Der Syrer habe zudem erläutert, daß "nur Sunniten Muslime seien, Schiiten und Drusen seien Verräter, Zionisten, Teufel, und Gewalt gegen Teufel sei legitim". Was er bei Christen und Angehörigen anderer Religionen für "legitim" hält, hat der Reporter den freundlichen jungen Mann offenbar gar nicht erst gefragt.

Keine Frage, es ist höchste Zeit, daß die Balkanroute wieder geöffnet wird und daß Merkel die halbe Million aus der Türkei zu uns führt. Der Zustrom wird unser Land und unser Leben viel bunter und interessanter machen. Wenn da bloß nicht immer diese schreckliche Angst wäre - vor den Rechtspopulisten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):
>>"**Sommerzeit überflüssig**"

Union und Linkspartei plädieren nach Studie für Abschaffung

Die Sommerzeit ist relativ überflüssig." Das ist das Fazit einer umfangreichen Studie des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) zur Bilanz der 1980 eingeführten Zeitumstellung. Mit seiner Meinung steht es offenkundig nicht allein. In der laufenden Legislaturperiode hat es zur Abschaffung der Sommerzeit bereits 571 Petitionen im Bundestag gegeben - so viele wie zu keinem anderen Thema.

Das deutsche Parlament allerdings kann aus rechtlichen Gründen allein nichts an der Zeitumstellung ändern. Denn jede Änderung am Wechsel zwischen Normalzeit und Sommerzeit erfordert grundsätzlich eine Änderung der entsprechenden EU-Richtlinie. Und ob ein Änderungsverfahren eingeleitet wird, liegt allein im Ermessen der EU-Kommission.

Zuletzt hatte sich 2007 die EU-Kommission mit diesem Thema beschäftigt und herausgefunden, daß, abgesehen von der Begünstigung von Freizeitaktivitäten und der Erzielung geringfügiger Energieeinsparungen, die Auswirkungen der Sommerzeit kaum ins Gewicht fallen. Auch den aktuellen Erkenntnissen des TAB zufolge sind die Auswirkungen der Zeitumstellung weder in die eine noch in die andere Richtung in relevantem Maß meßbar.

Energieeinsparmöglichkeiten seien kaum feststellbar. Zu den Auswirkungen auf die Wirtschaft lägen laut TAB praktisch keine konkreten Informationen oder quantitative Daten vor. Auch die gesundheitlichen Auswirkungen seien, wenn es welche gebe, nur von vorübergehender Dauer. Eine Erhöhung des Herzinfarkttrisikos durch die Zeitumstellung sei nicht nachweisbar.

Vertreter der Union und der Linkspartei plädieren dafür, die Sommerzeit abzuschaffen. Auch wenn die gesundheitlichen Auswirkungen noch so gering seien, seien sie möglicherweise vorhanden. Zudem koste die Zeitumstellung jedes Mal viel Geld, ohne daß Deutschland einen Nutzen davon habe. J. H.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 2. März 2018 (x1.000/...):
>>**Kriege durch mediale Meinungsmache vorbereitet**

... In seinem erschütternden Bestseller "Wie Medien Krieg machen" schildert der ARD-Kriegsreporter Marko Josilo, wie Politiker und Journalisten einem gemeinsamen verborgenen Plan zu folgen scheinen.

Für ihn als Insider sei das Vertrauen in die Medien schwer angeschlagen. Spätestens die weltweite Berichterstattung der Mainstream-Medien im Konflikt um die Ukraine habe gezeigt, daß

diese Medien nicht unabhängig und politisch neutral berichten. Er beweist anhand von Fakten, daß die Kriege im Irak, in Jugoslawien, Libyen, Afghanistan und in Syrien - mit Millionen Toten - international gesteuerte strategische Kriege waren. Sie seien durch mediale Meinungsmache vorbereitet und legitimiert worden.

Ein Grund mehr, alle offiziellen Nachrichten kritisch zu prüfen und sie mit alternativen Medien zu vergleichen. Im Anschluß zeigen wir Ihnen zusammenfassend einen von Kla.tv erstellten Überblick, wie beispielsweise im Irak, in Libyen, in Jugoslawien und andern Ländern aufgrund von Medienlügen ganze Kriege ausgelöst wurden. Bleiben Sie dran! MEDIENLÜGEN ZU KRIEGEN:

August 1964: Golf von Tonkin. Vor der Küste Nordvietnams. Massenmedien verbreiten die Meldung, nordvietnamesische Schnellboote hätten zwei US-amerikanische Kriegsschiffe mehrmals ohne Anlaß beschossen. STARTSCHUSS FÜR DEN KRIEG! Vietnam wird von den USA angegriffen!

Gegenüberstellung: "Verschwörungstheoretiker!", schrie man einst noch gegen die Menschen, die aufdeckten, daß dieser Angriff von den USA selbst inszeniert wurde als "Unter-Falscher-Flagge-Skandal". Doch heute ist die Verschwörung offiziell: Der damalige Verteidigungsminister Robert McNamara gab später zu, daß es sich tatsächlich um eine Attacke der USA unter falscher Flagge handelte!

Oktober 1990: Ein 15-jähriges Mädchen sagte unter Tränen vor laufenden Kameras aus, daß sie in einem kuwaitischen Krankenhaus gesehen habe, wie irakische Soldaten Säuglinge aus Brutkästen gerissen und auf dem Boden hätten sterben lassen. Die Medien posaunten es wie immer lauthals heraus. Also: STARTSCHUSS für den großen Völkermord im Irak!

Gegenüberstellung: Das Mädchen aber flog als eine kuwaitische Diplomantentochter auf, die für diese Brutkastenlüge richtig viel Geld kassierte und von einer PR-Agentur ausgebildet wurde. Den Auftrag erhielt sie von einer in Amerika operierenden Organisation. Sie arbeitete nie in dem Krankenhaus.

Die Geschehnisse waren erstunken und erlogen. Wurde dieses Verbrechen jemals geahndet? Und dennoch hetzen und schreien die Medien lauthals weiter gegen alle, die solche Verschwörungen zur rechten Zeit aufdecken, "Verschwörungstheoretiker!"

Februar 2003: "Saddam Hussein besitzt Massenvernichtungswaffen!", dröhnte es durch die Massenmedien, so daß alle einmal mehr kopfnickend zuschauten, wie die Vereinigten Staaten und deren Verbündete in den Irak einmarschierten! 600.000 Zivilisten wurden umgebracht - das sind 90 % aller Opfer! Allein während eines dreiwöchigen Einsatzes wurden von den USA zwischen 1.000 und 2.000 Tonnen Uranmunition eingesetzt, was bis heute unzählige Geburten schrecklich deformierter Babys zur Folge hat.

Gegenüberstellung: Wer zur rechten Zeit darauf hinwies, daß dieser Krieg auf einer Lüge aufbaut, wurde wie immer als Verschwörungstheoretiker mundtot gemacht. Doch einmal mehr - als es zu spät war - wurde die Verschwörung noch offiziell: Der damalige Außenminister Colin Powell räumte später ein, daß sich die Quellen für angebliche Massenvernichtungswaffen nicht als solide erwiesen haben. Die 1.400 Personen umfassende "Untersuchungsgruppe Irak" (ISG) fand keine Massenvernichtungsmittel. Was für ein grausames Ausmaß an erwiesener Verschwörungspraktik. ...

März 2011: Die Behauptung eines libyschen Informanten vor der UNO, Gaddafi habe 6.000 Menschen getötet, führte schließlich zum Libyenkrieg durch die NATO. In den Medien hieß es: "Gaddafi führt blutigen Krieg gegen sein eigenes Volk" usw.

Gegenüberstellung: Doch die Behauptung der 6.000 Toten stellte sich als Lüge heraus. Als man den Informanten später fragte, sagte er, er habe keine fixen Quellen für die Zahl von 6.000 Toten gehabt. Er habe das einfach so gehört. ...

Kosovo, März 1999: Laut den Massenmedien der NATO-Länder spiele sich hier eine humani-

täre Katastrophe ab. Von Massakern der Serben an kosovo-albanischen Zivilisten war die Rede sowie von einem Konzentrationslager. Dies führte zum NATO-Krieg gegen das damalige Jugoslawien im Jahr 1999 und damit tatsächlich zu einer verheerenden humanitären Katastrophe.

Gegenüberstellung: Diese Anschuldigungen wurden nur wenige Monate nach Beendigung der NATO-Bombardierung Jugoslawiens öffentlich widerlegt. Gemäß mehreren Berichten, auch von der OSZE, gab es im Kosovo vor Kriegsbeginn keine humanitäre Katastrophe. Laut kosovo-albanischen Augenzeugen habe es keine ethnischen Säuberungen gegeben und keinen Gefangenen im angeblichen Konzentrationslager.

Der 7. Dezember 1941 ging als "Tag der Schande" in die Geschichte ein - nach offiziellen Medien-Meldungen griff Japan die Pazifikflotte der USA in Pearl Harbor an. 2.403 Menschen verloren ihr Leben. Einmal mehr sind die Gemüter aufgeheizt und ein weiterer Startschuß für den Krieg angeblich gerechtfertigt. Am Tag darauf erklärte die USA Japan den Krieg.

Gegenüberstellung: Doch auch hier stellte sich später heraus, daß die US-Regierung den Angriff gezielt provoziert hat bzw. von dem kommenden Angriff gewußt und die Flotte in Pearl Harbor nicht gewarnt hatte, um den Kriegseintritt der USA zu rechtfertigen. Dies wies der US-amerikanische Historiker John Toland nach. Ebenso dokumentierte ein Tagebucheintrag von Roosevelts Kriegsminister Henry Stimson: Die USA provozierten bewußt Japan zum ersten Schuß!

Die Medien unterstützen mit ihrer Propaganda somit nachweisbar die grausamsten Kriegsverbrechen, decken die Kriegstreiber und verbreiten immer wieder aufs Neue haltlose Verschwörungstheorien, die grausamste Kriege und Massenmorde zur Folge haben. Dubiose Quellen und oft auch im "Konjunktiv" genannte Verleumdungen und Lügen schüren beständig Haß und legen den Grund für Krieg und Terror.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/40): >>**Der Endkampf**

"Die beunruhigendste Aussicht bei alledem ist, daß ein einziges globales Netzwerk den Homo sapiens letztlich überflüssig machen und dann auslöschen wird.

In seinem Buch Homo Deus behauptet Yuval Harari, das Zeitalter großer, auf Schriftsprache, Geld, Kultur und Ideologie - Produkten von auf Kohlenstoff basierenden menschlichen neuronalen Netzwerken – gegründeter "Netzwerke der Massenkooperation" weiche einer neuen Ära von auf Silizium basierenden Computernetzwerken, die sich auf Algorithmen stützen. In diesem neuen Netzwerk werden wir sehr schnell eine ähnliche Bedeutung für die Algorithmen haben wie Tiere heute für uns." (Ferguson, Türme und Plätze, Seite 35).<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. Februar 2019: >>**Hütet euch vor falschen Propheten**

Störung der kollektiven Psyche: Wie eine aufgeklärte Gesellschaft in Infantilität umkippt

Thorsten Hinz

Die Rede der 16jährigen Greta Thunberg bei der Klima-Konferenz im Dezember 2018 in Katowitz war eine Inszenierung für die Medien. Die seither als "Klima-Greta" bekannte Schülerin sprach vor fast leeren Stuhlreihen, wohingegen die Kameraeinstellung dem Fernseh- und Youtube-Publikum eine gespannt lauschende Zuhörerschaft suggerierte. Inhaltlich war die Ansprache so banal wie erwartbar und PR-orientiert:

Ein bezopftes Persönchen aus Schweden, eine Mischung aus Pippi Langstrumpf und autistischem Backfisch, ließ aus der Tiefe seines von Karrierebedenken und Zweckrationalismus unverdorbenen Herzens ein beschwörendes Weltrettungspathos entspringen. Ähnliches wiederholte sich bei ihrem Auftritt im Januar dieses Jahres anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos.

"Klima-Greta", die seit August 2018 in Stockholm mit freitäglicher Schulverweigerung gegen

die Klimaerwärmung protestiert, ist weltweit zur Ikone für die "Fridays For Future-Schulstreiks", das heißt für demonstrierende, kreischende, hüpfende, plakatschwenkende Unterrichtsschwänzer geworden. Die Grünen-Wähler von morgen kündigen sich an.

Greta steht, wie man weiß, nicht für sich allein. Die Eltern, einschlägige NGOs und Stiftungen haben sich an sie geheftet. Mit Kinder- und jugendlichen Nachwuchsstars verbinden sich gewöhnlich kommerzielle Interessen, aber hier geht es auch um Politik. Auf den Parteitag in den Ländern des Ostblocks traten stets uniformierte Halbwüchsige auf, die in feurigen Reden der Kommunistischen Partei für ihre Politik zum Wohle der Kinder dankten.

Danach traten sie wieder zurück in die Kulissen, denn als Individuen waren sie nicht gefragt. Furchtbare Ausnahmen gab es in der Hochphase des Stalinismus. In der Sowjetunion wurde der zwölfjährige Pawel Morosow, der mit seinem drei Jahre jüngeren Bruder Fjodor die halbe Familie und zahlreiche Dorfbewohner als Feinde der Sowjetmacht denunzierte und ans Messer lieferte, als "Heldenpionier" verehrt.

Auch Greta stellt bereits einen Machtfaktor dar. Die Umweltministerin der belgischen Region Flandern, Joke Schauvliege, mußte nach Kritik an der Schüleraktion zurücktreten. Sie hatte in öffentlicher Rede erklärt: "Ich kann Ihnen garantieren, daß ich nicht nur Geister sehe, sondern daß doch mehr dahintersteckt als nur eine spontane Solidaritätsaktion für unser Klima." Sie verabschiedete sich aus dem Amt mit den Worten, die Äußerungen seien ein Fehler gewesen, "aber keine Lüge".

Schon wird Greta als Quelle der Erkenntnis gehandelt. Kein Rundfunksender und keine Zeitung mochte darauf verzichten, ihre Kritik am deutschen Kohle-Kompromiß zu vermelden. Auch ihre Forderung, reiche Länder müßten die Emissionen jährlich um 15 Prozent reduzieren, ging durch die Medien. Unklar ist bislang, ob und wie sie das Nordstream-Projekt beurteilt. Als CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak auf Twitter milde Kritik übte: "Oh, man ... kein Wort von Arbeitsplätzen, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit. Nur pure Ideologie", und ein nachsichtiges "Arme Greta" hinterherschickte, erntete er Entrüstung. Eine Grünen-Politikerin nannte ihn sogar "unchristlich". Greta-Kritik als Sakrileg!

"Die Klimakrise hat endlich ihre Erzählerin gefunden", jubelte die Süddeutsche Zeitung. Ihre Eloge auf die kleine Schwedin legt unfreiwillig die verquere Logik der Greta-Jünger offen. Der Autor gibt zu, daß der Klimawandel sich nicht "mit Bestimmtheit vorhersagen" läßt und die Hochrechnungen nur eine abstrakte Idee liefern.

Dies erlaube es den meisten Menschen, vor der Bedrohung die Augen zu verschließen und sich hinter Ausflüchten zu verstecken. "Insofern ist die Klimakrise auch eine Krise des Erzählens." Greta, die am Asperger-Syndrom, einer Variante des Autismus, leidet, sei der Fluchtweg versperrt. Ihr Gehirn sei "anders verdrahtet", weshalb sie zur exklusiven Konzentration auf die Fakten befähigt sei. Diese ließen sie den Klimawandel "als die existentielle Gefahr" begreifen, "die er ist". Sie benötige kein illustrierendes Narrativ dafür.

Nur geht es gar nicht um den "Klimawandel" als solchen, denn den hat es schon gegeben, als der Mensch noch gar nicht existierte. Es ist auch keine Frage mehr, daß der Umweltschutz und die Schonung der Ressourcen weiterentwickelt werden müssen. Der Streit dreht sich zum einen darum, ob die Erderwärmung tatsächlich durch menschliches Handeln verursacht ist. Die andere, daran anknüpfende Streitfrage lautet, ob die vorgeschlagenen oder ergriffenen Maßnahmen überhaupt Wirkung zeigen und in einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen. Was kann der deutsche Kohleausstieg bewirken, wenn zur gleichen Zeit in China und Indien jedes Jahr Dutzende neue Kohlekraftwerke erbaut werden?

Zu den häufigen Symptomen der Asperger-Krankheit gehören gesteigerte intellektuelle Fähigkeiten auf einem begrenzten Gebiet. Die "Inselbegabungen" gehen mit der Unfähigkeit zur Kommunikation und zum Nachvollzug gegenteiliger Standpunkte einher. Auf die Frage von Spiegel Online, ob sie akzeptieren könne, daß andere Menschen andere Meinungen zum Kli-

ma haben, antwortete Greta: "Ich höre diesen Menschen zu. Doch das hier ist ein Schwarz-Weiß-Thema: Entweder besteht unsere menschliche Zivilisation fort - oder nicht. Es gibt kein Grau, wenn es um unser Überleben geht."

Ihre Kritiker täten ihr nur leid. Solche Aussagen lassen erahnen, wie ein Autismus, der durch die Außenwelt bestärkt und befeuert wird, in objektiven Fanatismus übergehen kann.

Am Ende kann auch Greta nicht liefern, was die versammelte Wissenschaft schuldig geblieben ist: den schlüssigen Beleg für die anthropogene Ursache des Klimawandels. Die Süddeutsche Zeitung setzt dennoch unter Berufung auf Gretas spezielle Hirnverdrahtung voraus, was wissenschaftlich unbewiesen ist. Greta Thunberg wird eine ähnliche Funktion zugeschrieben, die in vormodernen Gesellschaften von der weisen Frau, dem Orakel, der Pythia, der Sibylle, dem blinden Seher, dem Propheten wahrgenommen wurde.

Als Propheten bezeichnete der Soziologe Max Weber einen, "der Kraft seiner Mission eine religiöse Lehre oder einen göttlichen Befehl verkündet". Zugleich trägt er Züge eines "sozial-ethischen Lehrers", der die Mitmenschen "zur Schöpfung ethischer Ordnungen zu bestimmen sucht". Propheten sind dabei nicht nur die Künder, sondern selber Gefäße des Göttlichen.

Zu ihren Merkmalen zählt das Moment der Plötzlichkeit, mit der sie aus dem Nichts auftauchen - so wie Greta in Kattowitz. Das fügt sich ein in die Behandlung der Klimafrage als Zivilreligion, als die Abfolge von Schuld, Reue, Buße und Aussicht auf Vergebung. Speziell in Deutschland bietet sie die tröstende Ergänzung zur Holocaust-Religion, die jene Aussicht auf Vergebung und Entsöhnung verweigert.

Vor über hundert Jahren rief der Dichter Stefan George, damals ein Mittdreißiger, den 15jährigen Maximilian Kronberger zur epiphanischen Erscheinung aus und rief einen ästhetisierten Maximin-Kult ins Leben. In seinem 1907 erschienenen Band "Der siebente Ring" ließ er seine Anhänger wissen: "Nun klagt nicht mehr - denn auch ihr wart erkoren - / Daß eure Tage unerfüllt entschwebt ... / Preist eure Stadt die einen Gott geboren! / Preist eure Zeit in der ein Gott gelebt!"

Max Weber fragte spöttisch, was den Buben in Lederhosen denn als neuen Gott prädestiniere. Es handele sich um die rein private Angelegenheit des Dichter-Kreises, die für Außenstehende nichts bedeute. Tatsächlich war der Gott, der erlösen sollte, die Eigenschöpfung von Erlösungsbedürftigen. Für Weber war das ein Kennzeichen einer Sekte, einer Gemeinde vermeintlich Erleuchteter, die im gesellschaftlichen Abseits ihre selbstkreierten Kulte und gestörten Wahrnehmungen pflegten.

Heute handelt die ganze, sich fortschrittlich wahnende Gesellschaft sektenmäßig; in Greta-Maxima hat sie sich aktuell einen Götzen erschaffen. Hier verbinden sich die dialektischen Veitstänze einer an sich irre gewordenen Aufklärung mit der Sehnsucht nach Wiederverzauberung der entzauberten Welt im Zeichen der Klima- und Welterrettung.

Doch es geht auch um Politik. "Die Begrenzung der globalen Erwärmung erfordert schnelle, weitreichende und beispiellose Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft." So steht es im aktuellen IPCC-Report (Intergovernmental Panel on Climate Change, im Deutschen oft als "Weltklimarat" bezeichnet). Eine globalistische Elite verlangt nach einer staatenübergreifenden Generalvollmacht. Zu ihrer Umsetzung benötigt sie Helfer und Aktivisten, im Zweifelsfall auch neue Morosows.

Der Rußland-Historiker Orlando Figes schreibt über das Morosow-Phänomen, es habe vor allem auf Waisenkinder eine vorbildhafte Wirkung ausgeübt, die keine familiären und normalen zwischenmenschlichen Strukturen kannten. Heute schafft die Abräumung traditioneller Strukturen - Familie, Nation, Geschlecht, Grenzen - eine Tabula-rasa-Situation, in der grüne Nachwuchspolitiker als Rote Khmer denkbar werden.

Der Greta-Kult mag schon bald vorbei sein oder durch einen neuen abgelöst werden. Die untergründige Störung in der kollektiven Psyche der westlichen Welt, deren Symptom er ist,

bleibt virulent und gefährlich.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/4-8): >>**Hybride Kriegsführung: Wenn in Zeiten des Friedens Kriege toben**

Von *Gerhard Wisniewski*

Tue Schlechtes und rede darüber. Und wenn du darüber redest, dann schiebe es anderen in die Schuhe: Das ist eine ganz neue Variante des alten Sprichwortes "Tue Gutes und rede darüber". Gemeint ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der hybride Krieg gegen Deutschland, Europa und andere Teile der Welt. Sie wissen schon: "Hybrid" wie "hybrides Auto" - ein Fahrzeug mit gemischtem Antrieb, zum Beispiel elektrisch und konventionell. "Hybrid" heißt also so viel wie gemischt. Im Falle des Krieges bedeutet das einen Krieg an allen Fronten und mit allen Mitteln, quasi einen totalen Krieg. Klassische militärische Mittel spielen dabei nur noch eine Nebenrolle, wenn überhaupt.

Die "hybride Kriegsführung seitens Rußlands" sei in allen europäischen Ländern täglich zu spüren, sagte da plötzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. Januar 2019 bei der Münchner Sicherheitskonferenz.

"... und diese hybride Kriegsführung im Internet ist sehr schwer zu erkennen, weil Sie plötzlich Bewegungen haben, von denen Sie gedacht haben, daß sie nie auftreten. ... In Deutschland protestieren jetzt Kinder für den Klimaschutz. ... Aber daß plötzlich alle deutschen Kinder, nach Jahren, ohne jeden äußeren Einfluß, plötzlich auf die Idee kommen, daß man diesen Protest machen muß, das kann man sich auch nicht vorstellen."

Ein Instrument der hybriden Kriegsführung

Mit anderen Worten beschrieb Merkel die sogenannte Klimabewegung als Instrument der hybriden Kriegsführung: Der Begriff war damit in der Welt. Denn es handelt sich um einen Terminus, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist und die Vorstellungskraft des Normalbürgers übersteigt. Bei Kriegen denkt der Durchschnittsmensch (und auch der Durchschnittspolitiker) nun mal an Bomben und Panzer, und ihre Abwesenheit verwechselt er mit Frieden. Woran er nicht denkt, ist ein ganzes Bündel von propagandistischen, psychologischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die ein Land sogar noch nachhaltiger zerstören können als jeder Bombenteppich:

"Die traditionellen Begriffe von regulär und irregulär oder von konventionell und unkonventionell haben ihre bisherige Trennschärfe verloren", schreibt der Oberst im Generalstab, Uwe Hartmann, in seinem Buch "Hybrider Krieg als neue Bedrohung für Freiheit und Frieden" (Berlin 2015): "Der Begriff der hybriden Kriegsführung dagegen hilft, das Kriegsgeschehen ganzheitlicher zu verstehen.

Er beugt verengten Vorstellungen über künftige Kriege und zu einfachen Kriegsbildern vor, weitet den Blick und macht den Weg frei für eine schöpferische Antwort auf neue Bedrohungen" (S. 15).

Der hybride Krieg sei eine "neue Bedrohung von Freiheit und Frieden" und zeichne sich "durch die kreative, den Gegner überraschende Kombination unterschiedlichster Mittel und Wege aus". Er ziele "nicht vorrangig auf die Zerschlagung gegnerischer Streitkräfte, sondern auf die Destabilisierung staatlicher Strukturen und gesellschaftlicher Institutionen sowie die Schwächung des nationalen Zusammenhalts in einem Land".

Also exakt das, was wir derzeit in Deutschland und anderen Ländern Europas erleben. Die hybride Kriegsführung verfolge "die Erosion von Staatlichkeit durch Instabilität der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie durch De-Legitimation von Regierung und Eliten" (S. 19). Da der momentan laufende Dritte Weltkrieg hybrid geführt wird, ist er für das Publikum, aber selbst für Politiker und Militärs, eigentlich kaum durchschaubar.

Von "hybrider Kriegsführung" zu sprechen, war von Merkel deshalb schon ein Sakrileg an sich, lüftete es doch ein wenig den Vorhang zwischen dem Normalbürger und den globalen

Eliten - insbesondere den strategischen Eliten.

Universeller Krieg gegen Deutschland und Europa

"Für die sonst so bedachte Kanzlerin Angela Merkel war das ein bemerkenswerter Fehler", rügte denn auch Spiegel Online (24.02.2019) die Merkel'schen Worte. Allerdings:

Was, wenn sich der Gedanke der "hybriden Kriegsführung" verselbstständigen und von der Verknüpfung mit Rußland ablösen würde? Kaum auszudenken! Denn in Wirklichkeit ist der hybride Krieg real; er ist nicht nur ein versteckter Krieg, sondern auch ein universaler Krieg, der in allen Bereichen eines Staates und einer Gesellschaft tobt - um nicht zu sagen: ein "totaler Krieg".

Und geführt wird er nicht zuletzt von niemand Geringerem als der deutschen Bundeskanzlerin selbst. Unter ihrer Regierung gab und gibt es Angriffe auf die Geburtenraten, die Wirtschaft, die Autoindustrie, die Luftfahrtbranche, die Energieversorgung, die Landwirtschaft, die Bildung, die Kultur, die Bundeswehr, das Recht, die freie Meinungsäußerung und nicht zuletzt auf die deutschen Grenzen und damit die Integrität des Staatswesens.

Um einen Feind zu vernichten, zielt der hybride Krieg nun mal auf alles: Fortpflanzung, Finanzen, Währung, Volkswirtschaft, Energieversorgung, Verkehr, Bildung, Verteidigung, Grenzen, Gesundheit - und auf der psychologischen Ebene auf Identität, Nationalbewußtsein und vieles andere mehr.

Denn wie man nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat, können ja selbst massivste Bombenteppiche ein Land und ein Volk nicht unbedingt auf Dauer zerstören. Zynisch betrachtet kann eine Nation unter günstigen Bedingungen dabei sogar erneuert und neu belebt werden wie ein Wald nach einem Waldbrand.

Nicht zufällig schossen nach dem Krieg in vielen Industrieländern auch die Geburtenraten in die Höhe ("Baby Boom"), bis der "Pillenknick" und viele weitere Geburtenkontrollprogramme dem ein Ende bereiteten (Abtreibung etc.).

Aber nicht nur das: Deutschland erlebte einen nie dagewesenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Boom. Siemens-Kernkraftwerke versorgten das Land mit bezahlbarer Energie, mit einer Wiederaufbereitungsanlage versuchte Deutschland einen geschlossenen Brennstoffkreislauf mit weniger Atommüll zu schaffen, die Magnetschwebbahn Transrapid versprach das Verkehrssystem zu revolutionieren, am Finanzplatz Frankfurt stieg die Deutsche Bank zum Global Player auf, und das dreigliedrige Schulsystem, Berufsausbildung und Universitäten versorgten den boomenden Industrie- und Wissenschaftsstandort jederzeit mit einem exzellent (aus-)gebildeten Nachwuchs.

Innerhalb kürzester Zeit wurde Deutschland zu einer der führenden Industrienationen des Planeten und zu einem der wichtigsten Motoren der wissenschaftlich-technischen Zivilisation.

Konjunkturprogramm Wiederaufbau

Der Wiederaufbau nach einem konventionellen Krieg kann eben wie ein gewaltiges Konjunkturprogramm wirken - und zwar dann, wenn grundlegende Strukturen intakt bleiben, im Falle einer Nation Mentalität, Identität, Bildung, Intelligenz, Kultur und die Gesellschaftsstruktur.

Sowohl gesunde Individuen als auch Nationen verfügen über ein Ich, eine Identität und Interessen. Nur wer ein Ich, also ein "Selbst-Bewußtsein", besitzt, kann auch eine Identität ausbilden und Interessen formulieren.

Eines der ersten Dinge, deren sich ein Kind bewußt wird, ist zum Beispiel, ob es ein Junge oder ein Mädchen ist. Schon dieses erste und ursprünglichste Selbstbewußtsein wird jedoch angegriffen und ins Wanken gebracht, indem man Kinder in KITAS beispielsweise zu "geschlechtsfremden" Aktionen animiert, wie etwa Jungs, sich die Fingernägel zu lackieren. Die Geschlechtsidentität ist jedoch der Kern der Identität, noch vor der nationalen Identität. Wenn man die Geschlechter und damit ihre Identität abschafft, schafft man jede andere Identität auch ab - einschließlich der familiären und der nationalen Identität.

Sobald man ein Individuum so sehr verwirrt, daß es nicht einmal mehr weiß, ob es Männlein oder Weiblein ist, kann es erst recht nicht mehr wissen, ob es Deutscher, EU-Bürger oder Weltbürger ist, und so ist es jedem äußeren Angriff hilflos ausgeliefert. Jüngstes Beispiel für diesen Versuch ist Heidi Klums Transen-Show "Queen of Drags", die im November 2019 auf Pro7 Premiere hatte - ein massiver Angriff auf die Geschlechtsidentität, die das Geschlecht bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

Deutschland ist nicht nur wegen der Sabotage an der Bundeswehr wehrlos, sondern vor allem wegen seiner zerstörten inneren Verfassung. Durch den jahrzehntelangen Schuldskult wurde das Selbstbewußtsein dieser Nation in Selbsthaß verwandelt, und jeder einzelne wurde so zum geistigen Komplizen des hybriden Krieges gegen Deutschland. Nur wenn sich Deutschland auf sich und seine Identität zurückbesinnen könnte, könnte es all diese Schäden vielleicht wieder beheben.

Sabotage an Staat und Gesellschaft

Ein wirklich wirksamer Krieg kann daher auf Bombenteppiche verzichten, um statt dessen zentrale soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen anzugreifen - zum Beispiel mit Verblödung. Alles andere erledigt sich dann von selbst, weil die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Prozesse dysfunktional werden (siehe "Klimaforschung"):

Wenn der Geist kollabiert, kollabiert früher oder später auch alles andere. Wenn ein Mensch schwer geisteskrank wird, kann er auch nicht mehr für sich selbst sorgen. Daß ausgerechnet Angela Merkel den Begriff "hybride Kriegsführung" gegen Deutschland "leakte", ist, genau wie Spiegel Online das charakterisierte, aus der Perspektive der globalen Eliten eine einmalige Fehlleistung. Denn in Wirklichkeit führt Merkel diesen Krieg selbst an vorderster Front - als Werkzeug der strategischen Eliten.

Die "Energiewende", die "Verkehrswende", die Elektromobilität (die in Wirklichkeit eine Immobilität ist), der CO2-Wahn und die Masseneinwanderung sind nur einige wenige Beispiele für Angelas maoistische Sabotage an Staat und Gesellschaft. Daß diese katastrophalen Fehlleistungen auf Unvermögen oder Irrtümern beruhen, kann wohl ausgeschlossen werden.

Der perfideste Krieg von allen

Der hybride Krieg ist die effektivste und perfideste Form des Krieges überhaupt: "Ziel der Angreifer ist es, nicht nur Schaden anzurichten, sondern insbesondere Gesellschaften zu destabilisieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen", heißt es sogar auf der Website des Bundesverteidigungsministeriums.

"Offene pluralistische und demokratische Gesellschaften bieten hierfür viele Angriffsflächen und sind somit leicht verwundbar" Und zwar, weil "offen" in diesem Fall nicht weltoffen bedeutet, sondern aufgerissen und schutzlos. Genau deshalb betreiben Geostrategen wie der berühmte Milliardär George Soros auch Stiftungen wie die "Open Society-Foundation", die nichts anderes zum Ziel hat, als den Schutz und die Grenzen von Staaten und Gesellschaften zu penetrieren und abzubauen und Revolutionen und Umstürze zu organisieren. Soros ist daher auch als einer der obersten Kriegsherren der Hybriden Kriegsführung anzusehen.

Hybrider Völkermord

Stellen Sie sich vor, auf einer großen Ebene stehen sich zwei Armeen mit Panzern, Geschützen und Gewehren gegenüber, wobei eine Seite plötzlich zu schießen beginnt - schon haben wir offensichtlich einen Angriffskrieg.

Aber was ist, wenn in einem Land plötzlich beide Elternteile arbeiten müssen, Kinder als Ballast betrachtet werden und daraufhin die Geburtenraten fallen? Wenn zusätzlich unfruchtbare Lebenskonzepte "in Mode kommen" wie Homosexualität, Transgender und Geschlechtsumwandlung?

Wenn zur Behebung des dann auftretenden "Fachkräftemangels" nicht etwa Nachwuchs propagiert wird, sondern Zuwanderung? Ist das eine spontane gesellschaftliche Entwicklung oder ein Schlachtfeld des hybriden Krieges? Das Ergebnis ist schließlich dasselbe wie bei einem konventionellen Krieg: Die Bevölkerung des Feindes wird dezimiert. Und wenn dies eine gezielte Strategie ist, dann sprechen wir hier von Völkermord.

Denn als Völkermord im Sinne der UN-Völkermordkonvention gelten alle Handlungen, "die sich gegen nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen mit der Absicht richten, diese ganz oder teilweise zu vernichten". Dazu zählen auch die "vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind.

Da dieser Völkermord als hybrider Krieg geführt wird, hofft man, daß er nicht als solcher erkannt wird und damit weder auf Gegenwehr stößt, noch in den Geschichtsbüchern stehen wird. Das Ganze soll einfach als "natürliche Entwicklung" erscheinen ("Demographischer Wandel").

Sabotage der Verteidigung

Oder nehmen wir nach den Geburtenraten die Streitkräfte eines Landes: Was ist, wenn auch hier der "Nachwuchs" fehlt, die Wehrpflicht abgeschafft wird und das Militär kein Personal mehr bekommt, für Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge keine Ersatzteile mehr da sind, durch die Rekrutierung von Frauen die körperliche Leistungsfähigkeit der Truppe fällt, erst recht, wenn sogar Schwangere Dienst tun sollen, die Verteidigungsministerin Abermilliarden wertvoller finanzieller Ressourcen verpulvert, unter anderem für dubiose Beraterdienste, gleichzeitig die nationale Identität zerstört wird, die Soldaten (und die Soldatinnen, natürlich) also gar nicht mehr wissen, WOFÜR sie eigentlich kämpfen sollen?

Wird diese Armee dann nicht irgendwann genausowenig einsatzbereit sein wie eine Armee, die soeben vom Feind zerschossen wurde? Und ob. Zwar dauert das Ganze viel länger, da all diese Maßnahmen aber scheinbar vernünftig begründet, über Jahrzehnte kultiviert und tradiert werden, sind sie auch viel nachhaltiger, und es gibt viel weniger Gegenwehr als bei einem offensichtlichen konventionellen Angriff. Man tut sich ja schon schwer, diesen Krieg überhaupt zu erkennen.

Denn merke: Der beste Krieg ist derjenige, der gar nicht bemerkt wird, so daß man sich nicht wehren kann.

Und der schlimmste Feind ist derjenige, der ebenfalls nicht als solcher erkannt, sondern vielleicht sogar noch als Freund betrachtet wird. Nehmen wir beispielsweise die Europäische Union: Regelmäßig treffen sich Europäischer Rat und Ministerrat zu freundschaftlichen Konferenzen, ein Küßchen hier und eine Umarmung da. Hinter dieser Fassade tobt freilich ein Kampf jedes gegen jeden und aller gegen die Bevölkerungen.

Ein multidimensionales Schach

Sich gegen einen geschickt geführten hybriden Feldzug zur Wehr zu setzen, ist denn auch sehr schwierig: Hybride Kriegführung sei der Versuch, "politische Ziele zu erreichen, indem eine Vielzahl von unterschiedlichen, aber synchronisierten legalen wie auch illegalen Mitteln und Wegen oftmals verdeckt und überraschend eingesetzt werden", so Hartmann (S. 23). Streitkräfte kämen, wenn überhaupt, erst zum Einsatz, "wenn die Situation reif" sei (S. 24).

Das Ganze gleicht einem multidimensionalen Schachspiel, das jedoch nie offiziell eröffnet wird. So kann es geschehen, daß ein Land bereits seit Jahren in einem solchen Schachspiel steckt, ohne es überhaupt zu wissen und auch nur einen einzigen Gegenzug gemacht zu haben.

Denn:

- Wie soll man einen hybriden Angriff überhaupt von einer spontanen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen oder psychologischen Entwicklung unterscheiden?

- Wie soll man den Angreifer identifizieren?
- Wo hat er welche negativen Entwicklungen ausgelöst, und auf welche Weise?
- Geschah dies wirklich in feindlicher Absicht oder zum Beispiel nur in Verfolgung legitimer wirtschaftlicher Partikularinteressen?
- Hat der mutmaßliche Angreifer nur eine Entwicklung ausgelöst oder ein ganzes Bündel (= hybrider Krieg)?
- Geht dieses Bündel negativer Entwicklungen auf ein ganz bestimmtes Machtzentrum, zum Beispiel ein anderes Land, zurück?
- Wie soll man einen Angreifer, der selbstverständlich alles abstreiten wird, beschuldigen, ohne selbst einen - womöglich konventionellen - Kriegsgrund zu liefern?
- Wie soll man einen Angreifer bekämpfen, der sich selbst als absolut friedliebend und die Beschuldigungen als böswillig und paranoid darstellen wird?
- Wie soll man einen noch wirksameren hybriden Krieg entwickeln, aus dem die Gegenseite keinen Grund für einen (auch konventionellen) Gegenschlag entwickeln kann?

Eine ungeheure intellektuelle Herausforderung

"Die Analyse der hybriden Kriegsführung eines potentiellen Gegners ist daher alles andere als trivial", schreibt Oberst Hartmann in seinem Buch. "Sie setzt eine Auseinandersetzung mit den eigenen Defiziten und Brüchen in der Gesellschaft voraus. Denn diese wird ein potentieller Gegner in sein Kalkül einbeziehen; dort wird er seine Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit ansetzen" (S. 21). Hybride Kriege seien "eine ungeheure intellektuelle Herausforderung. Ihre Komplexität muß ganzheitlich verstanden werden".

Jede Seite werde versuchen, "die Komplexität so weit zu erhöhen, daß sie für den jeweiligen Gegner unbeherrschbar wird, während die eigene Seite noch denk- und handlungsfähig bleibt" (S. 50). Die allermeisten Bürger, Politiker und Militärs dürften damit wohl heillos überfordert sein. "Politiker stehen ebenso wie sicherheitspolitische Experten und militärische Berater vor dem Problem, die Komplexität der Geschehnisse zu begreifen".

Ist das noch Frieden oder schon Krieg?

Gegenwehr gegen einen geschickt geführten hybriden Angriff ist daher äußerst schwierig. Ja, nicht einmal in den Geschichtsbüchern wird er stehen, weil ihn nämlich niemand erkannt und benannt hat: "Das Besondere an der hybriden Kriegsführung ist die Verschleierungstaktik", schreibt das (wehr- und vaterlandslose) Bundesverteidigungsministerium:

"Die Täter operieren entweder anonym oder bestreiten Beteiligungen an Vorfällen und Konflikten. Sie gehen dabei äußerst kreativ und koordiniert vor, ohne die Schwelle zu einem offiziellen Krieg zu überschreiten. Eben dies macht die Abwehr solcher Attacken so schwierig: Wenn es keinen eindeutigen Angriff oder Angreifer gibt, fällt die Gegenwehr schwer. Unberechenbarkeit wird zur Waffe.

Sind wir noch im Frieden, oder befinden wir uns schon im Krieg?" Tja, das ist eine gute Frage. Diese Ausgabe der ExpressZeitung wird Ihnen eine eindeutige Antwort darauf geben und belegen, daß der Dritte Weltkrieg längst begonnen hat - ein Krieg gegen die westliche Zivilisation und ihre führenden Nationen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 12. April 2020 (x1.000/...):

>>Verdeckte Kriegsführung & teuflische Besessenheit

Der einzelne Mensch für sich genommen ist potentiell gut, schöpferisch, liebenswert. Daß er aber dennoch unter den Einfluß teuflischer Besessenheit geraten kann, wird längst von Medizin, Psychologie, Religion und Bildung attestiert.

Dieser Dokumentarfilm legt daher einmal den Finger auf teuflisch besessene Eliten, die einen hybriden, sprich verborgenen Krieg gegen die gesamte Menschheit führen. Ihre hybride Kriegsführung fordert mehr Menschenleben als jeder frühere, konventionelle Krieg. Der Film dokumentiert zehn wichtige Schauplätze solcher Kriegsführung. ...

Matthäus 8, 16: "Als es aber Abend geworden war, brachten sie viele Besessene zu Jesus; und er trieb die Geister aus mit seinem Wort, und er heilte alle Leidenden."

Der Mensch an sich ist gut, schöpferisch - liebenswert. Daß er allerdings unter teuflische Besessenheit geraten kann, wird seit je von allen Religionen attestiert. Längst müssen aber auch Medizin, Psychologie, Wissenschaft, Bildung usw. kapitulierend zugeben, daß das Unerklärlichste unter dem Himmel einzig durch teuflische Besessenheit erklärbar wird. Laut Evangelien bestand der Dienst von Jesus Christus etwa zu einem Drittel aus Dämonen-Austreibungen.

Was sind die typischen Merkmale teuflisch Besessener? Jede vernünftige Kommunikation mit ihnen ist von vorneherein absolut unmöglich.

Sie kennen kein Mitgefühl, kein Erbarmen, keine Einsicht, keine Reue. Weder Logik noch Wahrheit ist bei ihnen vorhanden. Besessene sind nur und einzig auf ihre eigenen Triebe, Begierden, Interessen, Lüste, Süchte usw. fixiert.

Es gibt viele Arten der Besessenheit: von Unreinheiten bis zu blutigen Exzessen, von Boshaflichkeiten bis zu mörderischen Quälsüchten, von der Pädophilie bis zum Kannibalismus, von der Kleptomanie bis zur Volksplünderung, von notorischer Streitsucht bis zur gnadenlosen Zerstörungswut, von der Rechthaberei bis zum diktatorischen Meinungszwang, von der Gewohnheitslüge bis zum professionellen Dauerbetrug jeder Gattung usw. usf.

Die Probleme, die sie verursachen, sind unzählbar. Wie bringt man es z.B. einem kleinen Kind bei, falls seine Eltern teuflisch besessen sind? Dieselbe Frage muß leider auch auf Völkerebene gestellt werden: Wie bringt man es ahnungslosen Völkern bei, deren Regierungen in den Bann teuflisch Besessener geraten oder gar selber von dieser Sorte sind? Wer hier vor schnell religiösen Extremismus wittert, irrt. Bedauerlicherweise ist genau diese Tragik zu einem Hauptproblem der Weltgemeinschaft geworden.

Was wir alle wie kleine Kinder nicht hören wollen, muß aber dennoch einmal deutlich gesagt sein: Völker, nehmt es zur Kenntnis, daß teuflisch Besessene einen hybriden, sprich verborgenen Krieg gegen die gesamte Menschheit führen. Sie meinen, von satanischem Wahn getrieben, die ganze Welt unterwerfen und beherrschen zu müssen. Wir dürfen dabei die Abwesenheit von Bomben nicht weiter mit der Abwesenheit von Krieg verwechseln! Denn seit Jahren treiben solch wahnhaftige Eliten diese neue Form des Krieges voran - er kann bedenkenlos als Dritter Weltkrieg auf hybrider, sprich vielfältiger und vor allem verborgener Ebene bezeichnet werden.

Ihr Ziel: eine Neue Weltordnung unter ihrer totalen Kontrolle. Ihre hybride Kriegsführung richtet dabei mehr Schaden auf allen Ebenen an und fordert mehr Menschenleben als jeder frühere Krieg, der mit konventionellen Waffen, sprich Bomben usw. geführt wurde. Die gute Nachricht: So wie es schon immer einen Weg gab, die Einwirkung teuflischer Mächte zu bannen, gibt es einen solchen auch auf aktuell höherer Ebene. Jesus war ständig damit beschäftigt, den Einfluß dämonischer Wesen außer Kraft zu setzen. Auch aus der Gewalt gegenwärtig besessener Eliten gibt es daher einen Ausweg. Doch darüber mehr am Schluß.

1. Demographie

Wie in jedem Krieg steht auch im hybriden Krieg die psychische Vernichtung des Zielobjektes an erster Stelle. In demographischer Hinsicht wird seine Vernichtung vorab durch psychologisch-soziale Maßnahmen eingeleitet: so etwa durch die Bekämpfung traditioneller Rollenbilder, durch Schwächung der Institution Ehe, durch immer zahlreichere Formen der Empfängnisverhütung, durch Förderung von Abtreibungen bis mittlerweile schon nach der Geburt, u.v.m. Der soziale Niedergang wird durch diese Eingriffe effektiver besiegelt als durch jeden Bombenkrieg. Millionen potentieller "Feinde" werden gar nicht erst geboren.

2. Nationalstaaten

Um ihrer Neuen Weltordnung willen treiben hybride Kriegstreiber gezielt den Untergang aller

bestehenden Nationalstaaten voran. Einmal mehr werden Flüchtlingsströme als "Migrationswaffe" verwendet - übrigens ein sowohl altbekanntes als auch bewährtes Mittel von Militärs und Geostrategen. Ursachen für Migrationswellen liegen in gezielt geführten Kriegen, Konflikten und Revolutionen. So werden unsere Sozialsysteme gleichsam hybrid bombardiert - mit dem Ziel, alle Nationalstaaten zu destabilisieren und sie durch die Errichtung eines einzigen sozialistischen Gesellschaftssystems zu ersetzen.

3. Technologien

Weltführende Wissenschaftler haben für diese Kriegstreiber Technologien entwickelt, mit denen sie die gesamte Menschheit beliebig lenken, nach Belieben krank machen und auch töten können: Atombomben, tödliche Viren als biologische Kampfzettel, Gentechnologien, Überwachungsgeräte an jeder Ecke und im Weltall - und tausenderlei mehr - gehören zu ihrer Standardausrüstung.

4. Gesundheit

Auch auf die Gesundheit zielt die hybride Kriegsführung ab: Fast alle ursprünglich natürlichen Heilmethoden wurden längst zur chemischen Arzneimittelbehandlung umgeleitet. Sollen unter dem Würgegriff der Pharma zunehmend alle Völker gelenkt, nach Belieben eingeschränkt, mit Verboten verhängt, noch restlos ausgeplündert und systematisch ruiniert werden?

Es wird Zeit, all dieses Treiben einmal gründlich zu untersuchen, ob sich hinter der vorgegebenen gesundheitlichen Vorsorge nicht etwa ein hybrider Kriegstreiber verbirgt. Pharma-Industrielle verdienen immerhin täglich Milliarden an unseren Krankheiten. Und obgleich ihre Produkte längst als Hauptursache fast all unserer Krankheiten entlarvt wurden, zeigen sich deren Verfilzungen zu allerlei Großmächten als so teuflisch unnachgiebig, daß bislang keinerlei Änderungen eintreten konnten.

5. Verarmung und Versklavung

Die hybride Kriegstaktik vernichtet gerade weltweit gezielt unsere Wirtschaft - mit Ziel auf die restlose Plünderung, Verarmung und Versklavung aller Völker. Um nur einmal zwei hybride Schachzüge unter tausenden ähnlicher zu nennen: Die zur Geldfälschung ermächtigte Hochfinanz, sprich die FED, reißt sich seit über 100 Jahren täglich Milliarden-Gewinne ohne sachliche Gegenleistung unter den Nagel. Durch immer teuflischere Derivate, sprich Finanzwetten und Börsentricks plündern die mit ihr verfilzten Geldeliten gnadenlos alle Nationen aus, treiben sie gezielt in den Ruin, in die Verarmung - in die totale Versklavung!

Muß die gegenwärtige Corona-Pandemie vielleicht sogar für die gezielte Verschleierung jenes weltweiten Finanz-Kollapses herhalten, der aufgrund kriminellster Finanzwetten entstanden ist? So könnte die Schuld am gerade stattfindenden wirtschaftlichen Totalzusammenbruch gleichsam dem Corona-Virus in die Schuhe geschoben werden.

6. Massenmedien

Seit Jahrzehnten belügen von finsterner Macht gesteuerte Massenmedien die Weltgemeinschaft, so daß bald jeder zweite Mensch der Meinung zustimmt, daß die Presse nicht die Wahrheit berichtet. Wie ist es zugleich möglich, daß sich dennoch nie etwas ändert? Zeigen sich hier derart starke Verfilzungen zu teuflischen Schattenmächten, daß sich keine unabhängige Regierung der Welt gegen sie zu erheben wagt?

7. Bildung

Eine weitere hybride Attacke zielt auf unsere Bildung. Ist der totale Zusammenbruch unserer Bildungssysteme das Ziel? Durch zum Beispiel unkontrollierte Migration, durch die zunehmend künstliche Intelligenz auf dem Weg der Digitalisierung? Bildungsermächtigte zwingen zumindest schon einmal weltweit unsere Kinder in Frühsexualisierung, in den Gender-Wahnsinn und vielerlei mehr.

Sollten eines Tages irgendwelche übergeordneten Mächte den Weltnetzstecker ziehen, zeigten

sich dann nicht alle Völker in einem Moment als verdummt? Ein rasender Bildungszerfall ist daher im Ansturm. Der künftige Mangel an zuverlässigen Arbeitskräften ist voraussehbar. Ist der Totalzusammenbruch von Infrastruktur und Wirtschaft Programm? Die UNO und ihre hörigen Politiker treiben zumindest schon einmal allerlei sabotageähnliche Maßnahmen und Gesetze voran.

8. Wirtschaft

Auch unsere gesamte Wirtschaft steht im Kreuzfeuer dieser neuartigen, verdeckten Kriegsführung. Haben es die Saboteure unter dem Deckmantel des Umweltschutzes und der Reduzierung von CO2 gezielt auf unsere gesamte Produktion und den Konsum abgesehen? Zumindest wurde die gegenwärtige Klima-Hysterie mit Gruppen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion von langer Hand geplant: Schon 2016 erschien das am grünen Tisch erarbeitete Strategiepapier "Wie man die Öffentlichkeit in den Notfallmodus führt".

"The Climate Mobilization" - eine US-amerikanische Gruppe hinter dem Strategiepapier - fördert die totale Mobilmachung der Gesellschaft zur Bekämpfung des angeblich menschengemachten Klimawandels. ... (Quelle: <https://www.theclimatemobilization.org/emergency-mode>) Die USA diktiert durch sie wieder das Vorbild: Die ganze Gesellschaft soll ihre individuellen Bedürfnisse für das große Ziel der Neuen Weltordnung unter dem Vorwand der Klimarettung opfern.

9. Energieversorgung

Auch unsere Energieversorgung liegt im Fadenkreuz der hybriden Kriegstreiber. Deutschland und Westeuropa verlieren durch ihren Atom- und Kohle-Ausstieg gerade ihre Energie-Souveränität. Die untergejubelten "erneuerbaren, aber ineffizienten Energien" führen dabei gezielt in die totale Abhängigkeit von Energie-Importen.

10. Nahrungsversorgung

Nicht einmal vor unserer Nahrungsversorgung macht die verdeckte Kriegsführung halt: Landwirtschaftliche Produktionen werden immer mehr durch Vorschriften und Auflagen eingeschränkt. Folge davon ist das Bauernsterben und die sinkende Produktion von Nahrungsmitteln.

In dieser Weise könnte man noch vieles aufzählen: die hybride Kriegsführung gegen unsere Verkehrsplanungen und Infrastrukturen, gegen Natur und Wetter, gegen alle konservativen Trends in der Politik, gegen jede Religion außer gegen den Satanismus, den Angriff auf unsere Gesundheit durch flächendeckenden Mobilfunkausbau, welcher durch 5G noch drastisch verstärkt wird und fatale Folgen auch auf die Tier- und Pflanzenwelt haben wird, usw. usf.

Bezüglich aller Angriffsziele muß zusammenfassend festgestellt werden, daß sie systematisch den Ratschlag von Sun Tsu umsetzen.

Sun Tsu war ein chinesischer Kriegsstratege der Antike, der schon etwa 500 Jahre vor Christus schrieb: "Die größte Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf zu brechen: Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist. Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen. ... Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes. Hetzt die Jungen gegen die Alten. Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung, die Ordnung der feindlichen Streitkräfte. Entwertet alte Überlieferungen und Götter ..."

Abschließend also noch zur Frage, wie die Völker aus dem Würgegriff ihrer besessenen Angreifer befreit werden können.

Das Geheimnis eines erfolgreichen Exorzisten, sprich Teufelsaustreibers, liegt bekanntlich in seinem gestählten, sprich unerschütterlichen Willen.

Richtet er diesen gezielt gegen eingemietete Dämonen aus und befiehlt jenen, aus dem Besessenen herauszukommen, erzeugt er damit eine geistliche Feuersbrunst und die Dämonen fliehen in Panik. Genau dasselbe wird daher geschehen, sobald die unter dem hybriden Krieg ge-

peinigten Völker das diabolische Spiel durchschauen und Kraft ihres vereinigten Willens allen teuflischen Werken und dadurch Mächten den Riegel vorschieben.

Die synergische Entschlossenheit der Völker wird gleichsam jene stählerne Kette um den Teufel winden, wie es schon vor 2.000 Jahren prophetisch skizziert wurde.

Offenbarung 20 bringt die Entmachtung der Wurzel allen Übels mit folgendem Bild zum Ausdruck: "Und ich sah einen Engel aus dem Himmel herabkommen, der den Schlüssel des Abgrundes und eine große Kette in seiner Hand hatte. Und er ergriff den Drachen, die alte Schlange, die der Teufel und der Satan ist; und er band ihn für tausend Jahre und warf ihn in den Abgrund und schloß zu und versiegelte über ihm, damit er nicht mehr die Nationen verführe ..." (V. 1-3).

Die geschundene Menschheit sollte allerdings nicht passiv darauf warten, bis irgendein Engel vom Himmel herabschwebt und diesen Job für sie ausführt - die erwachten Völker selber sind letztlich mit dieser Kette gemeint. Der Engel, wörtlich Gesandte, symbolisiert nur unser Zeitalter der Überwindung des Unbezwingbaren. Die aufrichtigen Völker selber aber sollen zu jener unüberwindbaren Kette, sprich allseitigen Einheit gegen hybride Bösewichte werden.

Zu dieser Kette werden sie, wann immer sie gründlich über die hybride Tragik aufgeklärt werden. Zunehmend machen sie sich bereits in vereint stählernem Willen gegen diese üblen Werke und Mächte auf. Und auf diese Weise entziehen sie den Kriegstreibern unweigerlich jede teuflisch gesponserte Energie, jeden fremd verliehenen Mut, jede satanische Phantasie und Visualisierungsmacht.

So geraten die zuvor Unbezwingbaren unaufhaltsam in geistige Schockstarren, versinken über Nacht in Furcht und Schrecken, in Verzagtheit und Ohnmacht. Die vereinigte Willenskraft der Völker und ihr synergischer Ruf des Guten soll, kann und wird all dem benannten Spuk ein Ende machen. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Januar 2021: >>**Verflechtungen im Hintergrund**

Der Publizist Wolfgang Effenberger über Strippenzieher der Politik von EU und Nato

Jörg Schierholz

Wir leben in einer Zeit eines historischen Umbruchs. Spätestens seit Erscheinen der erfolgreichen, aber als geschichtsrevisionistisch verketzerten Werke Christopher Clarks "Die Schlafwandler", Herfried Münklers "Der Große Krieg: Die Welt 1914 bis 1918" und Wolfgang Effenbergers/Willy Wimmers "Die Rückkehr der Hasardeure" konnte der Blick dafür geschärft werden, daß einige der bis in die Gegenwart hineinwirkenden historischen Ereignisse, vor allem die Ursachen des Ersten Weltkrieges, nicht so gewesen sein können, wie es von offizieller Seite diktiert wird.

Das "Schwarzbuch EU & Nato. Warum die Welt keinen Frieden findet" bringt die aktuellen globalen gesellschaftlichen Veränderungen unseres kulturellen, sozialen und politischen Zusammenlebens in eine Verbindung mit den derzeitigen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, basierend auf der Gründungsgeschichte der EU und der Nato. Angefangen mit der einflußreichen Familie Dulles, Jean Monnet, Richard Coudenhove-Kalergi bis zu Winston Churchill werden entscheidende Persönlichkeiten und ihre Nähe zu den relevanten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungszirkeln - immer in Verbindung mit der Hochfinanz - und ihre Rolle für die Nato und die EU im Detail beschrieben.

Von der Truman-Doktrin, dem Marshall-Plan, dem bis heute wegweisenden National Security Act bis zur Gründung der CIA in den USA werden die Aktivitäten, die damals starken kommunistischen Bewegungen gerade in Frankreich, Italien und Griechenland zu bekämpfen, in eine Linie mit der zu Beginn rein wirtschaftlichen Verflechtung der europäischen Nationen gebracht.

Vom Brüsseler Militärpakt, der zuerst gegen ein wiedererstarkendes Deutschland und später

gegen die Sowjetunion gerichtet war, bis zur Gründung der Nato 1949 in Washington (1955 folgte die Gründung des Warschauer Paktes) und des Europarates - der Autor beschreibt die Hintergründe der Entstehung der beiden Deutschlands auf der Basis dieser Weichenstellungen. Eher unbekannt ist beispielsweise, daß die US-Streitkräfte anfangs ohne Wissen der Adenauer-Regierung in Deutschland Atomwaffen stationierten. Heute wissen wir, daß die atomaren Taktik- und Strategieszenarien der Nato im Kriegsfall zur völligen Auslöschung Deutschlands geführt hätten.

Von der Strategie der "Flexiblen Erwidern" über die Kuba-Krise bis zur Friedensbewegung und dem heißen Herbst 1983 zur janusköpfigen Unterstützung von Saddam Hussein beim Irakisch-Iranischen Krieg und dann im ersten und zweiten Golfkrieg gegen den Irak - Wolfgang Effenberger beschreibt im Detail, wie USA/Nato immer wieder über gezielte Fehlinformationen die Öffentlichkeit über ihre wirklichen Absichten täuschten.

Die Hintergründe der Kriege in Jugoslawien und der Weg zum ersten völkerrechtswidrigen Krieg Deutschlands im Dienste der Osterweiterung der Nato, die "Regime-Change-Aktivitäten" in Libyen, beim Arabischen Frühling, in Syrien und in der Ukraine bis zur kritischen Rolle und Finanzierung der Weißhelme werden kenntnisreich erläutert.

Hintergründe jenseits von Verschwörungstheorien

Der Autor gewährt einen Einblick in die strategische Rolle der NGOs und deren Verbindungen zum Multimilliardär und Finanzmarktspekulanten George Soros und seiner Open Society Foundation sowie der EZB-Chefin Christine Lagarde und der ins Amt getricksten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Vom 9/11 US Patriot Act über die Einschränkung der Bürgerrechte bis zur Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Propagandamaßnahmen; der Absicht, die Impfmaßnahmen global zu überwachen, bis hin zur Bargeldabschaffung, der dahinterstehenden Bill Gates Foundation und dem "Great Reset" von WEF-Chef Klaus Schwab - Wolfgang Effenberger hat hier vorbildlich Fakten zusammengetragen, die mögliche Erklärungsmuster für einige unverständliche Maßnahmen bieten.

Die Migrationskrise und die vom ehemaligen Goldman-Sachs-Manager und UNHCR-Chef Peter Sutherland verantwortete drastische Kürzung der Versorgung der syrischen Flüchtlingslager, gebilligt von Angela Merkel und Barack Obama, lassen diese angeblich "schicksalhafte, unvorhersehbare" humanitäre Katastrophe in einem völlig anderen Licht erscheinen.

Dieses Buch hat eine unerhörte Informationsdichte, ist eine unerschöpfliche Quelle wichtiger Hintergrundinformationen der jüngeren europäischen Geschichte, mit Hunderten von Literaturangaben, die es möglich machen, daß ein kritischer Leser auch die Primärquellen nachvollziehen kann. Wer Erklärungsmuster für die neuere europäische Geschichte und deren supranationale Institutionen abseits des Mainstreams sucht, aber für abstruse Verschwörungstheorien wenig übrig hat, ist mit diesem Buch bestens bedient.

Nach dem Durcharbeiten dieses Werkes bleibt dem Leser vielleicht auch das Nato-Motto im Gedächtnis hängen: Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.

Wolfgang Effenberger: Schwarzbuch EU & Nato. Warum die Welt keinen Frieden findet. Verlag zeitgeist Print & Online, Höhr-Grenzhausen 2020 ...<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18413"](https://www.klagemauer.tv/18413) berichtete am 28. März 2021 (x1.049/...): >>>**Pandemien als neue Ära verdeckter Kriege?**

Wenn man dem sehr spannenden Vortrag des Autors und Journalisten Paul Schreyer folgt, kommt man zu dem Schluß: Die Coronavirus-Pandemie kam nicht aus heiterem Himmel! In den letzten 30 Jahren wurde das Szenario rund um mögliche Pandemien in Bio-Terror-Planspielen durchgeprobt. Diese Sendung hebt einen kleinen Ausschnitt des Vortrages chronologisch und sachlich hervor, wie es zu diesen Übungen kam, wer sie organisierte und welche Parallelen zwischen den Drehbüchern und unserer aktuellen Situation bestehen.

Paul Schreyer, Autor, Journalist und Verfasser kritischer Sachbücher, spricht in seinem Vortrag "Pandemie-Planspiele - Vorbereitung einer neuen Ära?" über die politische Entwicklung nach dem Ende der Ära des Kalten Krieges 1945-1990. Diese Zeit war geprägt von realer Angst vor einem Atomkrieg. Der Osten und der Westen waren hochgerüstet und bedrohten sich gegenseitig mit der totalen Vernichtung. Doch dann zerfiel die Sowjetunion, symbolisiert 1990 durch den Berliner Mauerfall. Die Welt atmete erleichtert auf und war auf Frieden ausgerichtet, die US-Regierung dagegen machte sich Gedanken, wie man jetzt noch Militärausgaben rechtfertigen könnte, da doch der Feind plötzlich weggebrochen war.

Wie der Bevölkerung klarmachen, daß es weiterhin ein starkes Militär mit großen Rüstungsausgaben und Waffensystemen brauche? Die Anschläge auf das World Trade Center 1993 und auf das Regierungsgebäude in Oklahoma 1995 leiteten dann eine neue Kriegs-Ära ein, den "Kampf gegen den Terror", der eine Blutspur über weite Teile der Welt zog. Die US-Regierung fand nun mit Unterstützung der Medien Zustimmung bei der Bevölkerung, daß erhöhte Verteidigungsausgaben für biologische und chemische Waffen nötig geworden seien, so Schreyer.

Einer der führenden Biowaffenexperten, Oberst Robert Kadlec, hob 1998 in einem Pentagon-internen Strategiepapier die "Vorzüge" biologischer Waffen wie folgt hervor: "Werden biologische Waffen unter der Tarnung einer räumlich begrenzten oder natürlich auftretenden Seuche benutzt, läßt sich ihr Einsatz glaubwürdig abstreiten ... Das Potential, schwere wirtschaftliche Verluste und in der Folge politische Instabilität auszulösen, verbunden mit der Möglichkeit, den Einsatz glaubwürdig abstreiten zu können, übertrifft die Möglichkeiten jeder anderen bekannten Waffe."

Im selben Jahr 1998 wurde in den USA mit dem Geld einer Milliardärs-Stiftung das "Center for Health Security", zu Deutsch "Zentrum für Gesundheitssicherheit", gegründet, angegliedert an die Johns-Hopkins-Universität. Nur ein Jahr später begann dieses "Zentrum für Gesundheitssicherheit", Übungen mit so genannten Bioterror-Planspielen abzuhalten. Paul Schreyer nahm diese unter die Lupe. Ihre Namen klingen wie aus futuristischen Filmen: "Dark Winter", "Global Mercury", "Atlantic Storm", "Clade X" und im Oktober 2019 dann die Übung "Event 201". Zu Letzterem lohnt es sich einen näheren Blick draufzuwerfen: Organisiert war sie wiederum vom "Center for Health Security".

Mitveranstalter waren die Gates-Stiftung, das World Economic Forum sowie US-Pharma- und Medienkonzerne. Bei dieser Übung wurde eine Coronavirus-Pandemie durchgespielt, auch mit Blick auf die Öffentlichkeitsarbeit. Es heißt in den Unterlagen zu dieser Übung: "Regierungen werden mit Medienunternehmen zusammenarbeiten müssen, um geschicktere Ansätze zur Bekämpfung von Fehlinformationen zu erforschen und zu entwickeln.

Dazu muß die Fähigkeit entwickelt werden, die Medien mit schnellen, genauen und konsistenten Informationen zu überfluten ... Die Medienunternehmen ihrerseits sollten sich verpflichten, dafür zu sorgen, daß amtlichen Botschaften Vorrang eingeräumt wird und daß falsche Botschaften unterdrückt werden, auch mit Hilfe von Technologie."

Zusammenfassend kann man sagen, daß hier Pandemie-Szenarien geprobt und fortlaufend weiterentwickelt wurden, bei denen die Auswirkungen von Krankheit und Impfung auf die Bürger eine zentrale Rolle spielten. Beteiligt an diesen Planspielen waren hochrangige Behörden- und Regierungsvertreter sowie bekannte Journalisten, zuletzt auch Vorstandsmitglieder großer Weltkonzerne.

Bei allen Übungen spielte auch die Einschränkung der Bürger- und Freiheitsrechte eine Rolle. Im Jahr 2020 rief die WHO dann tatsächlich eine Coronavirus-Pandemie aus. Viele der jahrelang in den Planspielen geprobt und diskutierten Maßnahmen wurden inzwischen global umgesetzt. Kann man vor diesem Hintergrund noch an eine "zufällige" Pandemie glauben?<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18963" berichtete am 9. Juni 2021 (x1.049/...): >>Hybride Kriegswaffe - CO2-Gesetz! - von Ivo Sasek

Am 13. Juni 2021, also schon diesen Sonntag, stimmen die Schweizer über ein neues CO2-Gesetz ab. Ein JA oder NEIN von selten großer Tragweite: Ein JA gleiche einer Überflugs-Erlaubnis für angreifende Bombengeschwader. Ein NEIN zum neuen CO2-Gesetz gleiche einem strikten Überflug-Verbot derselben, meint Ivo Sasek, und begründet es auch.

Am 13. Juni 21, also schon diesen Sonntag, stimmen wir Schweizer über ein neues CO2-Gesetz ab. Ein Ja oder Nein von selten großer Tragweite: Ein JA gleicht einer Überflugs-Erlaubnis für angreifende Bombengeschwader. Ein NEIN zum neuen CO2-Gesetz gleicht einem strikten Überflug-Verbot derselben. In zahlreichen Kla.TV-Sendungen haben wir ja aufgedeckt, daß die ganze CO2-Geschichte Teil einer wirklich umfänglichen hybriden Kriegsführung ist.

Hybrid meint übrigens verdeckt, hinterhältig, von ganz neuer Art, kaum wahrnehmbar. Wir müssen dringend aufwachen und begreifen, daß das Ausbleiben von Gewehrschüssen und Bombenhagel längst nicht mehr bedeutet, daß deshalb auch kein Krieg tobt!

Der Sonderdruck der Schweizerzeit titelt daher völlig zu Recht: "Mit dem CO2-Gesetz kommt das KMU-Massensterben!" Wenn auch keine Bomben fallen, kommt es doch zu Massensterben aller möglicher Art. Gerade die KMU, sprich die kleinen und mittleren Unternehmungen befinden sich insbesondere seit Corona im Fadenkreuz hybrider Lockdown-Politiker. Und wie in jedem Krieg steht auch im hybriden Krieg die psychische Vernichtung des Feindes an erster Stelle. Angegriffen wird aber letztlich kurzerhand einfach alles, was wir uns über Jahrhunderte erarbeitet haben, so etwa unsere Nationalstaaten durch gezielt verursachte Flüchtlingsströme z.B. mit all diesen Folgen.

Auch unsere Gesundheit wird bald jährlich attackiert durch WHO-verordnete Virenpaniken wie etwa die Vogel- oder die Schweinegrippe, Ebola, SARS, Zika und jetzt gerade Corona mit all diesen Folgen und aufgedrückten Giftcocktails, sprich Impfungen. Unsere autarke Energieversorgung wird attackiert durch immer mehr aufgezwungene, aber völlig ineffiziente "erneuerbare Energien", sogenannte, ja, die absolut unausweichlich nichts als unsere Abhängigkeit von Energie-Importen zur Folge haben. Unsere autarke Nahrungsversorgung geht gerade auf ähnlicher Weise flöten, ebenso unsere Bildung, unsere Moral, Ethik und all dergleichen.

Doch jetzt zurück zur hybriden Kriegsführung. Man könnte auch sagen zum nächsten Great-Reset-Akt, und zwar via neuem CO2-Gesetz. Seite 2 des Schweizerzeit-Sonderdrucks prognostiziert in geradezu prophetischer Klarheit, welchen Zusatzabgaben, sprich Abzock-Gelüsten wir gerade Tür und Tor öffnen, wenn wir diesen Sonntag, also 13. Juni 21, nicht ein klares NEIN in die Urne legen: Denn die willfährigen Handlanger jener ausländischen Angreifer, die das neue CO2-Gesetz überhaupt inszeniert haben, propagieren ja bereits ihre nächsten Ziele, versteht ihr?

Wenn wir also kein NEIN in die Urne legen, können wir schon einmal unsere Geldbeutel zumindest bereitlegen, denn genau solchen Nachfolgeprojekten wären dann Tür und Tor geöffnet wie etwa diese, ja?! Benzin könnte schon bald jede Familie zusätzliche 500 Franken pro Jahr kosten, Heizöl pro Jahr etwa 2.200 Franken pro Haushalt und Jahr. Die bereits von Sommaruga ausgearbeitete Straßenbenutzungsgebühr soll uns dann 1.000 Franken pro 10.000 km kosten. Rechnet mal nach! Die Abgabe für die Nutzung von Atomstrom, der übrigens CO2 frei wäre, 500 Franken mehr im Jahr. Seht ihr, eine Solarstromverpflichtung könnte dazukommen, schon bald weitere 2.600 Franken pro Haushalt pro Jahr.

Auch Steuerabzüge für Kinder, die ja zunehmend als reine Energie-Verschleuderer stigmatisiert werden, dürfte es schon bald nicht mehr geben. Flugpreise können sich als Folge schon bald verdoppeln. Also können nur noch Reiche fliegen, heißt das. Bei alledem haben wir noch nicht einmal von dem geforderten Verbot von Benzinautos und Ölheizungen und dergleichen

geredet, die wiederum eine Explosion von Mehrkosten zur Folge hätten. Das kann man gar nicht mehr nachrechnen, ja?! Es wird einfach wirklich schweinetuer.

Dasselbe begehren die Great-Reset-Profiteure übrigens via CO2-Gesetze in aller Welt, also nicht nur in der Schweiz. Wer aber sind diese Profiteure? Alles hier aufzuzählen würde den Rahmen sprengen, ginge zu weit. Aber die Schweizerzeit nennt auf Seite 3 Ross und Reiter einiger CO2-Profiteure.

Wer diesen Sonntag, 13. Juni, ein NEIN in die Urne legt, erteilt also gleichsam all solchen CO2-Geschwadern ein richtig scharfes Überflugverbot. Übrigens: Wer Top-Alternativen zur Mainstream-Presse sucht und weit mehr über hybride Kriegsführung usw., ihre Drahtzieher und dergleichen erfahren will: In der Expresszeitung und der Schweizerzeit findet ihr einfach alles - die Anschriften findet ihr unten im Sendungstext. So, das war's auch schon.

Ich bin Ivo Sasek und ich sage "Nein!" zum neuen CO2-Gesetz.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19326" berichtete am 20. Juli 2021 (x1.049/...): >>>Global Governance - ein stiller Staatsstreich! Übernehmen Konzerne die nationalen Regierungen?

Nicht das Wohl und die Sicherheit für die Weltbevölkerung steht hinter den langfristigen Plänen des Global Governance. Die tatsächlichen Profiteure des Gesellschaftsmodells sind die Konzerne und Großunternehmen. Wollen wir unsere Zukunft in ihre Hände legen?

Kla.TV berichtete unlängst, was sich hinter den Kulissen von Corona ausweitet. Unter dem Titel "Die Drohende Freiheitsberaubung" zeigt der bekannte US-Politiker, Arzt und Autor Ron Paul den Einfluß der Multi-Stakeholder-Gremien auf, wodurch Regierungen der nationalen Staaten keine regierende Rolle mehr spielen. Ron Pauls Warnungen werden im nachfolgenden Interview über den sogenannten "Global Governance" von Lynn Fries mit Nick Buxton bekräftigt.

Nick Buxton ist ein erfahrener Kommunikationsberater, Redakteur, Buchautor sowie Gründer und Chefredakteur von TNI (TRANS NATIONAL INSTITUTE), einer internationalen Denkfabrik für Forschung und Interessenvertretung. Erfahren Sie mehr darüber, wie Konzerne Politik und deren Richtung bestimmen und kontrollieren.

Nachfolgend die Übersetzung des Videos: LYNN FRIES: Hallo und herzlich willkommen. Ich bin Lynn Fries, Produzentin von Global Political Economy oder GPNewsdocs. Heute ist Nick Buxton bei mir. Er wird uns einen Überblick über den Kontext von "The Great Reset" geben, einer Initiative des Weltwirtschaftsforums, die darauf abzielt, das weltweite System der Global Governance neu zu gestalten.

Eine weltweite Bewegung, die nicht nur Grenzen überschreitet, sondern alle Gesellschaftsschichten, vom Bauern bis zum Techniker, kämpft gegen diese Initiative mit der Begründung, daß sie eine große Gefahr für die Demokratie darstellt. Wichtige Stimmen aus der Gesundheits-, Ernährungs-, Bildungs-, indigenen Völker- und High-Tech-Bewegung erklärten in The Great Take Over: How we fight the Davos capture of global governance, einem kürzlich vom Transnational Institute veranstalteten Webinar, warum.

Der heutige Gast, Nick Buxton, ist Redakteur für Publikationen und Koordinator der Future Labs am Transnational Institute. Er ist der Gründer und Chefredakteur des TNI-Flaggschiffs State of Power Report. Herzlich willkommen. Nick.

NICK BUXTON: Vielen Dank, Lynn.

FRIES: Das Transnational Institute war Mitorganisator des Webinars "The Great Takeover". Also, wogegen mobilisieren Sie, indem Sie sich dieser Great Reset Initiative entgegenstellen.

BUXTON: Worüber wir wirklich besorgt sind, ist, daß diese Initiative des Weltwirtschaftsforums tatsächlich darauf abzielt, die Macht derjenigen zu stärken, die am meisten für die Krisen verantwortlich sind, mit denen wir konfrontiert sind. In vielerlei Hinsicht ist es ein Trick. Es ist ein Taschenspielertrick, um sicherzustellen, daß die Dinge so bleiben, wie sie sind; daß

sie so weitergehen wie bisher.

Das wird mehr von diesen Krisen schaffen, mehr von diesen Pandemien, wird die Klimakrise vertiefen, was die Ungleichheit vertiefen wird. Es ist überhaupt kein Great Reset. Es ist eine große Firmenübernahme. Und das ist es, worauf wir die Aufmerksamkeit lenken wollten.

Was wir in den letzten Jahren herausgefunden haben, ist, daß es wirklich etwas gibt, das ich als eine Art globalen, stillen Staatsstreich bezeichnen würde, der in Bezug auf die Global Governance im Gange ist. Die meisten Menschen sehen es nicht.

Und die Menschen haben sich daran gewöhnt, daß die Konzerne viel mehr Einfluß haben und in die Politikgestaltung auf nationaler Ebene eingebunden werden. Sie sehen das mehr vor sich. Die Menschen sehen, wie ihre Dienstleistungen privatisiert werden. Sie sehen den Einfluß der Ölkonzerne oder des Bankensektors, der Maßnahmen wie die Regulierung von Banken oder den Umgang mit der Klimakrise verhindert hat.

Was die Menschen nicht erkennen, ist, daß auf globaler Ebene etwas viel Stilleres vor sich gegangen ist. Nämlich, daß die Governance, die früher von den Nationen ausgeübt wurde, jetzt zunehmend von nicht rechenschaftspflichtigen Gremien übernommen wird, die von Konzernen dominiert werden. Und ein Teil des Problems ist, daß dies in vielen verschiedenen Sektoren passiert, aber die Menschen haben die Zusammenhänge nicht erkannt.

Deshalb haben wir im letzten Jahr versucht, mit Leuten aus der Gesundheitsbewegung zu sprechen, mit Leuten, die in der öffentlichen Bildung tätig sind, mit Leuten, die im Lebensmittelsektor tätig sind, um zu fragen, was in ihrem Sektor passiert.

Und was wir herausgefunden haben, ist, daß in jedem dieser Sektoren globale Entscheidungen, die früher von Gremien wie der WHO oder wie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation diskutiert wurden, zunehmend von diesen nicht rechenschaftspflichtigen Gremien getroffen wurden.

Nur um ein Beispiel zu nennen, wir haben jetzt die globale Pandemie und eines der wichtigsten Gremien, das jetzt die Entscheidungen trifft, ist eine Einrichtung namens COVAX (COVID-19 Vaccines Global Alliance). Man könnte meinen, daß die globale Gesundheit von der Weltgesundheitsorganisation geleitet werden sollte. Sie ist gegenüber den Vereinten Nationen rechenschaftspflichtig. Sie hat ein System der Rechenschaftspflicht.

Nun, was tatsächlich passiert, ist, daß die Weltgesundheitsorganisation nur einer von wenigen Partnern ist, aber in Wirklichkeit (COVAX) wird sie von Konzernen und Konzerninteressen kontrolliert. In diesem Fall ist es GAVI (The Vaccine Alliance, früher bekannt als die Global Alliance for Vaccines & Immunization) und CEPI (The Coalition for Epidemic Preparedness Innovations).

Und das sind beides Gremien, die kein System der Rechenschaftspflicht haben. Es ist nicht klar, wer sie ausgewählt hat, wem gegenüber sie rechenschaftspflichtig sind oder wie sie zur Rechenschaft gezogen werden können. Und was wir sehen, ist, daß es in jedem dieser Gremien eine Menge Unternehmenseinfluß gibt.

In diesem Webinar ging es darum, all diese Sektoren zusammenzubringen, die diesen stillen Staatsstreich in ihrem eigenen Sektor erlebt haben, um ihn aufzuzeigen. Und so ist eines der Dinge, die Sie im Webinar sehen werden, diese Auflistung der verschiedenen Sektoren, die diese Entwicklung beobachten.

Die Idee ist, ein globales Bild davon zu vermitteln, daß dies etwas ist, was passiert. In den letzten 20 Jahren sind mehr als hundert dieser so genannten Multi-Stakeholder-Gremien entstanden.

Und es gab sehr wenig, das zur Kenntnis zu nehmen und eine Bestandsaufnahme dessen zu machen, was sich abzeichnet. Und was sich abzeichnet, ist dieser stille globale Staatsstreich.

FRIES: Im großen Bild, das Sie bekommen, sehen Sie also, daß sich ein globaler Staatsstreich im Stillen entwickelt hat. Und im Zentrum steht die Hinwendung zum Multi-Stakeholder-

Modell der Global Governance. Und daß dies das Modell ist, das den Weg und den Mechanismus einer unternehmerischen Entführung der globalen und nationalen Regierungsstrukturen darstellt.

Die Agenda des Weltwirtschaftsforums paßt in all dies, da das WEF natürlich eine der mächtigsten Multi-Stakeholder-Institutionen der Welt ist. Nick, um zu erklären, was das alles bedeutet, lassen sie uns mit einigen ihrer Gedanken über die Geschichte beginnen, wie wir hierher gekommen sind.

BUXTON: Ich denke, was wir in den Neunzigern hatten, war sozusagen der Höhepunkt des Neoliberalismus. Wir hatten die wachsende Rolle der Konzerne und die Deregulierung des Staates. Und das begann im Jahr 2000 mit dem Global Compact, zu dem die UN die Unternehmen einlud.

Und die Idee war, daß wir die Unternehmen einbeziehen müssen; erstens, weil wir private Finanzmittel brauchen - das wurde zu einer Art Mantra. Wir müssen also die Unternehmen einbeziehen, sie können Teil der Lösung sein. Es war also teilweise die Finanzierung. Es war zum Teil der Rückzug der Staaten aus der globalen Zusammenarbeit. Und das hat dazu geführt, daß Unternehmen in die Global Governance eingeladen wurden, in diese Art von Gremien.

Das ging Hand in Hand mit dieser ganzen Bewegung, die sich Corporate Social Responsibility (CSR) nennt. Daß Unternehmen nicht nur für den Profit da sind. Sie können auch sozial verantwortliche Akteure sein. Und so präsentierten sich die Unternehmen zunehmend nicht nur als Unternehmen, sondern als globale Bürger.

Und eines der wichtigsten Vehikel dafür war natürlich das Weltwirtschaftsforum, das durch Klaus Schwab und seine gesamte Arbeit die Idee artikuliert hat, daß Unternehmen erstens sozial verantwortlich sein sollten. Und zweitens sollten sie als Teil davon als soziale Einrichtungen behandelt werden und in die Unternehmensführung und Entscheidungsfindung integriert werden.

Daß wir uns von dem, was als eine Art antiquierter staatlich geführter multilateraler Ansatz angesehen wurde, zu einem viel agileren Governance-System bewegen müssen. Und das ist wiederum das Mantra, daß der private Sektor effizient ist. Wenn man den privaten Sektor in die Entscheidungsfindung einbezieht, würde man schnellere Entscheidungen erhalten. Sie würden agile Entscheidungen bekommen. Man würde bessere Entscheidungen bekommen. So kam das alles zusammen. Und in gewisser Weise wird es sogar noch weiter konsolidiert.

Die Ironie dabei ist, daß nationalistische Regierungen an die Macht gekommen sind, wie z.B. Trump "America first in the world" oder Modi "India first", die zwar eine nationalistische Agenda verkünden, aber die Rolle der Unternehmen in keiner Weise in Frage stellen.

Und da sie sich aus multilateralen Foren wie den Vereinten Nationen zurückgezogen haben, haben sie ein Vakuum hinterlassen, das die Konzerne ausfüllen konnten. Die Konzerne sagen jetzt: Wir können die globalen Akteure sein. Wir können die verantwortlichen Akteure sein. Wir sind diejenigen, die die großen Krisen angehen können, mit denen wir konfrontiert sind, wie zum Beispiel die Ungleichheit, der Klimawandel, die Pandemie.

Wir haben also wirklich eine Konvergenz der Kräfte erlebt, die zusammenkommen, während sich die Staaten zurückgezogen haben und die Unternehmen das Vakuum gefüllt haben.

FRIES: Sie haben vorhin erwähnt, daß das Weltwirtschaftsforum eines der wichtigsten Vehikel für diese Ideen war. Das WEF hat auch viel getan, um dieses Vakuum, von dem Sie sprechen, zu füllen. TNI berichtet, daß die WEF Global Redesign Initiative, die bis ins Jahr 2009 zurückreicht, etwa 40 Global Agenda Councils und Gremien aus dem Industriesektor geschaffen hat. In der Sphäre der Global Governance schuf das WEF also Raum für Unternehmensakteure im gesamten Spektrum der Governance-Themen, von der Cybersicherheit bis zum Klimawandel, um nur einige zu nennen.

BUXTON: Ja, die Global Redesign Initiative war eine der ersten Initiativen, die das Weltwirtschaftsforum im Gefolge der Finanzkrise ins Leben gerufen hat. Und ihre Idee war, daß wir ein ineffizientes multilaterales System, das nicht in der Lage war, Probleme zu lösen, durch eine neue Form von Dingen ersetzen müssen. Sie sagten also, daß wir anstelle des Multilateralismus, bei dem die Nationen in globaler Zusammenarbeit Entscheidungen treffen, einen Multi-Stakeholder-Ansatz brauchen, der alle interessierten Parteien in kleinen Gruppen zusammenbringt, um Entscheidungen zu treffen.

Und die Global Redesign Initiative war wirklich ein Modell dafür. Sie versuchten zu sagen: Okay, wie lösen wir Fragen wie die der Steuerung der digitalen Wirtschaft. Und ihre Antwort darauf ist: Wir bringen die großen Tech-Unternehmen zusammen, wir bringen die Regierungen zusammen und wir bringen ein paar Akteure der Zivilgesellschaft zusammen und wir werden ein System ausarbeiten, das Sinn macht. Und so etwas Ähnliches gab es auch bei all diesen anderen Redesign Councils. Wirklich ihre Modelle, wie sie denken, daß Governance gemacht werden sollte.

Und einige von ihnen sind nicht nur Modelle geworden. Sie sind tatsächlich zu einer realen Sache geworden. So sind viele der Multi-Stakeholder-Initiativen, die wir heute sehen, aus einigen dieser Councils hervorgegangen. Die Coalition for Epidemic Preparedness (CEPI The Coalition for Epidemic Preparedness Innovations), eine der wichtigsten, die COVAX jetzt als Reaktion auf die Pandemie anführt, wurde auf dem Weltwirtschaftsforum gegründet. Das Weltwirtschaftsforum wird jetzt also zur Startrampe für viele dieser Multi-Stakeholder-Gremien

FRIES: Wir sollten auch beachten, daß das Weltwirtschaftsforum eine sehr gut finanzierte Startrampe ist. Wie es in den Power Points aus dem Webinar "The Great Takeover" heißt, zahlen Konzerne keine Steuern, sondern "spenden" an Multi-Stakeholder-Institutionen. Das WEF wird natürlich von mächtigen Konzernen und Wirtschaftsführern finanziert. Die Power Points wiesen auch darauf hin, daß die Bill & Melinda Gates Foundation einer der Hauptfinanziers von Multi-Stakeholder-Institutionen ist.

Im Gegensatz dazu werden multilaterale Institutionen aufgrund der sinkenden Unternehmenssteuereinnahmen der Nationalstaaten nicht mehr finanziert. Das reguläre UN-Budget, das das Rückgrat der Finanzierung für die multilateralen Prozesse der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung ist, hat einen schweren Schlag erlitten, da es von staatlichen Gebern abhängt. Vielleicht können Sie etwas zu den Auswirkungen dieser sich verändernden Dynamik zwischen Unternehmen und Nationalstaaten sagen.

BUXTON: Ja. Ja, ich denke, was wir sehen, ist, daß die Konzerne immer mächtiger geworden sind und damit die Kapazitäten des Staates geschwächt haben. Sie haben also die Steuerbasis reduziert. Sie wissen, daß die Körperschaftssteuersätze für die meisten Unternehmen dramatisch gesunken sind und noch mehr Billionen in Steuerparadiese abgeschöpft werden.

Also hat sich die gesamte Steuerbasis der Unternehmen, die früher eine viel größere Rolle bei der Finanzierung des Staates gespielt hat, verringert. Gleichzeitig ist ihr Einfluß auf die Politik, die den Konzernen zugute kommt, gestiegen. Sie reduzieren also die Regulierungen, die auf ihnen lagen. Sie reduzieren alle Kosten, die ihnen früher auferlegt wurden. Es kam also zu einer Schwächung des Staates und einer Stärkung der Konzerne.

Und was auf der Ebene der Global Governance passiert ist, ist, daß sie nicht nur durch ihre Macht, ihre wirtschaftliche Macht, ihre politische Entscheidungsfindung dramatisch beeinflußt haben, sondern daß die Initiierung dieser Global-Governance-Sache der nächste Schritt nach vorne ist. Denn sie sagen nicht nur: Wir wollen berücksichtigt werden und wir werden Lobbyarbeit betreiben, damit unsere Position gehört wird. Sie sagen, wir wollen tatsächlich Teil der Entscheidungsgremien selbst sein.

Und der Klassiker ist wiederum, wenn wir uns die Pandemie mit COVAX ansehen ... Ich ha-

be mir gerade den Vorstand von GAVI, der Globalen Allianz für Impfstoffe, angesehen. Wenn man sich das Gremium ansieht, wird der Vorstand erstens von großen Pharmaunternehmen dominiert. Zweitens haben sie einige Nationen und einige Vertreter der Zivilgesellschaft, aber sie haben viel mehr, interessanterweise ist eine große Anzahl des Vorstandes Finanziers. Sie kommen aus dem Finanzsektor. Sie kommen von großen Banken.

Ich weiß nicht, was sie mit der öffentlichen Gesundheit zu tun haben. Und die WHO ist nur einer der Akteure. Sie wird also plötzlich von anderen überfüllt, die nichts mit der öffentlichen Gesundheit zu tun haben. Sie werden von Finanz- und Pharmafirmen dominiert, die anfangen, die Entscheidungsfindung wirklich zu gestalten und zu lenken.

Und auf der finanziellen Seite ist natürlich die Bill & Melinda Gates Foundation jetzt der große Spieler in vielen dieser Dinge. Und sie spendet nicht nur, sie ist jetzt auch an der Gestaltung der Politik beteiligt. Diejenigen, die auf philanthropische Art und Weise Geld geben, egal wie sie dieses Geld verdienen oder egal, was ihr Auftrag ist und wem gegenüber sie rechenschaftspflichtig sind, sie sind letztlich nur Bill und Melinda Gates gegenüber rechenschaftspflichtig, sind jetzt auch Teil des Entscheidungsprozesses.

Und das ist so normal geworden, daß es kaum noch in Frage gestellt zu werden scheint: Wir bringen diese Akteure zusammen.

Aber wer hat sie ausgewählt? Wer hat dieses Gremium ausgewählt, um zusammenzukommen? Wem gegenüber ist es rechenschaftspflichtig?

Es gab einen britischen Parlamentarier namens Tony Benn. Er sagt, wenn man die Demokratie verstehen will, muß man fünf Fragen stellen: Welche Macht haben sie? Von wem haben sie sie bekommen? Wessen Interessen dienen sie? Wem gegenüber sind sie rechenschaftspflichtig? Und wie können wir sie loswerden?

Wenn sie sich ein Gremium wie COVAX ansehen: Woher haben sie die Macht?

Sie haben sich einfach selbst einberufen. Sie haben einfach eine Gruppe von mächtigen Akteuren zusammengebracht. Sie bemühen sich, ein oder zwei Vertreter der Zivilgesellschaft einzubeziehen, aber die Macht liegt ganz klar bei den Konzernen und bei den Finanziers. Diejenigen, die sie finanzieren. Und sie sind nicht rechenschaftspflichtig. Sie haben ihr Gremium gewählt.

Die Interessen sind sehr klar, wem es dient. Es dient den Pharmakonzernen. Sie werden natürlich bestimmte Dinge im Rahmen des Mandats tun. Aber letztendlich werden sie ihr Geschäftsmodell nicht untergraben. Selbst wenn dieses Geschäftsmodell einer effektiven Reaktion auf die Pandemie im Wege steht.

Wir können sie nicht loswerden, weil wir sie von vornherein nicht gewählt haben.

Also verstößt es wirklich gegen die grundlegenden Prinzipien der Demokratie. Und doch wird es jetzt als normal angesehen, weil es die Art und Weise ist, wie die globale Regierung arbeiten sollte.

FRIES: Nick, gehen Sie kurz auf ein Abkommen ein, das ein ziemlicher Meilenstein in diesem Prozeß der Normalisierung von Multistakeholderismus als die Art und Weise, wie Global Governance geschehen sollte, war.

Ich denke dabei an das strategische Partnerschaftsabkommen, das vom Büro des UN-Generalsekretärs mit dem WEF im Jahr 2019 unterzeichnet wurde. Was ist der Hintergrund dazu und was ist Ihre Antwort auf dieses UN-WEF-Abkommen?

BUXTON: Nun, das Weltwirtschaftsforum befürwortet dieses Modell des Multistakeholder-Kapitalismus, um den Multilateralismus zu ersetzen, schon seit langer Zeit. Und sie haben nach und nach, ich würde sagen, eine Art von parallelen Gremien eingerichtet. Diese Multi-Stakeholder-Gremien, die Entscheidungen zu wichtigen Fragen der Global Governance treffen, sei es die digitale Wirtschaft oder die Reaktion auf eine Pandemie. Und so sind sie in diesem Modell neben der UNO schon seit einiger Zeit auf dem Vormarsch.

Aber was uns wirklich beunruhigt hat, ist, daß sie beginnen, sich zunehmend mit der UNO zu verbinden und dieses Modell innerhalb der Vereinten Nationen voranzutreiben. Und das klassische Beispiel war diese strategische Partnerschaft, die, glaube ich, im Juni 2019 unterzeichnet wurde. Ich glaube, sie wurde nicht einmal vor der (UN-)Generalversammlung verhandelt.

Es wurde also nicht unter den Mitgliedern (UN-Mitgliedstaaten) diskutiert.

Es war eine Entscheidung des Sekretariats der UNO ohne irgendwelche zumindest formalen Systeme der Rechenschaftspflicht, einen Vertrag mit dem Weltwirtschaftsforum zu unterzeichnen, der im Wesentlichen damit beginnen würde, Mitarbeiter des Weltwirtschaftsforums in die Abteilungen der UNO einzubinden.

Sie würden zu sogenannten Flüsterberatern werden. Die Mitarbeiter des Weltwirtschaftsforums würden sich unter die UN-Mitarbeiter mischen und anfangen, Entscheidungen zu treffen. Und es gab kein System der Rechenschaftspflicht. Es gab kein System für eine breitere Konsultation.

Und wir wissen, daß das Weltwirtschaftsforum ein Wirtschaftsforum ist. Wenn man sich den Vorstand ansieht, wird er komplett von einigen der reichsten und mächtigsten Unternehmen kontrolliert. Und viele dieser Konzerne sind verantwortlich für viele der Krisen, denen wir gegenüberstehen. Und doch wurden sie hier offen und bewaffnet in den Vereinten Nationen willkommen geheißen, um eine sehr bedeutende Rolle zu spielen.

Und wir haben dagegen protestiert. Wir sagten, daß dies kein Weg ist, um globale Probleme zu lösen. Diejenigen, die eigentlich für die Krise verantwortlich sind, zur Lösung heranzuziehen, wird nur zu Lösungen führen, die entweder ineffektiv sind oder die Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, sogar noch vertiefen.

Wir verstehen, warum die UN das tun. Es ist wegen des Mangels an nationaler Unterstützung. Es ist wegen der Defundierung. Sie versuchen, als Organisation zu überleben. Und sie gehen zu den mächtigsten Spielern der Welt, den Konzernen.

Aber was sie am Ende tun werden, ist die Vereinten Nationen zu untergraben. Es wird den Vereinten Nationen tatsächlich schaden, weil es die gesamte demokratische Legitimität, die sie derzeit haben, beseitigen wird.

Wir brauchen dringend globale Zusammenarbeit und Kooperation, aber sie muß auf öffentlichen und demokratischen Regierungssystemen basieren und nicht auf unkontrollierbaren, geheimen Regierungsformen, die von Konzernen dominiert werden.

FRIES: Das ist also ziemlich klar. Sie sind gegen den Multi-Stakeholder-Ansatz, weil es sich dabei um eine nicht rechenschaftspflichtige, geheime und von Konzernen dominierte Form des Regierens handelt. Das Multi-Stakeholder-Modell ist nicht nur nicht rechenschaftspflichtig, es ist auch ein freiwilliger und marktbasierter Ansatz zur Problemlösung. Wie paßt das zu den Gründen, warum Sie gegen Multistakeholderismus sind?

BUXTON: Ja. Die Lösungen, nach denen sie suchen, sind freiwillige Lösungen, bei denen man ein- oder aussteigen kann, und sie sind marktbasierter. Sie werden also niemals das Geschäftsmodell, so wie es ist, in Frage stellen.

Was letztlich passiert, ist, daß sie Entscheidungen treffen, die nicht bindend sind und Akteure wie Unternehmen tatsächlich dazu zwingen, bestimmte Dinge zu tun. Sie beruhen ganz auf diesem freiwilligen Modell.

Es ist eine Art von "take it or leave it-Governance", bei der man Dinge tun kann, die für den Jahresbericht gut aussehen, aber die Art und Weise, wie man tatsächlich arbeitet, nicht wirklich verändern. Und so werden sie letztendlich die Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, nicht lösen.

Es geht also nicht nur darum, daß sie nicht rechenschaftspflichtig sind, sondern daß sie letztlich sehr ineffektiv sind.

Wenn wir uns also zum Beispiel die Klimakrise anschauen, wird es heißen, daß wir die Kli-

makrise nur mit Marktlösungen bewältigen können. Auch wenn wir wissen, daß das wirkliche Ausmaß der Klimakrise, die Dringlichkeit und der Zeitpunkt uns dazu zwingen, viel drastischere Lösungen zu ergreifen, die vom Staat angeführt werden; die von Unternehmen verlangen, Emissionen zu reduzieren, die anfangen werden, die Wirtschaft zu verändern. Diese Art von öffentlichen Entscheidungen wird getroffen werden müssen.

Wir ignorieren das völlig für ein Modell, das auf einer Art von Marktanreizen basiert, die wirklich nichts an dem Geschäftsmodell ändern, das die Klimakrise verursacht hat.

FRIES: OKAY. Das erklärt also, warum Sie sagen, daß die Great Reset Initiative des Weltwirtschaftsforums überhaupt kein Reset ist. Nick, gehen Sie kurz auf einige Ihrer weiteren Beobachtungen ein. Zum Beispiel, warum das Multi-Stakeholder-Modell auf Marktlösungen basiert und das Profitmotiv bei diesem Ansatz der Global Governance immer die Oberhand gewinnen wird, wenn es hart auf hart kommt.

BUXTON: Ja. Ganz genau. Die Unternehmen werden Marktlösungen akzeptieren, die ihnen die Macht geben, das Tempo der Veränderungen wirklich zu kontrollieren. Und so werden Sie sehen, daß sie sehr gerne diese Berichte über die soziale Verantwortung von Unternehmen erstellen, aber sie werden mit Zähnen und Klauen gegen jede Regulierung kämpfen, die tatsächlich soziale und ökologische Ziele durchsetzt.

Und sie werden auf internationaler Ebene für Handelsregeln kämpfen, die tatsächlich verhindern, daß Staaten soziale und ökologische Ziele durchsetzen. Es gibt also einen Ansatz, bei dem sie bereit sind, Greenwash zu betreiben. Sie sind bereit, Propaganda für soziale und ökologische Ziele zu machen, aber sie werden sich absolut gegen jegliche Regeln wehren, die tatsächlich die ökologischen und sozialen Auswirkungen kontrollieren würden.

Sie wollen nichts, was tatsächlich eine Regulierung erfordert, und keine Auswirkungen, die sie tatsächlich zu bestimmten Veränderungen zwingen. Sie wollen, daß ihre Veränderungen sehr wohl solche sind, die sie kontrollieren und die sie gestalten. Und die sie letztendlich in dem Moment loswerden können, in dem sie die Gewinne, die sie machen wollen, in Frage stellen.

FRIES: Wenden wir uns nun der Koalition zu, die für einen demokratischen Reset der Global Governance kämpft. Also eine Zukunft, in der Entscheidungen über die Verwaltung globaler Gemeingüter wie zum Beispiel Nahrung, Wasser, Gesundheit und das Internet im öffentlichen Interesse getroffen werden.

Ich sehe, daß diese Koalition Ressourcen zusammengestellt hat und daß diese auf Ihrer Website veröffentlicht sind. Sie sind im Nexus von all dem. Wie sehen Sie dieses Mal, nach der COVID-Pandemie, die Situation zwischen den Menschen und der Macht der Konzerne?

BUXTON: Dieser globale Staatsstreich, der im Stillen in so vielen verschiedenen Sektoren vor sich geht, hat sich weiterentwickelt, weil es nicht genug Informationen und Wissen darüber gab. Und auch die Menschen haben nicht die Punkte verbunden, um zu sehen, daß dies in jedem Sektor passiert.

Was also in diesem Jahr wirklich wichtig ist, und ich denke, es ist besonders wichtig im Zuge der Pandemie, ist, daß so viele Bewegungen zusammenkommen. Das People's Health Movement hat sich zusammengeschlossen, viele Gruppen, die sich mit Ernährungssouveränität beschäftigen, der Gewerkschaftssektor kommt zusammen. Sie alle sagen: Das ist nicht in unserem Namen.

Und natürlich sind das alles Gruppen, die sie nie in einer Multi-Stakeholder-Initiative sehen werden. Wann immer sie zivilgesellschaftliche Partner haben, beziehen sie die Leute an der Front nicht mit ein. Sie werden in der COVAX-Initiative keinen einzigen Mitarbeiter einer Gesundheitsorganisation finden. Sie werden keine Leute aus dem öffentlichen Gesundheitswesen finden, die wirklich vertreten sind. Diese Bewegungen beginnen nun, sich zusammenzuschließen und zu sagen, daß wir das nicht wollen.

Und eines der Dinge, die wir getan haben, war die Veröffentlichung dieses Briefes. Es ist ein Offener Brief, der die Leute wirklich darauf aufmerksam macht, was hier vor sich geht. Er sagt, daß wir in so vielen verschiedenen Bereichen damit konfrontiert sind.

Die UNO öffnet die Tür, das UN-Sekretariat, sollte ich sagen, öffnet die Tür weit für das Weltwirtschaftsforum, das die Schlüsselinstanz ist, die den Multi-Stakeholderismus vorantreibt. Und es verändert das Regieren, wie wir es kennen, und es hat keine Systeme der Rechenschaftspflicht oder Gerechtigkeit darin eingebettet.

Und diese Bewegungen kommen jetzt zusammen, um zu sagen: Wir stellen uns dem entgegen. Wir bündeln unsere Kräfte. Und wir werden uns dagegen zur Wehr setzen.

Und wir wissen angesichts der Pandemie mehr als je zuvor, daß nationalistische Lösungen für die globale Krise nicht funktionieren werden. Wir brauchen globale Zusammenarbeit.

Aber wenn wir zum Beispiel die gesamte Entscheidungsfindung den Pharmakonzernen überlassen, werden wir uns nicht mit den wirklichen Problemen wie Handelsschutz und TRIPS beschäftigen. Und Patente und alles, was wirklich den Pharmakonzernen zugute kommt und nicht die öffentliche Gesundheit fördert. Denn sie haben die Kontrolle über den Prozeß; sie werden keine Dinge zulassen, die ihre Profite beeinträchtigen.

Wir brauchen also globale Lösungen, aber die Konzerne, die die Krise, mit der wir konfrontiert sind, eigentlich verschlimmern und vertiefen, können sie nicht anführen.

FRIES: Zum Abschluß möchte ich Ihnen einen Ausschnitt aus einem Kommentar vorspielen, den Sie 2015 über ein Buch mit dem Titel "The Secure and The Dispossessed" gemacht haben, das Sie mit herausgegeben haben.

Ich fand eine Rezension des Buches so relevant für unser heutiges Gespräch. Ich möchte nur ein paar Zeilen zitieren. Darin heißt es: Unter den Büchern, die versuchen, das kommende Jahrhundert zu modellieren. Dieses Buch sticht durch seinen Sinn für Plausibilität und Gefahr hervor. Es untersucht mehrere aktuelle Trends in unseren Reaktionen auf den Klimawandel, die, wenn sie kombiniert werden, zu einer Art oligarchischem Polizeistaat führen würden, der sich der Ausweitung der kapitalistischen Hegemonie widmet.

Das wird nicht funktionieren, und doch setzen sich mächtige Kräfte dafür ein, anstatt einen gerechteren, widerstandsfähigeren und demokratischeren Weg in die Zukunft zu entwerfen und sich dafür einzusetzen. All die Prozesse, die hier analysiert werden, finden bereits jetzt statt, was dieses Buch zu einem entscheidenden Beitrag zu unserem kognitiven Mapping und unserer Fähigkeit macht, einen besseren Plan zu entwerfen.

Also Nick, zum Abschluß ein kurzer Kommentar zu diesem Buch und dann werde ich den Clip abspielen.

BUXTON: Ja, damals im Jahr 2011 bemerkten wir einen Trend in Bezug auf den Klimawandel, bei dem es an der Bereitschaft mangelte, die Klimakrise wirklich in dem erforderlichen Umfang und mit den erforderlichen Werkzeugen und Instrumenten anzugehen.

Aber es gab zunehmend Pläne sowohl des Militärs als auch der Konzerne, wie man mit den Auswirkungen des Klimawandels umgehen könnte. Und sie betrachteten es sehr stark unter dem Gesichtspunkt, wie wir den Reichtum derjenigen sichern, die bereits Macht und Reichtum haben, und was das bedeuten würde. Im Angesicht der Klimakrise war die Lösung also sehr stark eine Sicherheitslösung.

Wir haben bereits eine wachsende Rolle des Militärs, der Polizei und der Sicherheit gesehen und einen echten Prozeß der Militarisierung der Antworten auf den Klimawandel. Am offensichtlichsten ist dies im Bereich der Grenzen, wo überall Grenzmauern errichtet werden. Die Reaktion auf eine Krise ist der Rückzug hinter Befestigungsanlagen, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen.

Und das ist wirklich ein Trend, den wir zunehmend sehen, daß unsere Antwort auf die Klimaanpassung durch die reichsten Länder wirklich darin besteht, unsere Antwort darauf zu milita-

risieren. Und das ist wirklich, wie das Zitat, das Sie gerade gelesen haben, eine echte Sorge, weil es eine Art Politik des bewaffneten Rettungsbootes ist. Wo man im Grunde genommen ein paar rettet und dann eine Waffe auf den Rest richtet.

Und das ist sowohl total unmoralisch, als auch eine Politik, die letztlich unsere ganze Menschlichkeit opfern wird, weil wir zusammenarbeiten müssen, um auf die Klimakrise zu reagieren. Wir müssen Lösungen finden, die die Schwachen schützen. Wir können nicht einfach immer höhere Mauern gegen die Folgen unserer Entscheidungen bauen. Wir müssen tatsächlich anfangen, die Ursachen dieser Krisen zu bekämpfen.

Und genau dieses Bild haben wir bereits 2015 mit der Veröffentlichung des Buches "The Secure and The Dispossessed" gezeichnet. Aber wenn überhaupt, dann ist es aktueller und aktueller als je zuvor.

FRIES: Nick Buxton, ich danke Ihnen. Danke. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 11. Oktober 2021 (x1.000/...): >>>Blackout - Nächster Akt im globalistischen Planspiel?

Immer mehr Menschen erwachen und realisieren, daß sie dauerhaft ihrer Grundrechte beraubt und finanziell ruiniert werden. Die skrupellosen Profiteure geraten zunehmend in Bedrängnis. Drohen ihre hochkriminellen Machenschaften, die sie bisher mit Hilfe der Corona-Plandemie zu verschleiern suchten, aufzufliegen und müssen sie nun in einen brutalen "nächsten Gang" schalten, um die von ihnen angestrebte globale Neuordnung zu erreichen? Stefan Magnet von "AUF1-TV" zeigt bemerkenswerte Perspektiven für die kommenden Monate auf!

Stefan Magnet, österreichischer freier Journalist:

Die unermüdliche Aufklärungsarbeit in Sachen Coronabetrug trägt Früchte. Immer mehr Menschen erwachen, immer mehr Lügen fliegen auf, das System gerät in Bedrängnis und wir könnten unmittelbar vor jenem historischen Ereignis stehen, daß es nämlich eine Wende gibt. Aber was dann kommt, ist nicht die prompte Erlösung. Zuerst wird es noch einmal richtig heftig, denn wenn meine Vermutung stimmt, daß das Kartenhaus bald zusammenbrechen könnte, dann kommt zuvor noch ein riesiges Ablenkungsmanöver, ein nächster Akt im globalistischen Planspiel und das könnte alles Dagewesene an Brutalität, Leid und Entbehrung in den Schatten stellen.

Niemand von uns hat eine allmächtige Glaskugel, mit der er in die Zukunft schauen könnte. Aber Indizien haben uns bereits vor einem Jahr Zwangsimpfungen voraussehen lassen. Die Kombination von Informationen hat uns die Zeit, die wir im Herbst jetzt durchleben, bereits Monate zuvor erkennen lassen und wir waren nicht überrumpelt. Und so wage ich zu behaupten, daß auch absehbar ist, was uns demnächst drohen könnte.

Dazu müssen wir aber in Möglichkeitsformen sprechen, laut denken, keine gedanklichen Tabus berücksichtigen, auch auf die Gefahr hin, daß uns manche wieder für verrückt erklären werden. Aber mal ehrlich, wie verrückt ist die Realität in diesen Tagen und hätte uns das jemand vor eineinhalb Jahren gesagt, hätte man ihn in die Klappe gesteckt.

Zur Sache: Ich habe bereits vor Monaten eine für gewöhnlich gut informierte Quelle zitiert, die mir gesagt hat, daß mit drastischen Einschnitten bis zur Bundestagswahl in Deutschland zugewartet wird. Denn die Stabilität Europas hängt an Deutschland und da ist eine starke Opposition, eine starke Gegenkraft im Parlament, durchaus nicht erwünscht.

Also muß die Großwetterlage für das Wahlvolk sonnig oder zumindest milde sein, damit der einfache Bürger keinen Grund hat, eine Protestpartei zu wählen. Und das hat man getan, es blieb sehr ruhig. Was aber die Medien und etablierten Politiker uns schon so zwischen den Zeilen oder auch ganz unverblümt ankündigen, da können wir, die wir uns informieren, schon ganz genau sagen, was kommen wird. Aber - können wir das wirklich?

Ich sage Nein. EXAKT vorhersagen können wir es nicht, denn wir haben eine ganze Bandbreite zur Auswahl. Im Raum steht natürlich eine brutale Eskalation rund um das Thema

Impfpflicht. Es kann aber auch sein, daß ganz andere Dinge auf uns zukommen, um in die nächste Stufe zu schalten, es KANN sein. Im Raum steht etwa ein europaweiter Blackout oder eine massive Wirtschaftskrise, denn immer dann, wenn eine Situation zu Ungunsten der Strippenzieher kippen könnte, wechseln die Spieler das Spielfeld.

Vergleichen sie nur die Situation mit den ständigen Kriegen des US-Imperiums. Immer wenn es in den USA im Inneren ungemütlich wurde, brach man einen neuen Krieg vom Zaun, mußte man eine weitere Nation befreien und schon war der nationale Schulterschuß sichergestellt und alle Sorgen wurden vertagt.

Aber der Reihe nach. Machen wir einmal eine Standortbestimmung. Für mich ist längst klar und für sie auch:

Erstens: Die Corona-Panik war ein geplanter Verzweiflungsakt der Hochfinanz. Ablenkung vom vorhersehbaren Finanzcrash. Dem Virus wir die Schuld in die Schuhe geschoben und nicht kriminelle Spekulanten oder Bankster waren schuld. Wie sagte mir ein Bekannter so treffend: "Einen Virus können die Opfer der Finanzkrise immerhin später nicht aufhängen."

Wir wissen also, daß im Zuge von Corona unglaubliche Finanzverbrechen im gigantischen Stil verschleiert wurden und ein großer "Reset" - der "Great Reset" - Teil des Planes ist. Diesen Plan des "Great Reset" haben die Finanzeliten nicht nur deshalb erfunden, weil sie so maßlos sind, sondern auch, weil sie keine andere Wahl hatten. Immer, wenn der Zyklus des Zinsgeldes zu Ende geht, müssen die unglaublichen Geldmengen und Schulden entwertet werden.

Das Spiel muß von neuem beginnen und diesmal sollte es nicht wie 1929 eskalieren. Diesmal sollte es geordnet ablaufen und sollte ihnen noch mehr unsagbare Kontrolle und Macht beschern. Ob das Virus gänzlich im Labor gezüchtet oder nur rein zufällig schnell und genial ausgenutzt wurde, spielt dabei eine untergeordnete Rolle.

Zweitens: Corona ist nicht bald vorbei. Die Impfung ist ein wesentliches Instrument der Kontrolle und Unterwerfung und sie werden nicht ruhen, ehe 99 Prozent gespritzt sind. Es geht, wie ihr wißt, nicht um Gesundheit und deshalb wird auch kein neues natürliches Medikament ein Game-Changer sein. Das werden sie nämlich nicht zulassen, das wäre zu einfach.

Es muß der digitale Impfpaß her, denn damit ist die Kontrolle allumfassend und aus dem digitalen Impfpaß folgt dann der digitale Klimapaß. Die Chinesen habe es ja wunderbar vorge-macht. Wer sich nicht artig benimmt, bekommt Punkteabzug und die Strafen lassen da nicht lange auf sich warten.

Dazu paßt dann auch das digitale Geld, welches immer offensichtlicher vorbereitet wird. Denn wer kein Bargeld mehr besitzt, wird einfach über sein Konto gesteuert. Werden dann die Leute rebellieren, weil ihnen das Bargeld genommen wird? Nein, auch wenn viele Experten das glauben. Ich glaube es nicht, denn die Feiglinge finden immer Ausreden, warum sie jetzt gerade keinen Widerstand leisten müssen. Und wenn sie dem Feigling das Bargeld wegnehmen und sein Digitalgeld an Bedingungen knüpfen, dann kann er noch immer mit dem Finger auf mich zeigen und sagen:

"Ja aber so wie dem, so wie dem soll es mir nicht gehen. Dem kürzen sie ja bei jedem politisch nicht korrekten Sager das Geld und das Guthaben. Und dieser und jener Rebell hat ja nicht einmal mehr ein eigenes Konto und wird total vernichtet."

Und eines weiß die Finanzmafia, daß sie dem Sklavenvolk immer so viel zum Vegetieren überlassen müssen, daß die Feigheit und Gemütlichkeit obsiegt und die Leute immer Angst haben, daß ihnen auch das bißchen noch weggenommen wird. Auch hier der Vergleich mit dem Wirtschaftscrash der 1930er-Jahre. Dort waren die Menschen ausgesteuert, dort hatten sie gar nichts, dort hatten sie Hunger. Also organisierten sie eine Revolution, ohne Rücksicht auf Verluste.

Drittens fliegt also der Coronabetrug auf. Unsere Aufklärungsarbeit in den letzten Monaten

war enorm erfolgreich, enorm. Wir haben Millionen Menschen erreicht - IHR habt Millionen Menschen erreicht. Gerade die immer offensichtlicheren Impfschäden sprechen eine klare Sprache, die nicht mehr zu vertuschen ist. Und die offenen Lügen: Intensivbetten-Lüge, PCR-Test-Lüge, die Lüge, daß die Impfung ewig hält.

Jetzt brauchen wir doppelt Geimpfte, die dritte Impfung und ihnen dämmert es ja bereits, daß sie jährlich immer zwei, drei Auffrischungen brauchen. Und der Chef von Pfizer sagte ja ganz unverhohlen, daß das Spiel eben immer von vorne beginnen muß, wenn die Impfung eben nicht so hilft wie erhofft.

So sollen die Menschen zu wahren Impfjunkies gemacht werden. Und diese Prognose haben mir die Mainstreammedien besonders übelgenommen. Aber ich bleibe dabei: Die Masse soll zu Junkies gemacht werden. Abhängig und lebensunfähig ohne die Gen-Spritze! Das ist die Realität, so wird es kommen! Oder auch nicht, denn viele doppelt Geimpfte sind verärgert, wütend und enttäuscht. Sie fühlen sich betrogen und das völlig zu Recht.

Sie werden nun hunderttausendfach in die Verweigerung und schließlich in den Widerstand eintreten und sie sind an unserer Seite herzlich willkommen. Fliegt dann der Betrug auf? Gibt es dann die juristischen Tribunale, die ermittelt werden, wer welche Rolle gespielt hat, wer welche Verbrechen begangen oder begünstigt hat? Nein! Nein, noch nicht, denn ehe dieser Coronabetrug auffliegt und juristisch aufgearbeitet wird, wird von den Machteliten in die nächste Phase geschaltet.

Und auch hier: Sie werden Getriebene sein, sie werden es nicht freiwillig machen, sie werden DAS tun, weil sie keine andere Option haben. Sie werden alles daransetzen, nicht zur Verantwortung gezogen zu werden. Es geht um alles für sie. Sie bekommen auf normalem Weg ihren Kopf nicht aus der Schlinge. Und das ist niemandem so völlig glasklar bewußt wie den Betroffenen selbst. Was sollten sie denn sagen?

"Ach entschuldigt, daß wir Tausende auf dem Gewissen haben, weil wir eine experimentelle Gen-Impfung ohne jede Debatte auf die Bevölkerung losgelassen haben!?" "Ups, Millionen unfruchtbar, oder das Immunsystem auf Lebzeiten zerstört - wir waren schlampig, Verzeihung!" Oder: "Sorry, daß wir eine einst blühende Wirtschaftsmacht ruiniert haben und die Aufbauarbeit von Generationen binnen eines Jahres total vernichtet haben, so daß noch eure Enkelkinder die Schulden bezahlen müssen.?" "Ups, leider haben wir eine ganze Generation psychisch kaputtgemacht. Wir versprechen es nie wieder zu tun.?"

Nein, sie kommen da nicht raus, und sie müßten sich verantworten und das Volk würde sich nicht mit billigen Ausreden abspeisen lassen. Daher werden sie tun, was Kriminelle immer tun, wenn es eng wird: Sie versuchen, ihre Spuren zu verwischen, zünden gegebenenfalls Blendgranaten und starten ein Ablenkungsmanöver:

Mit dem irrationalen und verrückten Tankstellenmord diese Woche könnten sie den Auftakt gestartet haben. Ein Maskenverweigerer erschießt einen 20-jährigen Kassierer - ein Maskenverweigerer! Und schuld sind dann natürlich die Coronaleugner und Querdenker. Diese und ähnliche Schreckenstaten, von wem auch immer verübt, könnten instrumentalisiert werden, um gegen unsere Aufklärungsarbeit aggressiv und rücksichtslos vorzugehen. Das wäre EINE Option.

Es wäre aber auch möglich, daß urplötzlich der Währungscrash eintritt, samt Hyperinflation und totaler Geldentwertung, oder es gibt eine nächste Pandemie, weil plötzlich die Alte ausgedient hat. Bill Gates hat es ja unzählige Male in verschiedenster Form angekündigt, daß die nächste Pandemie einzigartig wird. Eines der bekanntesten Videos ist jenes, wo er am Ende so verräterisch grinst. Ihr wißt schon, das nächste Virus "will get more attention this time" - wird beim nächsten Mal mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Bill Gates: "They took their experience in actually ... prepared and so they moved a lot faster ... and so we have to prepare for the next one that in I'd says ...will get attention this time."

Stefan Magnet: Oder? Und hier habe ich in den letzten Tagen vermehrt Indizien dafür gesehen und auch aus Insiderkreisen entsprechende Warnungen erhalten, oder es gibt tatsächlich ein Ereignis mit einem großflächigen langanhaltenden Stromausfall.

Dieses Szenario ist deshalb so beunruhigend wahrscheinlich, weil es von jenen angekündigt wurde, die uns auch Corona vorausgesagt haben, allen voran Klaus Schwab, unserem Weltwirtschaftsforum WEF - und auch Big Player wie Goldman Sachs warnten letzte Woche vor langanhaltenden Stromausfällen diesen Winter. Mit solchen Meldungen, so sagte mir einmal ein Freimaurer-Insider vor Jahren, damit warnen sie die unteren Gefolgsleute, daß es dort der Letzte kapiert, daß es jetzt bald losgeht. Nun ja, jedenfalls gab es wenige Monate vor Corona bekanntlich eine Virusübung des WEF, und auch diesen Sommer gab es eine Übung zu Cyberangriffen, genannt "Cyberpolygon".

Im Bewerbungsvideo im Vorfeld dieses Ereignisses hieß es: "Die Coronapandemie hat unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft im Kern erschüttert und uns gezeigt, wie verwundbar wir sind. In der digitalen Welt gibt es gleich mehrere Gefahren und Risiken in diesem Moment. Eine Cyberattacke mit coronaähnlichen Eigenschaften würde sich schneller weiterverbreiten als jeder biologische Virus. Die Reproduktionsrate - also die Verbreitung - wird zehnmal höher sein, wie beim Coronavirus." ...

Stefan Magnet: 10-mal schnellere Verbreitung als beim Coronavirus, also 10-mal heftiger in der Auswirkung.

Und auch Klaus Schwab, Gründer und geschäftsführender Vorsitzender des WEF, prophezeite in unverkennbar authentischem Englisch:

"Es wird immer noch nicht ausreichend darauf geachtet, daß es das erschreckende Szenario eines umfassenden Cyber-Angriffes gibt, welcher zum vollständigen Zusammenbruch der Stromversorgung, des Verkehrs, der Krankenhausleistungen, unserer Gesellschaft als Ganzes führt. Die COVID-19 Krise würde in dieser Hinsicht als eine kleine Störung wahrgenommen werden im Vergleich zu einem riesigen Cyber-Angriff."

Stefan Magnet: Im Vergleich zu einer Cyber-Attacke würde Corona nur als eine kleine Störung wahrgenommen werden und Klaus Schwab spricht von einem vollständigen Zusammenbruch, was dann ja wieder zum "Great Reset" passen würde, auf den gewisse Machteliten ohnedies hinauswollen, beziehungsweise eben müssen. Ein Beispiel, wie ein Stromausfall im großen Stil, wie das schief gehen könnte, war der Blackout in Dresden am 13. September: Zuerst war im Umspannwerk Dresden Süd der Strom weg, was nur eine Handvoll weitere Umspannwerke im Umfeld betroffen hatte.

Als der Betreiber "SachsenEnergie" einspringen und retten wollte, riß er größere Teile mit hinein in diesen Stromausfall. Ganz Dresden war stromlos, und auch in manchen Umlandgemeinden ging dann das Licht aus. Ähnlich kann es flächendeckend geschehen. Eine Region wird stromlos und beim Rettungsversuch werden weitere Regionen mitgerissen. Aufgrund des engen europäischen Netzwerkes würde im Falle eines länderübergreifenden Stromausfalls am Ende der europaweite Blackout stehen. Und die Gefahr, daß das System dann tagelang nicht mehr hochgefahren werden kann ist sehr groß, wie Experten versichern.

Der britische Inlandsgeheimdienst MI5 analysierte schon vor Jahren, daß westliche Gesellschaften binnen 48 Stunden in die Anarchie kippen würden, würden die gemeinschaftlichen Regelwerte, und dazu gehört auch Kommunikation und Strom, wegfallen.

Der Bestsellerautor des Buches "Blackout", Marc Elsberg, sagt:

Nach 2 Wochen Blackout sind wir zurück ins Mittelalter katapultiert. Nach 4 Wochen sind wir in der Steinzeit. Ich bitte Sie also, seien Sie auf ein solches Szenario, so gut es nur geht, vorbereitet, egal wodurch ein Blackout ausgelöst wird, ob durch Netzüberlastung und einer Verkettung unglücklicher Zufälle, ob durch gezielten "Reset" der Mächtigen oder ob durch eine Cyber-Attacke.

Die Folgen wären verheerend. Wenn nach wenigen Tagen der Strom nicht anspringt, kommt es zu absoluten Kriegsszenen. Das will ihnen natürlich der Mainstream anders verkaufen und sie beruhigen. Aber wir wissen, was die totale Entsolidarisierung der Gesellschaft seit Jahrzehnten mit uns allen gemacht hat. Und dann kommt noch nach wenigen Tagen auch schon der Hunger dazu.

Ich komme nicht umhin, auch einen so furchtbaren wie unvorstellbaren Gedanken mit Ihnen zu teilen, nämlich, daß ein mehrwöchiger Blackout den Erfindern des "Great Reset" gut ins Konzept passen würde, und zwar aus mehreren Gründen. Der Ausfall des Stroms für Tage oder Wochen würde sehr viel zerstören wirtschaftlich und gesellschaftlich. Das Land versinkt in Bürgerkrieg und Anarchie, und der "Great Reset", die totale Zerschlagung Europas, würde in wenigen Tagen geschehen, schneller und effektiver wie in den letzten Tagen des 2. Weltkrieges.

Corona ist dann kein Thema mehr, und die Verantwortlichen wären fein raus. Es fragt niemand danach. So wie andere Probleme und Krisen durch den Corona-Lockdown-Schock nebensächlich wurden, so wäre Corona nebensächlich, wenn der Strom weg wäre und die Leute um ihre Existenz kämpfen müssen. Wer diesen Horror überlebt, wird jenen Führern zujubeln, die nach Tagen der Kälte und Dunkelheit den Strom wieder anschalten. Eine wahrhaft messianische Auferstehung und selige Dankbarkeit für die Erlöser.

Auch das Internet kommt dann zurück, aber natürlich reglementiert, und jeder, der es benutzen möchte, muß sich voll registrieren, und jede Bewegung im Netz wird dokumentiert, man will ja schließlich nie wieder, daß Hacker die Anonymität des Internets ausnutzen, und brave Bürger haben ja wohl nie etwas zu verbergen - ihr wißt schon.

Es geht doch, das haben wir Stück für Stück begriffen, um die Digitalisierung unseres Lebens und somit um die totale Kontrolle aller Individuen. Wer nur mehr digitales Geld hat, wer alle seine Daten digital speichert, wer dauerüberwacht ist, der ist auch dauerhaft kontrolliert und unter der Kontrolle der alles überblickenden Matrix. Und - so ehrlich muß man sein - ein solch monströser Blackout würde diese Entwicklung massiv beschleunigen.

Aber, wie gesagt, heute sprechen wir in irrationalen Möglichkeitsformen, die Ihnen helfen sollen, Ihr Bewußtsein und Ihre Planung zu erweitern. Denn, und jetzt kommen wir zu einem wichtigen Punkt, viele wissen über diese Gefahren Bescheid, sind aber nur sehr unzulänglich vorbereitet. Denken Sie bei einem Blackout bitte nicht nur in 2, 3 Tagen.

Seien Sie auf alles vorbereitet, Vorbereitung ist nämlich alles. Denken Sie die Szenarien einmal genau durch, machen Sie sich einen Plan, sprechen Sie mit Ihren Liebsten, verbünden Sie sich zu Wehrgemeinschaften mit anderen, vernetzen Sie sich und schaffen Sie genügend Vorräte an. Wenn Sie es nicht brauchen, dann war es trotzdem das beste Investment Ihres Lebens. Das sage ich nicht nur, weil ich aus tiefster Überzeugung die menschliche Spezies am Leben erhalten möchte, das sage ich vor allem Ihnen, werter Seher, denn ich möchte, daß die bereits Aufgewachten und Aufgeklärten einen entscheidenden, vielleicht überlebenswichtigen Vorteil in der kommenden Zeit haben werden.

... Es geht jetzt darum, Eigenverantwortung zu übernehmen. Nicht raus aus dem System und gleich wieder rein ins nächste betreute Denken. Wir regen euch an, wir weisen euch auf Dinge hin, aber tun und machen müßt ihr selbst, ihr selbst! Eine Dame sagte mir: "Es klingt das alles durchaus glaubhaft, aber man will es nicht glauben. Wo sind nur die guten alten Zeiten hin, wo wir uns um gar nichts die letzten Jahrzehnte Gedanken machen mußten und wo alles einfach so lief."

Ja, das ist ja genau der Fehler, das war genau der Fehler. Wann jemals in der Geschichte war Nicht-Denken von Vorteil? Das ging ja auf Dauer nie gut. Nie zu Gunsten der Nicht-Denker. Denn irgendwer dachte und lenkte dann eben für sie und das sehr oft nicht zu ihrem Vorteil. In der Ur-Demokratie der Indianer oder Germanen, da war echte und aktive Anteilnahme von

Nöten. Im Thing, also in der Volksversammlung, da mußte man seinen Mann stehen und seine Meinung vortragen und vertreten. Da gingen Verantwortung und Mitsprache Hand in Hand. Unsere Altvorderen empfanden das als wahre Freiheit.

Später dann kam die Aufteilung, Herren und Knechte. Die Obrigkeit, der Adel bestimmte über alle anderen und das Fußvolk - also zu Füßen der Herrscher - das mußte tun, was die da oben entschieden. Und angenehm war das immer nur dann, wenn gute und tüchtige Herrscher an der Macht waren, und das war beileibe nicht immer so. Heute gaukelt uns das globalistisch-parlamentarische System vor, daß wir uns um gar nichts kümmern müßten. Wir müssen nur konsumieren und lustig sein. Und die da oben, die richten das dann schon für uns, und die meinen es immer und ausschließlich gut mit uns.

Aus diesem Traum sind glücklicherweise schon Millionen erwacht und es werden täglich mehr. Die Guten haben sich zu lange zurückgenommen und waren passiv. Das hat sich bitter gerächt, und das müssen wir jetzt wieder geraderichten. Ohne Anteilnahme am Gemeinwesen, ohne Engagement und Solidarität wird es in Zukunft nicht mehr gehen. Das müssen wir jetzt in diesen krisenbeladenen Zeiten, in diesem Transformationsprozeß schmerzhaft, wirklich schmerzhaft lernen.

Unsere Aufklärungsarbeit war sehr erfolgreich und darum treten wir bald in die nächste Phase ein. Ich suche die ganze Zeit nach einem passenden Gleichnis, aber es will mir nicht so recht gelingen. Und so versuche ich es mit einem Computerspiel meiner Kindheit, denn ich gestehe, daß ich zu den seltenen Exemplaren gehöre, die seit wohl 15, 20 Jahren nicht mehr Computerspiele gespielt haben.

Aber damals jedenfalls gab es in der Computersteinzeit das Spiel "Super-Mario". Mario erobert Welten und kommt am Ende zu einem bösen Herrscher. Und als er den bezwungen und besiegt hat, dann kommt er nicht sofort in die Freiheit, sondern er kommt in die nächste Welt, mit einem noch böseren und noch mächtigeren Herrscher. Bis er zum Endgegner kommt.

Erst, wenn dieser bezwungen ist, hat er gesiegt. Und so ähnlich ist das jetzt bei uns. Corona und die ganzen Lügen rundum, das Virus war noch nicht der Endgegner. Weil wir diese erste Etappe bald genommen haben werden, werden wir in die nächste Etappe eintreten. Dieser Weg ist unvermeidbar, und das ist wichtig für uns zu wissen, denn dann können wir uns emotional vorbereiten.

Laßt euch nicht einschüchtern! Jedes weitere Hindernis ist eine Stufenleiter, an der wir emporsteigen. Wenn wir zweifeln und aufgeben, wer sollte dann noch da sein, wer sollte dann noch aufrecht stehen? Wir haben so viel erreicht. Was jetzt kommt, kommt vermutlich auch deshalb, weil wir so erfolgreich waren. Wir gehen weiter voran! Wir bleiben standhaft und siegreich! Mag kommen, was da wolle.

Quellen/Links: [<<https://www.auf1.tv/stefan-magnet-auf1/heftiger-herbst-die-lage-wird-ziemlich-sicher-eskalieren/](https://www.auf1.tv/stefan-magnet-auf1/heftiger-herbst-die-lage-wird-ziemlich-sicher-eskalieren/)

7. Wer profitiert vor allem am Ruin der deutschen Exportindustrie?

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/54-55): >>Das Ende der Deutschland AG

_ von Jürgen Elsässer

Die besten Adressen unserer Wirtschaft sind längst in ausländischem Besitz. Vor allem die Reformen der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder führten dazu, daß sich das angloamerikanische Finanzkapital die Filetstücke unter den Nagel reißen konnte. ...

Die Anti-Deutsche Bank

Das beste Beispiel für die Macht des angloamerikanischen Finanzkapitals war ein Putsch an der Deutschen Börse, erfolgreich durchgeführt vom Hedgefonds TCI. Im Frühjahr 2005 sammelte TCI genug Aktionärsstimmen, um den Rücktritt von Werner G. Seifert und Rolf E.

Breuer, des Vorstands- und des Aufsichtsratschefs der renommierten Institution, zu erzwingen. Seifert und Breuer hatten die Übernahme der Londoner Börse LSE angestrebt, was dem Finanzplatz Frankfurt die Hegemonie in Europa und eine annähernde Parität zu New York verschafft hätte.

Das lag nicht im Interesse des angloamerikanischen Finanzkapitals, in dessen Auftrag die TCI-Aufkäufer handelten. "Auf ihren Druck hin verwandte die Deutsche Börse AG Anfang März 2005 einen großen Teil ihrer Barmittel nicht wie geplant für Akquisitionen wie den Kauf der LSE, sondern schüttete sie über Aktienrückkäufe an ihre Aktionäre aus. Statt in die Zukunft des Unternehmens floß das Geld in die Taschen der Aktionäre", bilanziert der gefeuerte Börsenchef Seifert.

Er nennt in seinem Buch Invasion der Heuschrecken. Intrigen - Machtkämpfe - Marktmanipulation. Wie Hedge Fonds die Deutschland AG attackieren insbesondere die Rothschilds als Drahtzieher - und den CDU-Politiker Friedrich Merz als Einpeitscher der Putschisten in Deutschland. Das Vorgehen der Londoner Konfidenten war so kaltschnäuzig und knallhart, daß selbst die bis dato fahrlässig agierende rot-grüne Bundesregierung aufschreckte:

Franz Münteferings "Heuschrecken-Rede" im Mai desselben Jahres soll von den Frankfurter Vorgängen inspiriert worden sein. "Wenn es noch eines Beweises für die Auflösung der Deutschland AG ... bedurfte, lieferte ihn TCIs Triumph am Main" bilanzierte anschließend die Welt am Sonntag.

Auch die Deutsche Bank ist vom internationalen Finanzkapital gekapert worden. Nachdem der Schweizer Josef Ackermann 1996 in den Vorstand des Geldhauses rückte, wurde zunächst der Vorstand entmachtet und ein quasidiktatorisches Führungsgremium, das Group Executive Committee, installiert. Dann verschob Ackermann die Machtbalance von Frankfurt am Main nach London und stellte Investmentbanker auf die Kommandobrücke des Geldhauses - die Finanzierung weltweiter Übernahmen wurde wichtiger als das traditionelle Heimatgeschäft. Meisterstück der neuen Mannschaft war der Verkauf von Mannesmann an die britische Vodafone im Jahr 2000, dabei sollen 57 Millionen Euro Schmiergelder geflossen sein.

"Degermanizing" nennt das Ackermanns kosmopolitische Truppe in London, Entdeutschung. Auf die Frage der Financial Times nach der sozialen Marktwirtschaft in Germany antwortete einer von denen: "Don't bullshit me."

"Adieu, Deutschland, der DAX haut ab". FAZ, 2006

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die großen BRD-Konzerne kaum protestieren, wenn die Merkel-Regierung ihre eigenen Exportmärkte kaputtmacht, indem sie nach Weisung aus Washington etwa Sanktionen gegen den Iran und gegen Rußland mitträgt: Diese Konzerne sind ja in ihrer Eigentumsstruktur mehrheitlich gar nicht mehr deutsch! Einzig Familienunternehmen wagen es noch, sich dem Druck der angloamerikanischen Finanzmacht und der gekauften Politiker zu entziehen.

Die Blutsauger

Die deutsche Traditionsmarke Opel steht vor dem Aus - weil Konzernmutter General Motors (GM) sie wie ein Vampir ausgesaugt hat. Insider sprechen von drei Milliarden Euro, die Opel von jenseits des Atlantiks bekommen müßte. Immer wieder verbuchte GM einen Teil seiner anderweitigen Konzernverluste bei der Tochter Opel, so daß das Europageschäft ein ständig wachsendes Minus aufwies: 780 Millionen Euro im dritten Quartal 2008, 1,9 Milliarden Euro im vierten Quartal 2008, im ersten Quartal 2009 glatte zwei Milliarden Euro.

Mitte März 2009 berichtete ein Opel-Insider unter dem Schutz der Anonymität gegenüber Welt-Online: "Wissen Sie, ich kriege einen Hass, wie GM uns ausgehöhlt, geplündert, leergeräumt hat. Wie die uns um unsere Patente beschissen haben! ... Eines Tages kamen GM-Leute aus Detroit und sagten, wir wollen jetzt alle eure Entwicklungen, Patente, das ganze Know How. Das kriegen wir jetzt, bitte, und damit es rechnerisch fair zugeht, sagten die, gibt's im

Gegenzug Schuldverschreibungen von uns. Jetzt liegen unsere Patente also bei GM, und für jedes Auto, das wir bauen, zahlen wir Gebühren an die. Muß ich erwähnen, daß Opel nie einen Cent für seine Patente gesehen hat?"<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2017: >>**Planwirtschaft läßt grüßen**

Erich Honecker hätte am "Dieselgipfel" seine helle Freude gehabt: Die Autohersteller müssen antreten, um sich von der Politik sagen zu lassen, unter welchen Bedingungen sie weiter Autos bauen dürfen - und welche. Daß man nur ein weiteres überschaubares Lösegeld an die Umverteilungspolitiker bezahlen muß und Massenenteignungen der Kunden durch Fahrverbote noch mal abgewendet werden konnten, feiern sie schon als Erfolg.

Nach der faktenfreien Panik, mit der zuletzt Atomausstieg und "Energiewende" inszeniert und übers Knie gebrochen wurden, offenbart die geschürte Hysterie um Feinstaub und Diesel-emissionen ein weiteres Mal den bedenklichen Geisteszustand der tonangebenden Kräfte in einem Land, das immer noch zu den führenden Industrienationen der Welt zählt.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Phantomproblem

Die Zutaten sind skrupellose Öko-Lobbyisten und bornierte Sektierer in Politik und Medien, die bedenkenlos den industriellen Kern demontieren; eine opportunistische Regierungspartei, die vom Fürsprecher ökonomischer Vernunft und unternehmerischer Freiheit zum Handlanger ideologiegetriebener Wirtschaftshasser und Technikfeinde geworden ist; hasenfüßige Fachleute und Konzernlenker, die sich in ihrer Subventionsmentalität weiter an die Politik klammern und vor dem grün-linken Zeitgeist einen Kotau nach dem anderen vollführen, statt seinen Zumutungen energisch und rational zu widersprechen.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Produkt dieser Konstellation. Nüchtern betrachtet ist er ein Phantomproblem: Die Luft in Deutschland ist rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase schadstoffärmer denn je, allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden Stickoxid-Emissionen sind im letzten Vierteljahrhundert um 70 Prozent gesunken. Trotz aller Erfolge mißbrauchen Lobbyisten mit Öko-Etikett und die von ihnen getriebene Politik ihre gewachsene Macht, um die Autoindustrie mit immer schärferen Grenzwerten zu treiben, die längst jedes vernünftige Maß hinter sich gelassen haben. Die zulässige Stickoxid-Belastung im Straßenverkehr ist inzwischen zwanzigmal niedriger als am Arbeitsplatz.

Die Autos, die die Kunden kaufen wollen und mit denen die Industrie Geld verdienen kann, können diese Anforderungen objektiv kaum erfüllen. Die Hersteller haben sich trotzdem auf das Spiel eingelassen und das Nicht-Machbare versprochen. Mit dem Hintergedanken, sich mit Trickereien aus der Affäre zu ziehen, und in der Hoffnung, die Politik werde sie schon decken, um die Kuh nicht zu schlachten, an der die wichtigste Wertschöpfungskette im Lande hängt. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Oktober 2017: >>**Ausverkauf der deutschen Wirtschaft**

Wie die Globalisierer die Spitzentechnologie aus Deutschland abziehen

Die scheidende Bundesregierung verlangt von der EU, Vorschriften zu erlassen, mit denen Firmenübernahmen durch chinesische Investoren erschwert werden. ... Dafür ist es aus deutscher Sicht höchste Zeit, denn der Ausverkauf ist längst in vollem Gange, vor allem im Spitzentechnologiesektor Deutschlands.

Die großen Kapitalgesellschaften sind längst international. Sie produzieren nicht nur weltweit, haben weltweite Zulieferer, sondern haben auch weltweit Anteilseigentümer. Mehr als 70 Prozent unserer DAX-Konzerne befinden sich mehrheitlich in ausländischer Hand, meist in US-amerikanischer. Ein vom Ausland beherrschter Konzern hat keine nationale Bindung mehr, hat keine Heimat, verlangt Globalisierung und Freihandel und vor allem Kapitalfreizügigkeit einschließlich der Steuerersparnis durch Steueroasen.

Dem internationalen Handel dieser globalen Konzerne verdankt Deutschland seine Exportüberschüsse. Diese Überschüsse wiederum sind nur dadurch erzielbar, daß Deutschland - meist öffentlich stark subventioniert - in Wachstumsbranchen wichtige technische Vorteile hatte oder noch hat. Verliert Deutschland solchen technischen Vorsprung, verliert es nicht nur seine Exportfähigkeit, sondern auch einen Teil des Wohlstandes des Landes.

In diesem Sinne sind die technologischen Wachstumstreiber der internationalen Konzerne nicht nur von der Eigentumsstruktur einer Kapitalgesellschaft her, sondern auch wegen ihrer Abhängigkeit von ausländischen Großmächten wie den USA oder China für Deutschland höchst gefährlich.

In Deutschland ist es weniger als in anderen Ländern möglich, technischen Vorsprung geheim- und zurückzuhalten, weil die US-Amerikaner nach dem Besatzungsstatut das Recht haben, sämtliche deutschen digitalen und Informatiksysteme einschließlich aller Telefonleitungen und Mobiltelefonsysteme in Deutschland flächendeckend und total zu kontrollieren. Sie können also jede in Deutschland entstehende neue Technologie sofort durch ihre Spionagesysteme abgreifen und ihrer einheimischen Industrie weiterübermitteln. Oft weiß also die US-amerikanische Konkurrenzindustrie über neue Patententwicklungen eher Bescheid, als daß ein Patent in Deutschland erteilt ist.

Wo die Totalspionage nicht ausreicht, werden sich technische Neuerungen durch Finanz- und Bestechungstricks angeeignet. Beispiel: Die ortungssichere U-Boot-Technologie der Kieler Howaldt-Werft, wo ein ungetreuer Vorstand mit Billigung der Bundesregierung angebliche US-amerikanische Übernahmewünsche durch Aushändigung aller Pläne und technischer Interna solange mitmachte, bis die Amerikaner alles hatten und an der Werft selbst nicht mehr interessiert waren.

Wie gefährlich eine Verlagerung der deutschen Produktion ins Ausland ist, hat vor Jahrzehnten die Fotobranche erfahren. Deutschland war in den 50er und 60er Jahren Weltführer bei Fotoapparaten. Dann wurde "wegen der billigeren Arbeitskräfte" die Produktion nach Asien verlegt und nur noch in Deutschland verkauft, bis die japanische Konkurrenz die deutschen Modelle besser auf dem Weltmarkt anbot als die Deutschen selbst und die Marktführung an sich gerissen hat. Heute kaufen die Deutschen asiatische Fotoapparate statt deutscher.

Nach den USA und Japan ist nun China der große Technologieabsauger. Die Chinesen haben mehr als drei Billionen US-Dollar Guthaben, für die sie wahrscheinlich nichts mehr bekommen, wenn sie nicht rechtzeitig auf Sachwerte umsteigen. Sie kaufen deshalb in der ganzen Welt alles, was sie noch bekommen können, vor allem Technologie zu jedem Preis. In den USA können sie nicht einkaufen, weil die US-Regierung ein Sicherheits-Veto-Recht hat und dieses ständig ausübt. In Deutschland gibt es einen solchen nationalen Sicherheitsvorbehalt zwar auch, er wird aber nie genutzt, weil die globalisierungsfreundliche Bundesregierung darin eine "internationale Handelsbeschränkung" sieht. So können die Chinesen in Deutschland ungehindert Hochtechnologie aufkaufen.

Ein Beispiel des Ausverkaufs deutscher Technologie ist der Erwerb der Aktienmehrheit an der international führenden Roboterfirma Kuka in Augsburg. Sie hat ihre Weltspitze mit vielen deutschen Subventionen erreicht. Nun, wo sie in chinesischem Eigentum steht, ist auch die Produktionstechnologie von Kuka für Deutschland verloren, sie wird systematisch nach China verlegt. In wenigen Jahren schon werden die Deutschen Roboter aus China kaufen, die Deutschland keinen Exportüberschuß mehr, sondern Exportdefizite bringen.

Auch die deutschen Automobilfirmen haben erst nach China exportiert, wurden dann gezwungen, eigene Fertigungsstätten in China aufzubauen, haben damit die deutsche Technologie in mehrheitlich Chinesen gehörende Firmen eingebracht und werden in den nächsten Jahren gegen diese Firmen ihre heimischen Produkte immer weniger exportieren können, also den Exportmarkt verlieren.

Auch Siemens sieht die digitale Zukunft vor allem in China und verlegt sein globales Forschungszentrum für autonome Roboter in die Volksrepublik. Eigentlich ist folgerichtig nach dem Abzug der Kuka-Roboterführung, daß auch Siemens seine weltführende Roboterforschung nicht ohne heimische Produktionsanwendung halten kann, sondern seine Zukunftsforschung in das Land verlegt, welches auch die Robotertechnik erworben hat.

Am schlimmsten für Deutschland ist das Beispiel Airbus. Dieser vom Staat stark subventionierte Flugzeugkonzern hat - angeblich, um auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen - den Chinesen Produktionsanlagen für Airbus-Maschinen geliefert und aufgebaut, so daß die Chinesen heute schon eigene Konkurrenzmaschinen zu Airbus in eigenen Firmen mit der Airbus-Technologie bauen können. Es gehört keine Phantasie dazu vorauszusagen, daß in zehn Jahren Airbus nicht mehr nach China liefern kann, weil dort chinesische Airbus-Firmen den Markt beherrschen.

In allen Fällen hat der deutsche Steuerzahler die Zukunftstechnologien massiv aus den Steuern des Mittelstandes subventioniert und haben dann die internationalen Konzerne das Ergebnis dieser Subventionen und deutscher Technologie ins Ausland verlagert, verkauft oder dem Ausland sogar kostenlos überlassen. Die Bundesregierung sieht dies als normalen "Internationalisierungsprozeß" an und greift nicht ein.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Januar 2019: >>**Die Axt an der Lebensader**

Kampf gegen Diesel: Die Wut vieler Autofahrer steigt - sie haben allen Grund dazu

Holger Douglas

Bahnen sich Umbrüche an? Ist bald Schluß mit dem Dieselvebottswahn? Mehr als 700 aufgebrauchte Bürger demonstrierten am Wochenende in Stuttgart an Deutschlands berüchtigtster Luftmeßstelle Neckartor, viele davon in gelben Westen. Das in der Stadt der geduldigen Bürger? Dort befindet sich die "gefährlichste" Ecke Deutschlands. Schenkt man Grünen, Deutscher Umwelthilfe und der EU Glauben, gibt es Tausende vorzeitige Tote, wenn mal ein wenig mehr als jene 40 millionstel Gramm Stickstoffdioxid (NO₂) in einem Kubikmeter Luft enthalten ist - dem derzeitigen Grenzwert. Seit dem 1. Januar gilt im gesamten Stadtgebiet Stuttgarts ein Fahrverbot für ältere Dieselfahrzeuge. Aus der Stadt, in der das Auto erfunden wurde, soll es jetzt verbannt werden.

Matthias Klingner vom Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme demonstrierte jüngst wieder in der ARD-Dokumentation "Diesel-Desaster" mit Genuß, wie Spaghettikochen auf einem Gasherd den NO₂-Gehalt schnell auf 1.300 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m³) Luft ansteigen läßt - ohne daß die Bewohner tot umfallen. Der Aufenthalt im Kölner Dom ist übrigens auch sehr gefährlich. Dort registrierten Wuppertaler Wissenschaftler Werte bis zu 200 µg/m³ NO₂. Ursache: die Opferkerzen der Gläubigen.

Die Grenzwerte sind zufällig ausgewählt worden und nichts anderes alsbarer Unsinn. Mehr als zweifelhaft ist zudem die Lage vieler Meßstationen. Die am Stuttgarter Neckartor steht laut EU-Richtlinie wie viele andere falsch. Sie wurde so aufgestellt, daß sie der grünen Politik möglichst hohe Werte liefert. FDP-Vertreter im Stuttgarter Gemeinderat forderten bereits, die grauen Kästen EU-vorschriftsgemäß aufzustellen. Die Grünen waren dagegen, wäre doch ihr hübsches Panikargument flötengegangen.

Die Axt wird an die Schlüsselindustrie Deutschlands gelegt, an seine wirtschaftliche Lebensader. Die ersten Folgen sind schon zu sehen. Abermillionen an Werten wurden bereits vernichtet, viele Autohändler stehen vor der Pleite. Autobesitzer tragen bisher erstaunlich gutmütig die gewaltigen Wertverluste ihrer Fahrzeuge. Die Folgen werden Städte und Bundesländer in den kommenden Jahren in ihren Haushalten spüren, wenn die Gewerbesteuererinnahmen ausbleiben.

Wir erleben zugleich einen Frontalangriff auf die individuelle Mobilität, die Industriegesell-

schaft und die arbeitenden Menschen. Viele leben außerhalb der Ballungsräume und sind auf das Auto angewiesen. Trotz aller Beteuerungen ist der Nahverkehr vielfach ausgetrocknet. Bahnstrecken sind stillgelegt, Busse fahren häufig nur zwei- bis dreimal am Tag über Land. Es ist eben teurer, fast leere große Busse außerhalb der Stoßzeiten fahren zu lassen als bedarfsgerecht kleine Autos dann, wenn jemand tatsächlich fahren will.

Was tun? Die formale Grundlage, die irrwitzig niedrigen Grenzwerte, müßte wieder auf ein vernünftiges Maß gestutzt und die Meßstellen überprüft werden. Doch danach sieht es im Augenblick nicht aus. Normen sind der ideale Hebel, um eine Industrielandschaft zu zerstören. Die Grundlagen für das jetzige Desaster wurden bereits vor Jahrzehnten gelegt, als in Brüssel neue Normen mit entsprechenden weiteren verschärfenden Stufen festgesetzt wurden. Kein Autohersteller konnte sie seinerzeit einhalten. Die Technik gab es schlicht nicht. Sie griffen zu den bekannten Tricks.

Und wenn die Proteste jetzt nicht stärker werden, geht der Irrsinn weiter. Die EU hat im vergangenen Jahr die Grenzwerte für den Flottenverbrauch noch einmal heruntergeschraubt. Sie sind nicht mehr mit Verbrennungsmotoren einzuhalten, sondern nur mit Elektroautos. Die Bundesregierung hat übrigens nicht widersprochen. Für Verwaltungsrichter ist die Lage klar: Norm überschritten - Fahrverbot her. Für sie spielt keine Rolle, daß es der Gesundheit gleichgültig ist, ob ein Jahresmittelwert von 40 oder 50 µg/m³ Stickstoffdioxide in der Luft gemessen werden. Ein Richter fragt nicht nach dem Sinn dieser Zahlen. Bei den in Sachen Luft pingeligen Amerikanern liegt derselbe Grenzwert außer in Kalifornien übrigens bei 103 Mikrogramm.

Die Luft in den Innenstädten ist gegenüber den 1960er und 1970er Jahren beeindruckend sauber geworden. Überschreitungen selbst der windigsten Meßwerte sind, das zeigen die Datenreihen des Umweltbundesamtes, selten geworden. Das ist auch ein beeindruckender Erfolg technischer Entwicklungen. Kraftwerke wurden mit Filtern und Katalysatoren ausgerüstet, Automotoren mit einer aufwendigen und teuren Chemiefabrik zur Reinigung der Abgase unter dem Wagenboden ausgerüstet. Aus einem Diesel der neuesten Euronorm 6d-temp kommt dank Rußfilter, Katalysatoren und Einsatz von Harnsäure praktisch nur noch CO₂ heraus. Alles andere wird weggefiltert.

Doch es geht nicht nur gegen den Diesel. Wenn der weg ist, kommt der Benziner dran. Es geht um den Umbau der Gesellschaft, um die "große Transformation". Dabei soll die individuelle Mobilität auf der Strecke bleiben, jene großartige Errungenschaft der Moderne. Willig machen die meisten Medien mit und verbreiten kritiklos das Märchen vom Klimawandel aufgrund des menschengemachten CO₂-Ausstoßes. Die Luft könne nur wieder sauber werden ohne Auto. Verzicht predigen satte Bürgerkinder in der Großstadt.

Auf einem Plakat in Stuttgart stand: "Ich bin wütend!" Das sind mittlerweile viele. Vielleicht reicht es ja jetzt zu einer breiten Protestbewegung.

Holger Douglas ist Wissenschafts- und Technikjournalist, arbeitete für das ZDF und Al Jazeera. 2018 erschien sein Buch "Die Diesel-Lüge".<<

8. Wie soll die Abschaffung des Bargeldes erreicht werden?

Die Abschaffung des Bargeldes dient in erster Linie der Entmündigung und Unterdrückung der Menschen:

Beim Feldzug gegen das Bargeld geht es eigentlich hauptsächlich darum, die persönlichen Freiheitsrechte und die Selbstbestimmung der Menschen einzuschränken (Ende von Privatheit und selbstbestimmter Entscheidung).

In einem rein digitalen Finanzsystem können die Machthaber der absolutistischen Obrigkeitsstaaten außerdem problemlos auf das Vermögen der Bevölkerung zugreifen.

Falls alle Zahlungen nur noch elektronisch erfolgen, wird das digitale Geld zum absoluten

Herrschaftsinstrument, denn in einer vormundschaftlichen, totalitären Diktatur kann jeder mißliebige Kritiker oder Regimegegner sofort finanziell abgeschaltet und damit physisch erledigt werden.

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 6. März 2016 (x1.000/...):

>>>**Drohende Bargeldabschaffung: ZDF wirbt für die Totalüberwachung per RFID-Chip**

Leider scheinen die warnenden Stimmen der angeblichen Verschwörungstheoretiker einmal mehr Recht zu bekommen: In einem äußerst propagandistischen Beitrag hat das ZDF kürzlich dafür geworben, daß die Zukunft des Zahlungsverkehrs bei implantierbaren RFID-Chips liege. RFID ist die Abkürzung der englischen Bezeichnung "Radio-Frequency Identification", was zu deutsch heißt "Identifizierung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen".

RFID-Chips sind lediglich millimetergroße Mikrochips, die vorzugsweise unter die Haut der Hand eingepflanzt werden. Auf ihnen können Daten per Funk gespeichert und ausgelesen werden. In Schweden sei bereits ein Pilotprojekt zur bargeldlosen Bezahlung über solche RFID-Chips im Einsatz, schwärmte der Moderator Claus Kleber in der betreffenden Sendung und ließ einen Software-Entwickler unwidersprochen Werbung für die angebliche Sicherheit der RFID-Technologie machen.

Unter anderem behauptete dieser Folgendes: "Wenn man mit Leuten darüber redet, hört man immer wieder, die Regierung könne dann ja sehen, wo man sich befinde, daß man seine persönliche Unabhängigkeit verliere usw. Das sei aber nicht der Fall, denn diese Chips senden keine Signale aus, man braucht ein Lesegerät damit sie funktionieren, sie sind passiv."

Wirklich unabhängige Software-Experten widersprechen solchen Behauptungen vehement. Sollte die Bezahlung per Chip eines Tages tatsächlich zum Standard werden, dann wäre der Standort jedes gechipten Bürgers bei jeder getätigten Bezahlung gerade durch das verwendete Lesegerät sofort nachvollziehbar.

Dadurch ließen sich nicht nur für Geheimdienste, sondern auch für professionelle Hacker und Verbrecher jeder Art, mit einfachsten Mitteln präzise Verhaltensprofile erstellen. Es würde dadurch völlig transparent werden, wer wann und wo einkauft, essen geht, das Kino besucht oder öffentliche Verkehrsmittel nutzt. Dies wäre die Geburt des absolut gläsernen Bürgers. Und leider besteht wenig Grund zur Hoffnung, daß diese Form der totalen Überwachung noch sehr lange auf sich warten läßt.

Denn was der Moderator Claus Kleber freundlich lächelnd ankündigt, steht seit vielen Jahren als fester Plan auf der Agenda globaler Elitenetzwerke. Und genau diesen Elitenetzwerken gehört Claus Kleber an, denn er ist ein Mitglied der sogenannten "Atlantik-Brücke". Dies ist eine Eliteorganisation, die als deutsche Filiale des unwahrscheinlich mächtigen globalistischen Eliteclubs CFR "Council on Foreign Relations" gilt.

Das heißt Folgendes: Der bekannte Hollywood-Produzent, Geschäftsmann und spätere Politikaktivist Aaron Russo, brachte kurz vor seinem Tod ans Licht, welche Ideen Nicholas Rockefeller vertrat, als er ihn zur Mitgliedschaft beim eben genannten CFR (Council on Foreign Relations) bewegen wollte: "Das Ziel der Agenda ist eine Weltregierung zu schaffen und jedem Bürger einen RFID-Chip zu implantieren. Alles Geld soll sich nur noch in diesen Chips (d.h. auf dem Konto) befinden.

Es wird kein Bargeld mehr geben. Rockefeller sagte mir direkt, daß sie das erreichen wollen. Das ganze Geld wird in deinem Chip sein. Wenn man anstelle von Bargeld, Geld auf seinem Chip hat, können sie jeden Betrag, wann immer sie wollen entnehmen ... Und wenn man dagegen protestiert, können sie den Chip ausschalten und Du hast nichts mehr. Du kannst kein Essen mehr kaufen, Du kannst nichts mehr tun. Totale Kontrolle über die Bevölkerung. Die wollen eine Weltregierung unter ihrer Kontrolle."

Dies war der Grund, warum sich Russo gegen die Mitgliedschaft beim CFR entschied, dessen Tochtergesellschaft nun über ihr aktives Mitglied Claus Kleber offene RFID-Werbung im

deutschen Fernsehen betreibt.

Geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer, entweder wir erwehren uns dieser Entwicklung mit aller Entschlossenheit, oder die totale Überwachung wird unsere völlige Versklavung an die von Aaron Russo geschilderte Elite bedeuten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtete im April 2020: >>**Die Welt danach**

Die Abstandsgesellschaft führt nicht nur zu einer Vereisung der zwischenmenschlichen Kontakte - der Staat greift auch massiv in unsere Freiheitsrechte ein. Eine Übersicht.

_ von *Pföhringer/Klemm/Grassmann*

... **Bargeldverbot: Angriff auf das Privatvermögen**

"Bargeld ist schmutzig! Die Weisheit, die schon Kinder eingebleut bekommen, setzt sich in Corona-Zeiten auch bei den Erwachsenen in die Köpfe", unkte die Bild am Sonntag am 19. April. Laut einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Oliver Wyman könnte der Anteil der Barzahlungen am gesamten Zahlungsverkehr im deutschen Einzelhandel bis 2025 auf 32 Prozent sinken. Schon jetzt werde etwa die Hälfte aller Transaktionen per Giro- und Kreditkarten sowie Apps getätigt. Corona forcieren den Trend hin zu bargeldlosem Zahlungsverkehr noch einmal, vermutet die international tätige Beratungsagentur mit Hauptsitz in New York.

Den Internationalen Währungsfonds (IWF) unter seiner Präsidentin Christine Lagarde dürften solche Nachrichten freuen. Seit Ausbruch der Pandemie trommelt die Schwesterorganisation der Weltbank verstärkt für die Abschaffung von Geldscheinen und -münzen. Neuerdings wird dabei der Gesundheitsschutz als Argument ins Feld geführt. Doch geht es den Globalisten wirklich um das Wohl der Menschen?

Das erscheint mehr als fraglich. Forderungen nach einer Abschaffung oder gar einem Verbot des Bargelds gibt es schon seit Langem. "Die Zentralbanken könnten auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen, um so die Wirtschaft anzukurbeln", erklärte der frühere IWF-Chefökonom Kenneth Rogoff schon im November 2014 auf einer Veranstaltung des Ifo-Instituts in München.

Auffällig ist, daß der Währungsfonds erst im Januar dieses Jahres - also zu einer Zeit, als Corona ein im Wesentlichen auf die chinesische Stadt Wuhan beschränktes Problem war - die Empfehlung an die Notenbanken ausgegeben hatte, im Falle einer Rezession die Zinsen tief in den negativen Bereich zu drücken. Ohne Bargeldverbot hat die Maßnahme aber keinen Sinn: Wer auf dem Konto anspart, würde zwar bei Negativzinsen Verluste erleiden - doch könnte er das leicht umgehen, indem er Bares abhebt.

Statt eines direkten Verbots wird vom IWF auch ins Spiel gebracht, alle Barzahlungen mit einem Aufschlag zu belegen. Allerdings sollten solche Maßnahmen schrittweise erfolgen, um eine öffentliche Diskussion zu vermeiden, rät der Währungsfonds in seinem Papier vom Januar 2020 ausdrücklich.

Einschränkungen des Bargeldverkehrs wären "nicht gerechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie", meint der Staatsrechtler und frühere Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier. Das in Wien ansässige Hayek Institut schreibt: "Diese Idee ist im Grunde nichts anderes als ein weiterer Angriff auf das Vermögen der Bürger", die ohnehin schon seit Jahren "unter stiller Enteignung durch die Entwertung ihres Sparguthabens durch niedrige Zinssätze und Inflation" litten.

Bereits 2016 notierte der damalige FAZ-Mitherausgeber Holger Steltzner: "Beim Feldzug gegen das Bargeld geht es um mehr als das Bezahlen. ... Es geht um das Ende von Privatheit und selbstbestimmter Entscheidung, um Lenkung von Verhalten und um den Zugriff auf das Vermögen."

"Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich ... vergessen."

Christian Drosten

Einen medizinischen Grund für die Abschaffung des Bargeldverkehrs gibt es übrigens nicht. "Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich mal weitgehend vergessen", erklärte dazu Christian Drosten, Chefvirologe der Berliner Charité, in seinem NDR-Podcast. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 14. Februar 2021 (x1.000/...): >>Corona - der Türöffner für ein Zwangsgeldsystem? - Eine Einschätzung von Ernst Wolff -

Unser Finanz- und Wirtschaftssystem ist am Ende. Daher arbeiten alle großen Zentralbanken mit Hochdruck an der Einführung eines neuen Geldsystems - der digitalen Zentralbankwährung. Unter normalen Umständen würden die Menschen ein solches Geld nicht akzeptieren, weil es völlige Kontrolle bedeutet. Doch wie sieht es aus, wenn infolge der Corona-Maßnahmen ein komplettes Chaos entsteht?

Unser Leben hat sich in den vergangenen zwölf Monaten gewaltig verändert und viele Menschen hoffen mehr denn je auf eine Rückkehr zur alten Normalität. Doch nach Ansicht des Finanzexperten Ernst Wolff ist dies leider unmöglich, da die Welt sich in einem historischen Umwandlungsprozeß befindet, der unaufhaltsam und nicht rückgängig zu machen ist.

Um diesen historischen Umbruch zu verstehen, hilft es, einen Blick auf die Entwicklungen unseres Finanz- und Wirtschaftssystems zu werfen. Begonnen hat alles laut Wolff mit der fortschreitenden Abschaffung der rechtlichen Einschränkungen (= Deregulierung) des Bankensektors Mitte der 1970er-Jahre. Seitdem ist der Bankensektor immer mächtiger geworden und wird jetzt von den Vermögensverwaltern der Ultrareichen - den sogenannten Hedgefonds - wie z.B. BlackRock beherrscht.

Ebenfalls in den 70er-Jahren begann die Digitalisierung, als Konzerne wie Microsoft und Apple gegründet wurden. Sie sind heute nicht nur Billionen von Dollar wert, sondern kontrollieren und beherrschen die neben dem Geld wichtigste Lebensader der Wirtschaft, den Datentransfer.

Durch die enge Verschmelzung dieser Vermögensverwalter bzw. Hedgefonds, die mit ihrem Geld in die entstandenen Digitalkonzerne eingestiegen sind, und dem enormen Einfluß der dahinter stehenden Finanzelite mit ihren Denkfabriken und Stiftungen (www.kla.tv/17746) ist es so zu einer enormen Machtkonzentration gekommen - dem digital-finanziellen Komplex. Eine Machtkonzentration, die durch ihre finanziellen und technischen Möglichkeiten, sowie ihrem politischen und medialen Einfluß, so noch nie in der Geschichte der Menschheit vorgekommen ist.

Dennoch kämpft dieser digital-finanzielle Komplex laut Ernst Wolff mit drei großen Problemen:

1. Das Finanzsystem ist in seiner jetzigen Form nicht überlebensfähig und wird seit 2007/08 nur durch beständige Geldzufuhr und kontinuierliche Zinssenkung von den Zentralbanken künstlich am Leben erhalten. Da die Zinsen inzwischen jedoch bei Null angekommen sind, schwinden die Einflußmöglichkeiten der Zentralbanken, wodurch das System zu kollabieren droht.

2. Die Digitalisierung kann Menschen zwar als Arbeiter ersetzen, nicht aber als Konsumenten. Da durch die Digitalisierung aber gleichzeitig das Heer von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ständig anwächst, droht der Konsum - das Lebenselixier der Wirtschaft - einzubrechen.

3. Wenn die menschliche Arbeit durch die Digitalisierung zunehmend entfällt, wird das Prinzip des Geldes, das bisher immer ein Gradmesser für menschliche Arbeit war, auf Dauer unhaltbar. Aus diesem Grund arbeiten zurzeit alle großen Zentralbanken der Welt mit Hochdruck an der Einführung eines neuen Geldsystems - der digitalen Zentralbankwährung oder

auf englisch CBDC, dem Central Bank Digital Currency. Dieses soll das Bargeld schließlich vollständig verdrängen, ausschließlich in digitaler Form existieren und zentral über Konten bei einer Zentralbank verwaltet werden.

Eine wirkliche Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Banken bzw. dem Bezahlen mit Bargeld oder mit Karte wird es somit nicht mehr geben. Dieses zentralisierte und alternativlose Geldsystem wird die Menschheit somit nicht nur der Kontrolle des Staates, sondern zudem auch der Kontrolle der großen IT-Konzerne unterwerfen, da das Bezahlen der Zukunft mittels Handyberührung oder durch den Scan eines QR-Codes erfolgen soll. Die Menschen können durch das CBDC dann auch in jeder Hinsicht bestimmt werden. Es kann z.B. an Fristen und damit an ein Verfallsdatum oder auch zweckgebunden ausgegeben werden.

Durch Negativzins kann Sparen unmöglich gemacht und der Konsum angekurbelt werden. Außerdem wird der digital-finanzielle Komplex damit in der Lage sein, uns bei mangelndem Wohlverhalten gegenüber dem Staat oder den IT-Konzernen Strafen aufzuerlegen, uns Auszahlungen oder Überweisungen zu verweigern, oder uns das Konto vollends zu sperren. Angesichts dieser Gefahren werden die meisten Menschen unter normalen Umständen ein solches Geld sicher nicht akzeptieren.

Doch wie sieht es aus, wenn infolge der Corona-Maßnahmen die Wirtschaft in die Knie gezwungen wird, reihenweise vor allem mittelständische Betriebe bankrott gemacht und so Arbeitsplätze in riesigem Ausmaß vernichtet werden? Was ist, wenn die Staatskassen geplündert und die Staaten hoffnungslos überschuldet sind, wenn sich Hilfszahlungen an die tatsächlich Bedürftigen hinauszögern, die Menschen durch immer neue Schreckensmeldungen zermürbt und auch durch mediale Manipulation gegeneinander aufgehetzt werden, bis schließlich ein komplettes Chaos entsteht? -

Wenn man dann den Menschen, die gewissermaßen am Boden liegen, als Rettung ein universales Grundeinkommen anbietet, würden sie mit großer Wahrscheinlichkeit dieses neue Geldsystem akzeptieren. Sie müßten hierzu ja nur ein digitales Zentralbankkonto eröffnen. Aus diesem Zusammenhang heraus stellt Ernst Wolff die Frage: "Könnte es vielleicht sein, daß man die digitale Zentralbankwährung so ohne großen Widerstand einführen und die Falle auf diese Weise zuschnappen lassen könnte ...?"

Offenbar ist unser Finanz- und Wirtschaftssystem am Ende, wodurch die Finanzelite in Zugzwang geraten ist. Unabhängig davon, ob es nun genau so kommt wie beschrieben, oder ob durch zusätzliche Ereignisse dieses totale Chaos herbeigeführt wird, so zeigt die Einschätzung von Ernst Wolff doch eines: Es ist in der jetzigen Zeit besonders wichtig, politische Ereignisse mit den Entwicklungen unseres Finanzsystems in Zusammenhang zu bringen, um sie richtig einordnen zu können.

Aus diesem Grund ist Ernst Wolff auch unablässig bemüht, durch stets neue Artikel, sowie durch sein kürzlich erschienenes Buch "Wolff of Wall Street - Ernst Wolff erklärt das globale Finanzsystem" diese Zusammenhänge aufzuzeigen, um damit ein Bewußtsein in der Bevölkerung zu schaffen. Denn es ist dringend erforderlich, daß die Unwissenheit darüber und die Täuschung der Bevölkerung ein Ende hat. Nur so kann es gelingen, die Pläne des digital-finanziellen Komplexes zu durchkreuzen und ein neues demokratisches Geldsystem zum Wohle aller aufzurichten.

Helfen auch Sie mit, indem Sie über diese Zusammenhänge sprechen und diese Sendung verbreiten. Die nachfolgende Liste von Ländern, deren Zentralbanken an der Einführung einer digitalen Zentralbankwährung arbeiten, zeigt, wie weltumspannend diese Entwicklung ist: USA, Kanada, Länder der Euro-Zone, England, Schweiz, Norwegen, Schweden, Ukraine, Rußland, China, Süd-Korea, Japan, Singapur, Hongkong, Australien, Thailand, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi Arabien, Tunesien, Senegal, Uruguay, Venezuela, Brasilien, Peru, Bahamas ...<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 15. Oktober 2021 (x1.054): >>Die Bargeldabschaffung

Über den Umweg von "Obergrenzen" wollen die Feinde des alten Gelds ihren Traum realisieren und unseren Zahlungsverkehr komplett überwachbar machen.

von *Hansjörg Stütze*

Am 20. Juli 2021 beherrscht folgende Schlagzeile die Medien: "EU will eine Bargeldobergrenze von 10.000,- Euro einführen." Die Argumentation hierfür ist wie seit vielen Jahren immer die gleiche: Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus. Was sich dahinter verbirgt, welche verborgenen Mächte diese Forderung stetig vorantreiben und welche gravierenden Auswirkungen dies auf unser Bargeld hat, beleuchtet dieser Artikel.

Keiner will das Bargeld abschaffen! Bargeldabschaffung ist Verschwörungstheorie. Ein Bargeldverbot will keiner und wird auch nicht kommen. Diese oder ähnliche Aussagen werden uns seit Jahren mantramäßig eingetrichtert. Aber wie ist hierzu die Realität?

Eine Bargeldobergrenze ist bereits ein Bargeldverbot

Wußten Sie, daß eine Bargeldobergrenze bereits einem Bargeldverbot gleichkommt? Ja, Sie haben richtig gelesen. Bei einer Bargeldobergrenze von zum Beispiel 10.000,- Euro ist es gesetzlich verboten, Waren, Dienstleistungen und Güter ab diesem Betrag bar zu bezahlen.

Der Begriff Bargeldobergrenze verschleiert nämlich die wahre Bedeutung des Wortes. Es müßte Bargeldverbot ab 10.000,- Euro heißen. Aber solch eine klare und ehrliche Ausdrucksweise läßt sich nicht gut verkaufen.

Aber Hand aufs Herz: Wen kümmert es, wenn es verboten ist, Beträge ab 10.000 Euro bar zu bezahlen? Wann ist das bei Ihnen das letzte Mal vorgekommen? Vermutlich gar nicht oder nur äußerst selten. Also - wo liegt das Problem?

Schaut man hinter die Kulissen und berücksichtigt die Entwicklungen zur Bargeldabschaffung über die Jahre, dann merkt man schnell, daß die Idee einer Bargeldobergrenze nicht neu ist. So begannen die ersten Länder in Europa ab 2004 Bargeldobergrenzen einzuführen.

Heute, im Jahr 2021 sind es schon mindestens 14 Länder in Europa, die solche Bargeldobergrenzen eingeführt haben, beispielsweise Belgien 3.000 Euro, Spanien 2.500 Euro, Italien 2.000 Euro, Frankreich 1.000 Euro und Griechenland sogar nur 500 Euro. In all diesen Ländern und vielen mehr gibt es also schon heute ein Bargeldverbot ab diesen Grenzen. Griechenland wollte die Bargeldobergrenze im Jahre 2020 sogar schon auf 300 Euro senken. Dies konnte nur abgewendet werden, weil der 500-Euro-Schein noch gesetzliches Zahlungsmittel ist. Und somit ist eine Bargeldobergrenze unter 500-Euro aktuell rechtlich nur schwer durchzusetzen.

Aber auch hierfür wurden schon Vorbereitungen getroffen. So gibt die Europäische Zentralbank (EZB) seit Ende 2018 keine 500-Euro-Scheine mehr heraus. Er ist somit zu einem Auslaufmodell geworden. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis der 500-Euro-Schein den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels verliert. Dann ist der Weg frei, die Bargeldobergrenze leicht auf 200 Euro zu senken. Der Wunsch danach ist groß, Griechenland hat diesen bereits geäußert.

Die EU-Kommission folgt offensichtlich auch nicht der Idee, die Bargeldobergrenze auf 10.000 Euro zu belassen. In ihrem Vorschlag äußert sie, daß Staaten, die ein niedrigeres Limit bereits eingeführt haben, dieses belassen können. Dies spricht Bände!

Bemühungen zur europaweiten Bargeldobergrenze

Auch die Idee einer europaweiten Bargeldobergrenze ist nichts Neues. Im Jahr 2016 hat unser ehemaliger Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble eine Bargeldobergrenze von 5.000 Euro europaweit gefordert. Mit diesem Versuch ist er jedoch kläglich gescheitert.

So äußerte sich hierzu der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, daß eine Beschränkung von Barzahlungen verfassungswidrig ist: "Dies wären nicht ge-

rechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie."

Das Zauberwort für die Durchsetzung von Bargeldgrenzen ist immer das gleiche: Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismus et cetera. Bemerkenswert hierzu ist die Aussage von Bundesbank-Vorstand Johannes Beermann: "Bislang gibt es keinen wissenschaftlich fundierten Beleg, daß mit Barzahlungsobergrenzen das Ziel erreicht wird, Geldwäsche zu bekämpfen."

Wir haben schon seit 2004 Länder in Europa, die Bargeldobergrenzen eingeführt haben und es konnte bisher nicht wissenschaftlich nachgewiesen werden, daß damit dieses Ziel erreicht werden kann. Und trotzdem versucht die EU, solch eine Bargeldobergrenze europaweit einzuführen. Steht hinter den EU-Plänen vielleicht doch ein ganz anderes Ziel?

Um Ihnen hierzu einen weiteren Hinweis zu geben, möchte ich nachfolgend einige Passagen aus einem IWF-Arbeitspapier zitieren. Ich verspreche Ihnen: Das, was Sie jetzt lesen werden, werden Sie nicht glauben können:

Die Agenda zur Bargeldabschaffung

"... völlige Bargeldlosigkeit sollte phasenweise in Schritten vollzogen werden. Die Abschaffung des Bargeldes könnte auf anfänglich völlig unumstrittenen Schritten basieren, wie große Banknoten abzuschaffen, eine Obergrenze für Bartransaktionen einzuführen und das Registrieren von Bargeldbewegungen über die Grenzen. Weitere Schritte könnten beinhalten, daß man wirtschaftliche Anreize einführt, um Bargeldtransaktionen zu reduzieren, indem man das Eröffnen und Verwenden von Konten, von denen man bargeldlos überweisen kann, vereinfacht und das Finanzsystem weiter computerisiert."

"Es ist vorzuziehen, daß der private Sektor die Bargeldabschaffung betreibt und nicht der staatliche Sektor. ... Wenn der Staat die Abschaffung des Bargeldes betreibt, erscheint es fragwürdiger und die Leute könnten Einwände dazu haben. ... Auf jeden Fall sollte der verführerische Versuch, das Bargeld durch ein Dekret abzuschaffen, verhindert werden, wenn man bedenkt, wie sehr die Leute das Bargeld mögen."

Eine PR-Kampagne ist notwendig, um irgendwelche Verdachtsmomente bezüglich der Bargeldabschaffung zu beschwichtigen, ganz besonders die Idee, daß die Behörden versuchten, alle Aspekte vom Leben der Leute zu kontrollieren, insbesondere ihren Gebrauch von Geld oder die Idee, daß ihr persönlich Erspartes in Banken gezwungen würde.

Die Bargeldabschaffung würde mehr Zugkraft gewinnen, wenn der Prozeß auf individuellem Konsumentenwillen und Kostenvorteilen bestehen würde."

"Koordinierte Anstrengung bei der Bargeldabschaffung könnte die positiven Wirkungen verstärken und mögliche Kosten reduzieren."

Mindestens auf der Ebene der führenden Länder und der führenden Währungen sollten Behörden ihre Bargeldabschaffungsanstrengungen koordinieren.

Solch eine Koordination ist ganz speziell wichtig bei der Entscheidung, größere Banknoten bei allen wichtigen Währungen abzuschaffen, Obergrenzen und andere Restriktionen für Bartransaktionen festzulegen und Meldepflichten für Bartransaktionen oder ihre Besteuerung einzuführen. Innerhalb eines Währungsraumes wäre es sinnvoller, Richtlinien für den ganzen Raum festzulegen statt nur für einzelne Länder. Und schlußendlich ist eine Übereinstimmung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor und eine PR Kampagne über die Vorteile und die Vorgehensweise bei einer graduellen Abschaffung eine unerläßliche Grundvoraussetzung beziehungsweise Schlüsselfunktion für einen Erfolg."

Sie können nicht glauben was Sie gerade gelesen haben? Dann empfehle ich Ihnen, es direkt auf der Seite der IWF nachzulesen: IWF-Arbeitspapier WP/17/71, Absätze 52, 53 und 56.

Hellseherische Fähigkeiten

Vor kurzem hat mir ein Leser meines Buches "Das Bargeldkomplott" folgendes Feedback gegeben:

"Herr Stützle, Sie haben hellseherische Fähigkeiten. Wie konnten Sie all das wissen, was nach Veröffentlichung Ihres Buches zur Bargeldabschaffung tatsächlich geschehen ist?"

Ich versichere Ihnen, daß ich keine hellseherischen Fähigkeiten habe. Man muß nur die Daten und Fakten recherchieren und zusammentragen. Wie bei einem Puzzle ergibt sich dann ein immer deutlicheres Bild, wenn man kontinuierlich ein Puzzle-Stück nach dem anderen zusammensetzt. Aber den Plan der Bargeldabschaffung so klar und prägnant zu beschreiben, wie es der IWF in seinem Arbeitspapier gemacht hat, hätte ich nicht können.

Was können wir tun?

Es ist mehr als offensichtlich, daß die geplante Bargeldobergrenze von 10.000 Euro nur der erste Schritt sein wird und danach die Grenzen kontinuierlich gesenkt werden. Ich persönlich hätte nicht einmal ein Problem damit, wenn solch eine Bargeldobergrenze eingeführt wird. Aber das Problem ist, daß wir Bürger immer nur Versprechungen, aber nie Garantien erhalten. Eine gesetzliche Garantie für unser Bargeld zum Beispiel im Grundgesetz oder in den EU-Verträgen wird nicht gegeben. Das wird gemieden wie der Teufel das Weihwasser.

Sie beruhigen und besänftigen uns und gehen ein Schritt nach dem anderen in Richtung Bargeldabschaffung.

Deshalb müssen wir bei solchen Forderungen immer eine Gegenleistung verlangen nach dem Motto: Gerne könnt ihr die Bargeldobergrenze einführen, aber nur wenn ihr uns jetzt Garantien für den Erhalt des Bargeldes gebt.

Auf meiner Aufklärungsplattform bargeldverbot.info finden Sie nicht nur weitere Informationen zu diesem Thema, sondern auch insgesamt 15 Lösungen zum Erhalt des Bargeldes, die Sie nutzen können. Hier einige Lösungs-Beispiele:

Zahlen Sie so oft wie möglich bar

Jeder Geldschein ist wie ein Wahlschein und Sie sagen damit täglich "JA" zu Bargeld. Reden Sie darüber, warum Sie das tun. Viele Personen verzichten zudem auf die Herausgabe des Restgeldes und stärken damit Bargeld. Vielleicht auch eine Idee für Sie?

Zeigen Sie Flagge

Zeigen Sie Flagge und beziehen Sie Position für unser Bargeld. Drei Flaggen stehen Ihnen zur Auswahl. Diese können Sie ganz einfach über Ihre sozialen Medien mit einem einzigen Mausklick teilen und somit in Sekundenschnelle in Ihrem Wirkungskreis und Umfeld verbreiten und Position beziehen. ...

Hansjörg Stützle, Jahrgang 1970, arbeitete nach seiner Fachausbildung im väterlichen Beratungsunternehmen für integrale Unternehmensentwicklung. Er erforschte die Grundwahrheiten des Geldes und bündelt dieses Wissen in seinem Projekt "WertVoll Leben", das er in Vorträgen, Seminaren und Ausbildungsreihen der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Er setzt sich für den Erhalt des Bargeldes ein und arbeitete drei Jahre lang an dem Buch "Das Bargeldkomplott", in dem er 15 Jahre Recherche zur schleichenden, aber keineswegs zufälligen Abschaffung des Bargeldes dokumentiert.<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21745"](https://www.klagemauer.tv/21745) berichtete am 22. Januar 2022 (x1.049/...): >>>**Bargeldlos - Türgriff zur Hölle**

Kla.TV-Gründer *Ivo Sasek* beleuchtet die Schattenseiten des zunehmend bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Der Spruch: "Nur Bares ist Wahres" greift derweil zu kurz. Bargeld ist zum austauschbaren Begriff für letzte Freiheit geworden. Bargeldlosigkeit entpuppt sich hier bedrohlich als Türgriff zum Haus der weltumspannenden Sklaverei. Bargeld dagegen zeigt sich als wichtiges Sicherheitsschloß, das diese Form der Hölle noch zurückhält. ...

Wißt ihr, der erwähnte Zielhafen der Plandemie liegt eben nicht bloß in der totalen Überwachung, sondern vielmehr in der totalen Kontrolle, in der totalen Beherrschung jedes einzelnen Erdenbürgers!

1. Laßt uns den weltweiten Entscheid herbeiführen, daß aus Krisen, aus Seuchen, aus Epide-

mien, Pandemien, Katastrophen und dergleichen, ab sofort keinerlei Profite mehr geschlagen werden dürfen.

Ich bin Ivo Sasek, der seit 1977 vor Gott steht.

Und wenn das, was ihr gleich hört, sich nicht haargenau dahin zu entwickeln sucht, wie ich es jetzt sage, darf man mich gerne einen falschen Propheten nennen.

Laßt uns vorab nochmals unmißverständlich den Zielhafen skizzieren, in den uns diese ganze gegenwärtige Corona-Plandemie manövrieren will. Zuletzt darf es natürlich auch an einem gangbaren Ausweg nicht fehlen. Jetzt aber gleich zum entscheidenden Punkt: Welche Lautsprecher-Anweisungen werden uns doch gerade seit Monaten in nahezu jedem großen Lebensmittelgeschäft eingehämmert?

Ja, richtig: "Bezahlen Sie kontaktlos." Ich höre es immer wieder. Und die Medien beschwören als unermüdliche Sprachrohre von irgendwelchen ominösen Hintermännern die Verwendung der "Contact-Tracing-App". Natürlich alles in Englisch im deutschsprachigen Raum. Wir sollen uns mit anderen Worten zunehmend überall und jederzeit verfolgbarmachen. Ja, Ich habe diese Vokabel "verfolgbar" ganz bewußt gewählt, weil seine Zweideutigkeit uns schon einmal in die zentrale Thematik einstimmt, um die es hier geht.

Wißt ihr, der erwähnte Zielhafen der Plandemie liegt eben nicht bloß in der totalen Überwachung, sondern vielmehr in der totalen Kontrolle, in der totalen Beherrschung jedes einzelnen Erdenbürgers!

So lange es geht, soll dieser Zielhafen auch mittels Corona-Flaggschiff also direkt angesteuert werden. "Gesundheit um jeden Preis" lautet die gegenwärtige politische Devise. Die durch Lockdowns erzwungenen Freiheitsentzüge können bereits nur noch über Ablässe aller Gattung zurückgekauft werden - und der Billionenhandel, Billionen (!) - er blüht: Begonnen hat alles mit dem Masken-Ablaßhandel, wie ihr wißt, obgleich die tonangebenden Experten vorab offen beteuerten, betonten, daß Masken überhaupt nichts bringen, trotzdem.

Dieser Befund lieferte aber den idealen zeitgemäßen Vorwand, um die ersten Schritte in die erwünschte Total-Überwachung weltweit erzwingen zu können. Versteht ihr das? Dieser erzwungene Gang ist seither selbstverständlich begleitet von einem immer blühenderen Geschäft mit Selbsttest-Ablässen, PCR-Ablässen, dann Impf-Ablässen, Zertifikats-Ablässen und und und. Laßt es euch aber in aller Deutlichkeit gesagt sein: Es wird niemals die versprochene Freiheit sein, die ihr euch mit all den genannten und noch kommenden Ablässen erkauft. Ihr erkauft euch damit einzig den totalen Sklavenstand.

Und jeden Tag hört ihr es in den Geschäften über die Lautsprecher, auf welchem Weg ihr eure Versklavung erkauft. Achtet doch darauf! "Bezahlen Sie kontaktlos!" "Bezahlen Sie kontaktlos!" Also schon lange vor Corona haben doch zahllose Aufklärer schon aufgedeckt, wie die Abschaffung des Bargeldes eine strategische Grundlage der selbsterwählten Weltherrscher bildet. Da wußten wir ja von Corona noch nichts.

Trotzdem versuchen sich selbst die meisten Ärzte dieser Welt ihre Freiheit gerade über den Zertifikats- und Impf-Ablaß-Handel zu erkaufen. Aber bitte hört mich an, all ihr Ärzte da draußen, die ihr so etwas macht: Ihr wißt es doch haargenau, daß man mit Corona alles, aber auch wirklich alles, was ihr auf euren Universitäten zum Thema gelernt habt, über Nacht über den Haufen geworfen hat.

Anstatt euch aber vereint, geschlossen, gegen diesen Skandal zu erheben und euer teuer erworbenes Fachwissen zu verteidigen, schweigt ihr einfach. Und zwar - ich sag warum - aus lauter Angst, daß ihr eure Lizenzen verliert. Und dadurch unterstützt ihr ausgerechnet jenen Masterplan, der hinter dieser gesamten Seuchen-Propaganda und Völkerschreckung steckt!

Und ihr befolgt sogar selber die strategische Order der kontaktlosen Bezahlung. Dabei könnte euer lautstarkes Festhalten allein schon an der ersten Lektionen in Pathologie, Virologie, Biologie oder was auch immer zur sofortigen Vereitelung dieser Bargeldlos-Strategie führen.

Aber auch jeder durchschnittlich Unterwiesene in medizinisch-anatomischen Bereichen sollte dieses empirisch nachgewiesene Grundwissen doch noch im Kopf drin haben.

Jeder Krankenschwester zum Beispiel oder Hebamme wird doch in der Grundausbildung beigebracht, daß Viren nicht selbständig leben können, sondern einen lebendigen Wirt brauchen. Wie könnten da Viren auf totem Bargeld also überleben? ...

Doch jetzt kommen wir zum zentralsten aller Punkte: Mit der Abschaffung des Bargeldes wird jeder einzelne Erdenbürger erpreßbar bis zum Letzten. Denkt jetzt gut darüber nach, was ich sage. Die gegenwärtigen Erpressungen sind nur gerade ein kleiner Vorgeschmack auf das, was noch kommt, wenn wir das Bargeld verlieren. Das ist meine feste Prognose. Schon jetzt werden alle, die nicht exakt den Gesundheitsdiktaten entsprechen, von allen möglichen Geschäften, Vergnügungen, Räumlichkeiten, Dienstleistungen, Berufen usw. ausgesperrt.

Nur durch so erzwungene Unterwerfungen können Teilfreiheiten gegenwärtig wieder zurückgekauft werden. Ist aber erstmal das Bargeld abgeschafft, werden ein und dieselben Diktatoren einfach so lange die Konten der Unfügsamen sperren, bis diese wirklich in allem exakt nach ihrer Pfeife tanzen. Versteht ihr das? Und seht ihr, dann wird es für uns alle erst so richtig hart. Heute schon zwingen diese Despoten die Menschen zur Teilnahme an ihren krassen "Impf-Experimenten" - trotz Warnrufen von tausenden Fachkräften und zwar von höchstem Rang, daß es sich um brandgefährliche "Schein-Impfstoffe" handelt.

Es spielt diesen Menschen keine Rolle. Erkennt bitte genau an dieser Tatsache, daß diese Herren, die gegenwärtig die Schalthebel der Welt in der Hand haben, keinesfalls dem wahren Gesundheitswesen entsprungen sein können. Sie entstammen äußerst krankhaften Seelen des globalen-digitalen Finanzkomplexes oder sie sind, wie der neue deutsche Bundeskanzler, dem man nachgewiesen hat, zumindest mit einflußreichsten Finanzkreisen verfilzt.

An den Hebeln der Weltherrschaft sitzen aber auch die korrupten Anteile von Big-Pharma mit den ihnen Verbandelten wiederum; dann diverse Hochgrad-Geheimbünde mit ihren oft ahnungslosen Vasallen - wir haben schon oft darüber geredet. Ihre wahren Interessen liegen einzig in der Befriedigung ihrer anomalen Machtgelüste, die sie auf dem Weg der Profit-Hypermaximierung bis zur ultimativen Weltherrschaft ausreizen möchten. Und die Menschheit wird genau in diesen Zielhafen einlaufen - insofern wir dieses hybride Kriegsschiff jetzt nicht endlich stoppen!

Wenn die Weltgemeinschaft diese abnorme Entwicklung aber nicht durch eine klare Weltentscheidung oder durch Weltentscheide unterbindet, werden diese krankhaften Digitalgeld-Herrscher schon bald Dekrete erlassen, die uns heute noch völlig undenkbar scheinen. Nichts noch so Abgründiges, Krankhaftes oder Perverses wird dann unmöglich sein, das garantiere ich. Und keiner sage an dieser Stelle, daß ich hier bloß phantasiere.

Denkt einfach an den Satz, den ich gleich zu Anfang gesagt habe. Wenn nicht fortan alles in genau diese Richtung drängt, ob nun mit oder ohne Corona, oder auch nach Corona, will ich ein falscher Prophet sein. Corona ist eben nur gerade eine der vielen Geißeln, die uns dem eben benanntem Hochziel entgegenpeitschen. Heute schon zwingen uns diese Irren, ich kann sie nicht anders nennen, zu den widersinnigsten Handlungen - ihr kennt es ja aus reichlich eigener Erfahrung - und wir haben hunderte davon eingehend in unseren Kla.TV-Sendungen erläutert. Aber schon morgen, also demnächst werden dieselben Drahtzieher dir den Geldhahn bei jeder noch so geringfügigen Gehorsamsverweigerung einfach zudrehen.

Was für das Gros der Menschheit leider einfach nicht zu fassen ist, ist die Tatsache, daß diese Zwangsherren jede heute noch undenkbare Perversion abfordern werden. Vergeßt an dieser Stelle bitte nicht, wie undenkbar es noch vor zwanzig Jahren gewesen wäre, daß einmal z.B. auch nur schon Gender-Mainstreaming zum weltweiten politischen Programm gehört, oder daß allein in Deutschland den Eltern jährlich hunderttausend Kinder etwa entrissen werden, oder daß alle Welt bis aufs Existenz-Minimum beschnitten wird, wenn sie sich nicht einem

massiv umstrittenen Impfexperiment unterziehen läßt usw.

Und doch seht ihr, ist all das und ungleich mehr längst bare Tatsache geworden. Sobald allerdings alles Bargeld abgeschafft ist, kann es sich durchaus schnell dahin entwickeln, daß du für jede Abweichung von der "Post-politischen Korrektheit", also das was noch kommt, automatische Abzüge oder gar Kontosperrungen bekommst. Ich sage dies als einer, dem die Finanzeliten schon seit vielen Jahren erklärungslos jede Kreditwürdigkeit absprechen, obgleich ich mir noch nie irgend etwas zu Schulden habe kommen lassen.

Doch jetzt wieder zurück zu dir: Es könnte aber ohne Weiteres auch sein, daß die eben aufkommenden Weltherrscher es schon bald besser fänden, wenn du dich - und natürlich zum Schutz der Allgemeinheit - noch ungleich mehr impfen läßt und dann wieder testen läßt und wieder impfen, mit immer neuen Impfungen. Oder daß du in absehbarer Zeit ganz freiwillig zum Beispiel dein Geschlecht änderst - oder sonst Geldhahn zu, damit du besser ins Gesamtbild paßt. Verstehst du? Oder, daß du deine Kinder oder deinen Partner natürlich zum Wohl des Staates an die Herrschenden abgibst - sonst Geldhahn zu. Denkt gut mit, was ich hier sage.

Wenn du gerade an mir zu zweifeln beginnst, dann befrage einmal dein Lexikon, was noch einmal "Jus primae noctis" bedeutet:

Ja, ob man es glaubt oder nicht, es was das gesetzliche Recht mittelalterlicher Grundherren Geldhahn zu. Jeder kann jetzt diese bevorstehenden Möglichkeiten selber noch beliebig fortsetzen. Aber glaubt es besser, was irgend ihr euch jetzt Unmögliches vielleicht zusammenreimt - es könnte immer noch schlimmer werden. Das ist meine feste Behauptung an dieser Stelle.

Aber all dies allerdings nur dann, wenn die Weltgemeinschaft jetzt nicht endlich weitere gemeinsame Schritte unternimmt und verbindliche Entscheidungen trifft. Auf welchen Wegen und unter wessen Fahne diese Weltentscheide herbeigeführt werden, kann ich nicht auch noch in diesen Teil einbauen. Ein jeder packe einfach an, was er packen kann. Ein jeder handle seiner Begabung gemäß. Ich skizziere zum Schluß nur gerade drei der wichtigsten aller notwendigen Weltentscheide, die wir treffen sollten. Der erste Punkt ist dabei der dringendste. Ich sage:

1. Laßt uns den weltweiten Entscheid herbeiführen, daß aus Krisen, aus Seuchen, aus Epidemien, Pandemien, Katastrophen und dergleichen, ab sofort keinerlei Profite mehr geschlagen werden dürfen.

Habt ihr das gut verstanden? Dieser Welt-Krisen-Entscheid muß sowohl für Einzelpersonen gelten als auch für jede Art von Krisen-profitierenden Geschäften, so etwa Banken, Pharma, Versicherungen, Spekulanten aller Gattung, Verbände, Regierungen, Hilfswerke usw. einfach jede Gattung.

Es darf ab sofort nicht mehr sein, daß an ein- und derselben Krise auf der einen Seite zahllose Millionen von Menschen regelrecht verbluten, während sich auf der anderen Seite eine wirklich überschaubare Menge raffgieriger Profiteure maßlos an diesen Verblutenden bereichern. Das geht doch einfach nicht so. Also dieser erste Punkt scheint mir, wie gesagt, der dringendste und notwendigste zu sein - Weltentscheid.

2. Ein zweiter Weltentscheid muß sein die unbedingte Erhaltung unseres Bargeldes aus eben benannten und noch weit mehr Gründen. Das ist eine weitere unerläßliche Notwendigkeit. Mein Rat: Bezahle, so viel du kannst, mit Bargeld und zeuge überall davon, daß Bargeld einen großen Anteil an Freiheit bedeutet.

3. Eine dritte Weltentscheidung muß dahin geführt werden - also ebenso muß es zu einem Weltentscheid kommen, der die unbedingte Produktionseinstellung jeder digitalen Überwachungstechnologie fordert. Allem zuvor muß die dazu dienliche 5G-Technologie verhindert werden und verboten werden. Sie ist eh brandgefährlich für unsere Gesundheit, wie die Vor-

gängergenerationen Mobilfunkstrahlung ja auch.

Zu guter Letzt muß auch allen Zwangsabgabe-Medien so lange das Recht auf Bezahlung abgesprochen werden, wie sie Gegendarstellungen verweigern - wie sie es längst tun und gewichtige Zeugen der Wahrheit zensieren. Und das war wieder einmal nur die Spitze des Eisberges, wobei ich den ersten Weltentscheid - also das absolute "Krisen-Profit-Verbot" als allergeroberste Pflicht - die drei übrigen als Kür bezeichnen würde.

Noch eine Prognose zum Schluß: Nicht allein diese sogenannte Pandemie würde über Nacht vorbei sein, sobald sich keiner mehr, wirklich keiner mehr, daran bereichern darf. Mit jeder Mensch-gemachten Krise wird dann aber auch genau dasselbe geschehen.

Verbreitet also diese Impulse, diese Warnungen und Aufrufe bitte möglichst auf all euren Kanälen. Klärt ständig die noch Unwissenden auf. Packt an und verbindet euch mit aktiv Aufgewachten, wo und mit wem immer ihr könnt! ... Von *Ivo Sasek*<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 47 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Dieses Sonderheft ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x175/79) = Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert, Seite 79.

x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x355	Barmettler, André (Hg.): <u>Die hybride Kriegsführung</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.
x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.

Internet

x859	http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ - Juli 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ - September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.049	https://www.kla.tv - Februar 2022
x1.066	https://dserver.bundestag.de/btd/17/056/1705672.pdf - Januar 2022
x1.067	https://www.menschenrechtsabkommen.de/40-jahre-un-mitgliedschaft-1353/ - Januar 2022
x1.081	https://eike-klima-energie.eu/2021/06/23/flaute-ueber-deutschland-windkraft-ohne-wind-photovoltaik-ohne-sonne/ - März 2022